



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **50. Sitzung (öffentlich)**

1. April 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2022</b>	<b>6</b>
	Gast: Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes, Botschafterin der Französischen Republik	
<b>2</b>	<b>Entwicklungszusammenarbeit und der Beitrag der NRW-Hochschulen</b>	<b>24</b>
	Gäste: Prof.'in Dr. Wiltrud Terlau, Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg ( <i>Präsentation</i> <i>s. Anlage 1</i> ), und Monika Dülge, Eine Welt Netz NRW e. V. ( <i>Präsen-</i> <i>tation s. Anlage 2</i> )	
<b>3</b>	<b>Kinder- und Zwangsarbeit</b>	<b>42</b>
	Gäste: Dr. Sabine Ferenschild, Südwind e. V. ( <i>Präsentation s. Anlage 3</i> ), und Dr. Anette Niederfranke, Staatssekretärin a. D., Internationale Arbeits- organisation (ILO) Deutschland ( <i>Präsentation s. Anlage 4</i> )	

**4 NRW stellt sich seiner internationalen und menschenrechtlichen Verantwortung – durch antidemokratische Regime bedrohte Menschen schützen!** **58**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/12049

Ausschussprotokoll 17/1531 (Anhörung vom 03.09.2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/12049 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

**5 Die Unterzeichnung der Partnerschaftvereinbarung mit der Region Piemont** **60**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

**6 Maßnahmen der Landesregierung zur Verfolgung von Steuervermeidung, Steuerbetrug und Geldwäsche (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** **63**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6686

– Wortbeiträge

**7 Die europapolitischen Konsequenzen des Ukraine-Kriegs (Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** **64**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6687

Und:

**Ukraine-Krieg: Wie kann das Land in der jetzigen Situation humanitäre Hilfe leisten?** (Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6711

– Wortbeiträge

- 8 EU-Fördermittel für die Periode 2021-2027: Wie hoch sind die Fördermittel für NRW und wie sehen die Operationellen Programme aus?**  
*(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **67**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6685

– Wortbeiträge

- 9 Verschiedenes** **68**

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

begrüßt **Vorsitzender Dietmar Brockes** die Ausschussmitglieder und besonders die Gäste, allen voran die Botschafterin der Französischen Republik, Ihre Exzellenz Frau Anne-Marie Descôtes sowie ihre Begleiterin, die Generalkonsulin in Düsseldorf, Frau Dr. Olivia Berkeley-Christmann. Er heiÙe sie herzlich willkommen. Ebenso herzlich begrüÙe er den Doyen des Konsularischen Korps in Nordrhein-Westfalen, den polnischen Generalkonsul, Herrn Wawrzyniak, herzlich. Er freue sich auch, dass Vizepräsident Oliver Keymis in dieser Runde präsent sei.

Im Vorfeld des Ausschusses habe es ein gemeinsames Treffen zu 20 Jahren Weimarer Dreieck gegeben. Es habe einen Austausch mit der Parlamentariergruppe Deutschland-Frankreich gegeben. Er nutze die Gelegenheit, um Herrn Oliver Keymis, stellvertretend für alle Parlamentariergruppen und alle Kolleginnen und Kollegen, die in den Parlamentariergruppen aktiv gewesen seien, herzlich danken.

Der Europaausschuss sei zuständig für den Kontakt zu anderen Partnern. Es werde – das habe Herr Keymis eben deutlich gemacht – in Berlin nicht immer unbedingt so gerne gesehen, wenn man von hier aus die Auslandskontakte pflege. Er glaube, dass es sich in den aktuell sehr schwierigen Zeiten zeige, wie wichtig es auch sei, dass man gute Kontakte, Freundschaften über die Grenzen habe. In schwierigen Zeiten, wenn man schon die Kontakte und Freunde in anderen Ländern habe, zeige es sich, wie wichtig das sei. Um so leichter sei es dann auch, gemeinsam zu handeln, was in den derzeit schwierigen Zeiten sehr wichtig sei. Er heiÙe alle herzlich in dieser Runde willkommen. Er bedanke sich bei denen, die in den Parlamentariergruppen tätig seien. Denn der Ausschuss alleine könne dies so nicht leisten.

(Allgemeiner Beifall)

Ferner begrüÙe er Frau Dr. Sabine Ferenschild, Frau Monika Dülge, Frau Dr. Annette Niederfranke und Professorin Wiltrud Terlau, die zu den anderen Tagesordnungspunkten online zugeschaltet seien. Last, but not least begrüÙe er herzlich die Landesregierung, vertreten durch den Minister Herrn Dr. Holthoff-Pförtner. Er bedanke sich, dass der Minister heute dem Ausschuss zur Verfügung stehe. Die heutige Sitzung werde per Livestream ins Internet übertragen. Auch einige Kolleginnen und Kollegen seien entsprechend zugeschaltet.

## 1 Die französische EU-Ratspräsidentschaft 2022

Gast: Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes,  
Botschafterin der Französischen Republik

**Vorsitzender Dietmar Brockes** führt aus, es sei mittlerweile Tradition im Ausschuss, dass zu Beginn einer EU-Ratspräsidentschaft die Botschafterin oder der Botschafter des jeweiligen Landes nach Düsseldorf komme, um entsprechend die Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft vorzustellen. Er freue sich, dass die Botschafterin in der letzten Sitzung des Ausschusses hier sei, denn er glaube, die deutsch-französischen Beziehungen seien nicht nur in der jetzigen Situation sehr wichtig.

Nordrhein-Westfalen habe auch, wenn das Land keine direkte Grenze zu Frankreich habe, doch sehr enge und gute Kontakte. Er verweise nur darauf, dass der Kulturbefauftragte der Bundesregierung, Ministerpräsident Hendrik Wüst, sehr enge Kontakte zur Frankreich pflege.

Gerade auch in den jetzigen Zeiten, wo Europa sehr gefragt sei und eine wichtige Rolle spiele, sei es erfreulich, das man so gute und enge Beziehungen pflege. Die Botschafterin sei herzlich begrüßt. Der Ausschuss freue sich auf ihre Ausführungen. Er denke, dass die Ratspräsidentschaft wichtige Prioritäten habe, die sich durch die aktuelle Situation verschoben hätten, um es mal freundlich zu sagen. Der Ausschuss freue sich auf die Ausführungen und würde gerne danach mit Frau Botschafterin in den Dialog einsteigen.

**Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der Französischen Republik)** trägt vor:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Internationales! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Sehr geehrte Gäste, meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung anlässlich der Französischen EU-Ratspräsidentschaft. Vor Ihrem Ausschuss zu sprechen, ist mir eine große Ehre, auch eine große Ehre bei der letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode auftreten zu dürfen.

Die Abwesenheit von Krieg in der EU war zur Evidenz geworden. Deshalb erleben wir mit umso größerer Sorge und Entsetzen seit mehr als einem Monat seine Rückkehr. Wir arbeiten unermüdlich mit allen diplomatischen Mitteln daran, die Ukraine und ihr mutiges Volk zu unterstützen und natürlich den Krieg zu stoppen. In dieser Hinsicht ist die deutsch-französische Zusammenarbeit auch sehr wichtig, so wie auch mit unseren polnischen Freunden im Format des Weimarer Dreiecks. Ich werde darauf zurückkommen.

Dieser Krieg verletzt unsere Werte und unsere Friedensordnung, die heute von den Ukrainerinnen und Ukrainern so mutig verteidigt werden, mit äußerster Gewalt. Hunderttausende von Flüchtlingen verlassen ihr Land, um in der Europäischen Union Zuflucht zu suchen. In diesem Zusammenhang möchte ich das Land Nordrhein-Westfalen für den unermüdlichen Einsatz seiner Bevölkerung und für die unbeschreiblich

große Solidarität und Hilfsbereitschaft besonders loben, mit denen mehr als 90.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge in den Kommunen und im Land aufgenommen werden. Inzwischen ist die Anzahl, glaube ich, viel größer geworden. Ich habe gestern mit Ministerin Gebauer auch über die Aufnahme von Kindern gesprochen. Es ist wirklich sehr bewundernswert, was hier gemacht wird.

Die größte Niederlage von Präsident Putin ist, dass es ihm nicht gelungen ist, unsere Union zu spalten, zu zerbrechen. Gemeint sind unsere Atlantische und unsere Europäische Union. In Versailles sowie in Brüssel bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EU und der NATO ihren Willen, einstimmig und entschlossen gegen Putin und zur Unterstützung der Ukraine vorzugehen, und zeigten ihre große Solidarität in der Sanktionspolitik, bei der humanitären Hilfe. Wir wollen hoffen, dass der humanitäre Korridor, der jetzt organisiert wird, von Mariupol aus endlich gelingt – bei der Aufnahme von Flüchtlingen und bei der diplomatischen Arbeit.

Der europäische Zusammenhalt schien noch nie so stark wie heute. Es ist von Bedeutung, an dem innereuropäischen Dialog teilzunehmen in einer Region, die für die deutsch-französische Freundschaft und das Weimarer Dreieck von zentraler Bedeutung ist. Seit 2001 sind die Regionen Haute de France, Schlesien und Nordrhein-Westfalen – drei Regionen, die eine gemeinsame industrielle Vergangenheit verbindet – partnerschaftlich miteinander verbunden. Damit gründeten sie nicht nur eine regionale Version des Weimarer Dreiecks, sondern bieten auch das beste Beispiel einer erfolgreichen europäischen Zusammenarbeit. Sie tragen dazu bei, die europäische Einheit zunehmend auszubauen und zu vertiefen. Und das ist heutzutage unsere Priorität.

Der Krieg in der Ukraine, der uns in jeder Hinsicht außerordentlich nahe ist, erinnert uns an die Bedeutung unseres Zusammenhaltes und unserer Friedensordnung. Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union hatten damals der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompay, der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, in Oslo 2012 betont – ich zitiere –:

„Vor uns liegt eine weitere historische Aufgabe: Frieden halten, wo Frieden ist.“

Wir müssen hinzufügen: Frieden sichern, wo er gefährdet ist. Ich möchte Ihnen den Beitrag Frankreichs zu dieser historischen Aufgabe anhand der Prioritäten vorstellen, die es sich im Rahmen dieser EU-Ratspräsidentschaft gesetzt hat. Nach diesen ersten drei Monaten können wir bereits eine erste Bilanz von schon erzielten Ergebnissen erzielen, auch wenn noch viel zu tun bleibt und auch wenn alles durch den Krieg durcheinander gebracht wurde. Sie können jedenfalls sicher sein, dass wir uns bis zum 30. Juni mit voller Intensität einsetzen werden, auch wenn es bei uns Wahlen gibt. Wir werden weiter daran arbeiten.

Zuerst einige Worte über die strategische Ausrichtung der Europapolitik und Verteidigung eines souveränen Europas: Den Frieden zu halten, wo er ist, ihn zu sichern, wo er gefährdet ist – eine solche Aufgabe setzt zunächst die Entwicklung einer europäischen strategischen Souveränität voraus, die in unserer von Krisen geprägten

Zeit mehr denn je als ein Muss erscheint. Wir dürfen nicht glauben, dass diese europäische Souveränität lediglich ein abstraktes Konzept ist. Energie- und Ernährungsfragen, die ein Teil dieser Souveränität sind, zeigen uns im Gegenteil, dass sie mit den konkretesten Aspekten unseres täglichen Lebens zusammenhängen. Ich möchte Ihnen die Instrumente vorstellen, mit denen wir gemeinsam eine solche Souveränität erarbeiten wollen.

Erster Punkt: die Investitionen im Bereich der Verteidigung. Der Aufbau eines souveränen Europas benötigt zunächst eine ausführliche gemeinsame Formulierung seiner sicherheitspolitischen Strategie. Die Initiative dazu hatte Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 unter dem Namen „Strategischer Kompass“ ergriffen. Dieser „Strategische Kompass“, der am 21. März vom europäischen Rat offiziell angenommen wurde, stattet die Europäische Union mit einem ehrgeizigen Aktionsplan aus, um ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Bereichen Krisenbewältigung, Verteidigungsfähigkeiten, Resilienz und Partnerschaften bis 2030 zu stärken.

Ein solcher Plan zur Erhöhung unserer Handlungs- und Widerstandsfähigkeit, der komplementär zum Atlantischen Bündnis ist, wird die EU zu einem stärkeren und fähigeren Bereitsteller von Sicherheit machen. Ich glaube, das ist wirklich sehr wichtig. Das ist kein Stück Papier. Das ist ein konkretes Zeichen, dass wir uns alle darüber einig sind, welches die Herausforderungen sind, wie wir uns stellen wollen und mit welchen Partnern. Die EU muss wirklich in der Lage sein, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu Frieden und Sicherheit in der Welt beizutragen.

Ein wichtiges Element ist dabei die Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie. Ich hatte gestern ein sehr interessantes Gespräch mit einigen Unternehmen, organisiert von der IHK. Das Thema wurde als erstes genannt. Herr Papperger war da. Das ist natürlich sein Thema. Es zeigt auch, wie wichtig dieses Thema ist. Beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der am 10. und 11. März in Versailles stattfand, wurde die Bedeutung einer vollständig etablierten europäischen Strategie für Investitionen in die Verteidigung betont. Es geht nicht einfach darum, mehr Geld auszugeben, sondern natürlich auch koordinierter und effizienter zu investieren, nicht jeder das seine macht, sondern, weil die Mittel am Ende begrenzt sind, wir, wie gesagt, koordiniert und effizient arbeiten.

Frankreich hat seit 2017 massive Haushaltsentscheidungen getroffen und konnte auf diese Weise bereits im vergangenen Jahr die 2 % in die Verteidigung investieren. Deutschland hat jetzt auch beschlossen, seinerseits historische Investitionen für sein Land zu tätigen. Dänemark hat ebenfalls eine historische Entscheidung getroffen, nämlich die Durchführung eines Referendums, um die Möglichkeit einer Rückkehr zur gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU zu überdenken.

Griechenland, das bereits eines der wenigen Länder war, das seinen Verteidigungshaushalt bei über 2 % BIP hielt, stimmte auch Mitte Dezember einer deutlichen Erhöhung des Verteidigungshaushalts zu, wodurch die Investitionen in diesem Bereich auf 3,4 % des BIP gestiegen sind. Sie sehen, dass überall auf unserem Kontinent historischen Entscheidungen getroffen werden, die einen großen Wendepunkt markieren. Wir müssen sie auf europäischer Ebene organisieren, um diese

gemeinsame Fähigkeit im Bereich der Verteidigung aufzubauen. Dazu wird der „Strategische Kompass“ entscheidend beitragen. Er soll zu einer stärkeren Koordination dieser Investitionen führen. Ich glaube, es ist wichtig, dass man das macht, indem man wirklich alles wahrnimmt – Luft, Wasser, Cyberspace und Weltraum.

Zweiter Punkt, die Migration: Ein weiterer Bereich, der für unsere Souveränität von entscheidender Bedeutung ist, den die Ukraine-Krise in den letzten Wochen leider in den Vordergrund gerückt hat, ist die Frage der Migration. Die Dringlichkeit besteht heute darin, sich bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zu koordinieren. Aber es wird auch notwendig sein, weiterhin gemeinsam an der Schaffung dauerhafter Lösungen zu arbeiten. Frankreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Gespräche über das gemeinsame europäische Asylsystem wieder in Gang zu bringen, indem es einen schrittweisen Ansatz vorschlägt, der im Februar im Lille von allen Innenministern einstimmig unterstützt wurde.

Ziel ist es, Fortschritte zu erzielen und dabei ein Gleichgewicht zwischen den Grundsätzen der Verantwortung durch verstärkte Kontrollen und Aufzeichnungen in den Außengrenzen, aber auch der Solidarität mit den Ersteinreisemitgliedstaaten zu wahren. Die technischen Diskussionen werden da fortgesetzt. Die schrecklichen Nachrichten über die ukrainischen Flüchtlinge zeigen mehr denn je, dass Fortschritte in dieser Frage absolut notwendig sind.

Wir brauchen auch eine neue Nachbarschaftspolitik. Der Krieg in der Ukraine hat uns darüber hinaus gezeigt, dass die Säulen der Strategischen Souveränität untrennbar mit einer Neudefinition der Beziehung der EU zu ihren Partnern verbunden sind, allen voran auch dem Westbalkan und Afrika, und dass ein souveränes und unabhängiges Europa nicht ohne Stabilität in der Nachbarschaft der EU möglich ist.

Die strategische Bedeutung Afrikas für die EU ist nunmehr eine feste Überzeugung auf europäischer Ebene. Ein New Deal mit Afrika ist unser Ziel, um vierhändig eine solidere Zukunft zu erreichen. In diesem Geiste fand am 18. Februar der 6. EU – AU-Gipfel (Afrikanische Union) statt. Sein Ziel war es, eine erneuerte Zusammenarbeit zu initiieren, die mit dem ungenügenden Ansatz bricht, Afrika nur als Empfänger von Entwicklungshilfe zu betrachten. Im Rahmen dieses Gipfels wurde beschlossen, ein Afrikanisch-Europäisches Investitionspaket im Wert von mindestens 115 Milliarden Euro für die Partnerschaft auf den Weg zu bringen, das sich hauptsächlich auf die drei Bereiche, nachhaltige Investitionen, Gesundheit und Bildung konzentriert.

Im heutigen Kontext des Krieges in der Ukraine erhält diese Zusammenarbeit mit Afrika eine neue Resonanz. Tatsächlich sind Russland und die Ukraine zwei bedeutende Märkte im Bereich der Nahrungsmittelindustrie, besonders des Getreideanbaus. Europa und besonders Afrika sind Bezug auf die Ernährung bereits jetzt durch den Krieg destabilisiert worden. In 12 bis 18 Monaten werden wir aufgrund der brachliegenden Landwirtschaft in der Ukraine noch stärker betroffen sein. Wir müssen also auch hier vorausschauend denken und unsere Produktionsstrategien neu bewerten und zunächst unsere Nahrungsmittelsouveränität in Europa verteidigen, aber auch eine Strategie für Afrika festlegen. Ansonsten werden mehrere Länder in Afrika in den nächsten Monaten von Hungersnöten betroffen sein.

Afrika ist nicht die einzige Region, deren prioritäre strategische Bedeutung im Kontext der heutigen Krise besonders zum Vorschein kommt. Mehr denn je wird heute klar, dass die Westbalkanregion für den Aufbau eines friedlichen Europas in den kommenden Jahrzehnten von zentraler Bedeutung ist. Fehlende aktive Beziehungen zu dieser Region oder mangelndes zukunftsgerichtetes Engagement würden dort ein Vakuum hinterlassen. Es ist zu befürchten, dass autoritäre Regime wie Russland und China, die kein Interesse an einer friedlichen Zukunft der EU haben, versuchen würden, dieses Vakuum auszufüllen. Nationalisten und Populisten könnten dann weiter zur Instabilität der Region beitragen, und die Probleme können sich in dieser Region bis an den Rand eines Krieges verschärfen. Das hat die Vergangenheit gezeigt. Wir müssen Instabilität vermeiden. In dieser Hinsicht werden wir im Juni eine Konferenz zu den westlichen Balkanstaaten organisieren.

Ein anderer Aspekt der Souveränität ist die Handelssouveränität. Wie man sieht, ist der Begriff der europäischen Souveränität sehr vielseitig und setzt, kurz gesagt, voraus, dass die EU mit ihren Partnern auf gleicher Augenhöhe über die Regeln entscheidet, denen sie sich in den Handelsbeziehungen unterwirft. In diesem Zusammenhang möchte ich einen großen Durchbruch begrüßen, nämlich den Schritt hin zu einer großen Handelssouveränität. Am 14. März haben nämlich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments, der Kommission und der Mitgliedstaaten das IPI, das Instrument für das internationale Beschaffungswesen, verabschiedet.

Mit diesem offensiven handelspolitischen Instrument wird die EU besser in der Lage sein, europäische Unternehmen vor diskriminierenden und restriktiven Praktiken ihrer Partner zu schützen. Die europäische Souveränität soll der EU ermöglichen, den Herausforderungen unserer krisengeschüttelten Zeit gewachsen zu sein. Wir wollen uns jedoch nicht auf die gegenwärtigen Krisen beschränken, die zwar aufgrund ihrer Dringlichkeit, Gefährlichkeit und Intensität unsere gesamte Energie und Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Ein starkes Europa ist nicht ein Europa, das den Herausforderungen der Gegenwart entschlossen begegnet, sondern auch ein Europa, das offen steht für die anspruchsvollsten Herausforderungen unserer Welt.

Um eine solche Union aufzubauen, will die französische Ratspräsidentschaft zur Entwicklung eines neuen Wachstumsmodell auf europäischer Ebene beitragen, dessen Kernaspekte ich jetzt kurz vorstellen möchte.

Wir brauchen Investitionen für die Zukunft. Um den Herausforderungen der Welt von morgen begegnen zu können, müssen wir zunächst die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen. Europa muss ein großer innovativer Kontinent sein, und die Lust am Risiko, an der Innovation, an der Forschung und auf die Zukunft neu für sich entdecken. Ich weiß, wie sehr dieser Geist der Innovation hier Nordrhein-Westfalen herrscht, welcher zahlreichen Initiativen zur Stärkung der Innovationskraft einleitet wie die Kompetenzplattform für künstliche Intelligenz, KI.NRW oder auch das Spitzencluster „it's OWL“ zum Themenfeld der Industrie 4.0. Jedes Jahr sorgt der Innovationspreis des Landes dafür, die Industrie von morgen nachhaltig zu fördern.

Damit wird Nordrhein-Westfalen zu einem wichtigen Impulsgeber auf nationaler und europäischer Ebene, wenn es um die Gestaltung der Zukunft und die Entwicklung von Lösungen für die großen industriellen, gesellschaftlichen Herausforderungen

geht. Ich möchte Ihnen dafür meine Anerkennung aussprechen. Schön ist es zu sehen, dass wir auch in diesem Bereich immer enger zusammenarbeiten. Deshalb war es mir auch so wichtig, mich in diesen zwei Tagen mit den Wirtschaftsakteuren des Landes zu treffen. Ich habe es gestern gemacht und konnte feststellen, dass die Zusammenarbeit intensiv ist, aber dass wir noch Luft nach oben haben.

Besonders im Sektor Biotechnologie ist Nordrhein-Westfalen mit seinen 500 Life-Sciences-Unternehmen ein wichtiger Innovationspol in Europa. Um diese Bemühungen fortzusetzen, ist es wichtig, dass Europa auch öffentliche Unterstützung für Innovationen gewährt. Das ist genau der Sinn des Important Project of Common European Interest, IPCEI. Das ist der Sinn der Subventionen, die die EU für Start-ups bereitstellen will für die Unternehmen, die revolutionär sind, Risiken eingehen und es wagen, die Grenzen des Machbaren auszuloten.

Am 8. Februar haben sich Frankreich, Deutschland, Dänemark und Griechenland im Rahmen der Initiative Skills in Europe engagiert, die eine Gruppe von über 300 Gründern von Start-ups und Skill-Ups, Investoren, Forschern und Großkonzernen mit dem ehrgeizigen Ziel zusammenzubringt, um bis 2030 in der Europäischen Union mehr als 10 Technologieriesen mit einem Wert von über 100 Milliarden Euro zu schaffen. Fast 3,5 Milliarden Euro sind bereits gesichert, etwa 15 andere Mitgliedstaaten sind an dieser Initiative interessiert. Die Europäische Investmentbank wird auch bis zu 500 Millionen Euro beitragen.

Meine Damen und Herren, der Ruf nach Innovation, Forschung und technologischem Fortschritt zu Gunsten einer EU der Produktion ist natürlich auch ein Ruf nach mehr Souveränität. Wir treten entschlossen für die Möglichkeit der EU ein, ihre eigene technologische Souveränität aufzubauen, was auch bedeutet, dass die EU ihre eigene digitale Regulierung etablieren muss. In diesem Zusammenhang begrüßen wir besonders die zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission am 24. März erzielte Einigung über das DMA, Digital Markets Act. Der DMA wird es ermöglichen, bestimmte schädliche Geschäftspraktiken großer digitaler Akteure, die als Zugangskontrolleure fungieren, direkt zu verbieten und es der Kommission ermöglichen, Marktuntersuchungen durchzuführen und nicht konformes Verhalten zu bestrafen. Dadurch soll ein fairerer Wirtschaftsraum für neue Akteure und europäische Unternehmen geschaffen werden. Dieses Abkommen leitet eine neue Ära der weltweiten Technologieregulierung ein.

Wie relevant wäre jedoch ein Innovationsmodell, das einen der zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaften verkennen würde, nämlich den Klimawandel? In diesem Zusammenhang ist es natürlich eine gute Nachricht, dass das Europäische Parlament am 9. März seine Position zur Batterieverordnung beschlossen hat, die ermöglichen soll, dass Batterien künftig in der EU nachhaltiger hergestellt und länger genutzt werden als bisher.

Nach dem die Umweltministerinnen und -minister der EU ebenfalls am 17. März einstimmig die Position des EU-Rates verabschiedet haben, werden die Trilogverhandlungen jetzt schnell beginnen. Die Französische Ratspräsidentschaft wird versuchen, den Zeitplan für diese Verordnung so straff wie möglich zu halten. Somit

wird in diesem Bereich auch der Übergang zu einer klimaneutraleren Wirtschaft sowie die Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie der EU gefördert.

Das Beispiel der Batterien zeigt uns, dass technologische Innovation und grünes Wachstum keineswegs in Konkurrenz zueinander stehen, sondern gemeinsam vorangehen und von ihrer gegenseitigen Dynamik profitieren können. Darüber hinaus kann grünes Wachstum heute entscheidend zur Souveränität Europas beitragen. Im Kontext des Krieges in der Ukraine erscheint uns die Abhängigkeit von Russland bei den Energieimporten mehr denn je erdrückend.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich vorgenommen, die Abhängigkeit der EU von der Einfuhr von Gas, Öl und Kohle aus Russland sobald wie möglich zu beenden. Dazu werden verschiedenen Optionen geprüft. Die erneuerbare Energien werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Und um die Wortschöpfung von Bundesminister Christian Lindner zu zitieren „glänzen sie als Freiheitsenergien“. Es wird klar, dass wir in Bezug auf den Klimaschutz noch ehrgeiziger werden müssten. Hier wiederum sind die Bemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen lobenswert. Mit seiner hohen Bevölkerungsdichte, seiner Bedeutung als Industriestandort und seinen energieintensiven Unternehmen ist Nordrhein-Westfalen als Beispiel für die erfolgreiche Transformation des Energiesystems von großer Bedeutung. Dabei begrüße ich, dass das Land schon 2013 als erstes Bundesland ein Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes verabschiedete. Dieses Engagement wurde in der vergangenen Woche mit neuen Zielmarken für Ökostrom und erneuerbare Energien im Rheinischen Braunkohlerevier bestätigt. Diesbezüglich habe ich gestern an einer Podiumsdiskussion mit dem Wirtschaftsminister Prof. Dr. Pinkwart zum Thema Wasserstoff als Hoffnungsträger der deutsch-französischen Energiewende teilgenommen.

Einen weiteren bedeutenden Impuls zur Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und zur Weiterentwicklung der Klimaneutralität in der ganzen Union will Frankreich im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft einleiten. Vor diesem Hintergrund möchte ich einen wichtigen Sieg für die europäische Klimapolitik erwähnen, nämlich die am 14. März im Rat der EU erzielte Einigung über den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM). Dies ist eines der Schlüsselemente des „Fit für 55“-Pakets der EU. Dieser Mechanismus wird uns ein Instrument an die Hand geben, um die Dekarbonisierung seiner Industrie zu beschleunigen und sie gleichzeitig vor Unternehmen aus Ländern mit weniger ehrgeizigen Klimazielen zu schützen.

Parallel zu diesem CBAM wird die Einrichtung eines Klimaclubs, einer deutschen Initiative im Rahmen der G7-Präsidentschaft die internationale Zusammenarbeit mit Drittstaaten verstärken. In diesem Club sollen nämlich Strategien zur Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen erörtert und gefördert werden. Wie beim strategischen Kompass treten hier die hervorragenden deutsch-französischen Beziehungen in Erscheinung, die es ermöglichen, weitreichende Initiativen langfristig zu verankern und Brücken zwischen verschiedenen Formaten der Zusammenarbeit zu bauen.

Der Fokus auf den Naturschutz in unserem Wachstumsmodell wäre unmöglich, ohne die Bürgerinnen und Bürger in dem Mittelpunkt dieses Strukturwandels einzube-

ziehen. Denn die Bürgerinnen und Bürger sind in erster Linie vom Klimawandel betroffen. Es ist im weiteren Sinne das Bestreben der Französischen Ratspräsidentschaft – das ist der letzte Aspekt, den ich vorstellen möchte –, die Menschen, die Millionen Bürgerinnen und Bürger Europas, zu den treibenden Kräften des europäischen Prozesses zu machen – damit habe ich die Konferenz zur Zukunft Europas genannt –, die EU zu einem Ort des Austausches und des Dialogs zu gestalten, den Bürgerinnen und Bürgern Gehör zu schenken, Bürgerinitiativen zu einem entscheidenden Motor des europäischen Prozesses zu machen. Ein solches ehrgeiziges Ziel verfolgen wir, aber nicht nur wir, sondern alle EU-Mittelstaaten durch die Konferenz zur Zukunft Europas.

Unser Wunsch ist es, dass diese Konferenz die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, darunter ganz besonders der Jugendlichen, aufnimmt und damit als Ideengeberin fungiert. Dafür werden ihre Schlussfolgerungen den Präsidenten der drei europäischen Institutionen während unserer Präsidentschaft am 9. Mai, somit ein Jahr nach deren Beginn, in Straßburg vorgestellt. Die drei Organe, Rat, Kommission, Europäisches Parlament werden dann innerhalb ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche im Einklang mit den Verträgen rasch prüfen, wie ein effektives weiteres Vorgehen im Anschluss an den Bericht zu gestalten sein wird. Damit werden die Impulse der Bürgerinnen und Bürger zum Katalysator für den aktiven Aufbau einer neuen Kursrichtung für die Zukunft der Europäischen Union.

Das Anstreben eines solchen Zieles ist natürlich nur da möglich, wo die Rechtssicherheit, die Menschenwürde, die Pressefreiheit, das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger versichert wird. Es ist also nur dort möglich, wo und wenn die Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleibt. Wir werden weiterhin alles daran setzen, damit wir die Stärke dieser Rechtsstaatlichkeit in allen Situationen und gegen die Unruhen der Geschichte und die autoritären Regime verteidigen können – als unbedingt notwendige Bedingung für das echte europäische Engagement der Bürgerinnen und Bürger unseres Kontinents.

Ein Punkt ist auch wichtig in diesem Zusammenhang: die Gleichstellung von Männern und Frauen. Ich habe von den Bürgerinnen und Bürgern Europas gesprochen. Die geschlechtergerechte Sprache erhält ihre volle Resonanz und Tiefe. Viel zu lange waren Frauen in den Entscheidungsgremien der EU auf nationaler und institutioneller Ebene außen vor. Die Tatsache, so bitter sie auch sein mag, ist auch heute noch wahr: In den Mitgliedstaaten sind derzeit nur sieben von 27 Staats- und Regierungschefs, weiblich. In den nationalen Parlamenten sind nur 28 % der gewählten Abgeordneten Frauen, und im Europäischen Parlament stellen sie 39 % der Abgeordneten dar. Wir sehen, das ist noch weit von der Parität entfernt, und doch erfährt dieser Zustand eine allmähliche Wandlung.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern, die für Frankreich auch eine nationale und europäische Priorität darstellt, erlebte am 14. März einen großen Schritt nach vorne hin, und zwar dank einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den Mitgliedern der Unternehmensleitungen börsennotierter Gesellschaften.

Der Rat der EU hat sich diesbezüglich auf eine allgemeine Ausrichtung geeinigt, nach der diese Gesellschaften anstreben sollten, bis 2027 mindestens 40 % der Posten ihrer geschäftsführenden Mitglieder von Leitungsorganen mit Frauen zu besetzen. Dieser Erfolg ist kein Einzelfall. Das Europäische Parlament hat nach 6 Monaten intensiver Behandlung eine Einigung über den Entwurf einer Richtlinie zur Lohntransparenz erzielt. Sie soll im April vom Plenum angenommen werden. Die Gespräche mit dem Rat sollen dann schnell beginnen.

Ich komme zu meinem letzten Punkt: Man sieht, die Französische Ratspräsidentschaft wird von hohen Prinzipien genährt, aber sie verkörpert sich auch in einer Reihe von konkreten Fortschritten, über die wir uns freuen. Diese Korrelation zwischen der Verfolgung weitreichender Ideale und der Sorge um das Konkrete ermöglicht es uns auch, in einem anderen Bestreben voranzukommen, das mir besonders am Herzen liegt und Ihnen auch – das weiß ich –, der Jugend eine Stimme zu geben. Die Französische Ratspräsidentschaft wird alles tun, um das aktive europäische Engagement dieser Generation zu fördern und auch zu erleichtern. Denn die jungen Menschen sind dafür prädestiniert, das Versprechen der Demokratie einzulösen. Die im Jahr initiierte Europäische Jugendkonferenz, eine Ausweitung des Erasmus-Programms auf Auszubildende, aber auch die Bekämpfung von Jugend Arbeitslosigkeit durch das Programm ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) und auch die Aufstellung der Mittel für die Mobilitätsförderung auf 8 Millionen Euro sind alles Instrumente, die ein solches Ziel anstreben.

Ich komme zum Schluss. Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, Ihnen einen Überblick über die Instrumente zu verschaffen, mit denen sich Frankreich im Rahmen seiner EU-Präsidentschaft für dauerhaften Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit in Europa und in der Welt einsetzen will, und zwar durch eine Politik der kleinen Schritte, die die größten Ziele verfolgt. Eine solche Politik steht in der Kontinuität früherer Ratspräsidentschaften und natürlich in Verbindung mit dem Trio, das wir mit der tschechischen und schwedischen Präsidentschaft bilden.

Es ist mir eine besondere Ehre, diese europäische Einheit in der Stadt zu fördern, in welcher der große Dichter Heinrich Heine geboren ist, der sich so sehr für die friedliche Vereinigung der europäischen Gesellschaften und die Vertrautheit zwischen unseren Nachbarländern eingesetzt hat.

Das von ihm selbst gewählte und im Pariser Exil gewissenhaft erfüllte Ziel, das er mit voller Ehrlichkeit in seinem Testament im Jahre 1856 zum Ausdruck bringt, bleibt auch in unserer Zeit in voller und absoluter Aktualität. Ich zitiere:

„Es war die große Aufgabe meines Lebens, an den herzlichen Einverständnissen zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten und die Ränke der Feinde der Demokratie zu vereiteln, welche die internationalen Vorteile und Animositäten zu ihrem Nutzen ausbeuten.“

Mit diesem frommen Wunsch beende ich meinen Vortrag und bin gespannt auf Ihre Fragen. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen. – Danke für die Aufmerksamkeit und die Geduld.

(Allgemeiner Beifall)

**Vorsitzender Dietmar Brockes** bedankt sich für die Ausführungen. Es sei ein großes Paket, das sich die Französische Ratspräsidentschaft vorgenommen habe. In der jetzigen Zeit sehe man, wie wichtig es sei, sich weiter aufeinander zu bewegen.

**Oliver Krauß (CDU)** führt aus, er bedanke sich bei Ihrer Exzellenz, der Botschafterin, dass sie dem Ausschuss heute die Ehre gebe, heute im Landtag Nordrhein-Westfalen Gast zu sein. Der eine oder andere sei überrascht, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Landesparlament in der Bundesrepublik Deutschland sei, das eine Parlamentariergruppe mit Frankreich pflege. An dieser Stelle auch noch einmal herzlichen Dank an Oliver Keymis seitens der CDU-Fraktion, der heute schon vielfach geehrt und gewürdigt worden sei, für sein Engagement in der Parlamentariergruppe. Herr Keymis habe es geschafft, dass NRW das einzige Bundesland mit so einer solchen Parlamentariergruppe sei. Man könne ja Vorbild für andere sein. Er habe auch schon gehört, dass das Engagement bei anderen sehr gut ankomme.

Ihn freue es auch, dass man heute in dieser Runde zusammenkomme, auch mit Blick auf die enge Partnerschaft mit dem Institut Français. Er freue sich sehr, dass der Direktor, Herr Dr. Osmont, da sei. Er glaube, dass dies die Freundschaft in schwierigen Zeiten ausmache. Man erkenne an den Ausführungen und den ambitionierten Plänen der Französischen Ratspräsidentschaft eine sehr große Übereinstimmung mit den Positionen, für die die demokratischen Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen einträten.

Die Französische Ratspräsidentschaft sei mit sehr großen ambitionierten Zielen, einem dicht gestrickten Programm gestartet. Auch wenn der schreckliche Krieg in Europa alles überschatte, sei es wichtig – das habe die Botschafterin herausgestellt –, andere bedeutende Herausforderungen der Zeit im Fokus zu behalten. Frau Botschafterin habe viele Punkte angesprochen, etwa die Frage der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungs-, der Außen- und Sicherheitspolitik, die Fragen der Ernährung, die Fragen der künftigen Technologien, KI, Biotechnik, Klimawandel. In Nordrhein-Westfalen mache man sich bei der Frage der Energieversorgung enorme Sorgen, weil von der Energieversorgung eine Menge Arbeitsplätze – er wisse, auch in Frankreich – abhängig seien. Er hätte gerne gewusst, wie die Position der Botschafterin bezüglich einer konzentrierteren europäischen Energieversorgung aussehe.

Dann habe die Botschafterin angesprochen, dass Wahlen in Frankreich anstünden, in Nordrhein-Westfalen übrigens auch, die Präsidentschaftswahlen und die Wahlen zur Nationalversammlung jetzt im April bzw. im Juni 2022 in Frankreich. Er frage, ob die Botschafterin von den Konsequenzen der Wahlen Veränderungen in Bezug auf die Positionen Frankreichs erwarte.

Dann habe die Botschafterin die Trio-Präsidentschaft mit Tschechien und Schweden angesprochen. Ihn interessiere, ob es mit Schweden und der Tschechischen Republik bereits Absprachen gebe, einige der Schwerpunkte im Rahmen der Trio-Präsidentschaft weiter zu verfolgen.

Ihre Exzellenz habe die Konferenz der Zukunft Europas angesprochen, die Frage, ob hier ein möglicher Nachfolgeprozess initiiert werden könnte. Die Landesregierung

habe sich dafür ausgesprochen, dass man das fortsetzen wolle. Frau Descôtes habe angedeutet, dass es Pläne in Abstimmung mit Rat, Kommission und Parlament gebe. Ihn interessiere, ob es da schon konkretere Absichten, konkretere Ziele gebe.

Sein letzter Punkt: Seit 2017 sei Frau Descôtes Botschafterin. Seit 2017 sei die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Amt und habe sich konsequent für den Ausbau und Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit eingesetzt. Mehrfach sei das Regionale Weimarer Dreieck erwähnt worden. Er freue sich sehr, dass der Generalkonsul von Polen wieder hier zu Gast sei. Unter anderem mit der Region Hauts-de-France verbinde NRW eine enge Partnerschaft, die im vergangenen Jahr – dafür sei er sehr dankbar – erneuert worden sei. Er frage, welche Rolle – die Botschafterin habe auch sehr viel Erfahrung im Bereich UdSSR – Frau Descôtes den regionalen Kooperationen innerhalb der EU zumesse und wie die Rolle der Regionen in Europa noch weiter gestärkt werden könne.

**Sebastian Watermeier (SPD)** bedankt sich bei Ihrer Exzellenz für ihre Ausführungen. Im Lichte der Ausführungen wolle er sagen, es sei ein großes Glück, dass gerade in dieser Stunde Frankreich die Europäische Ratspräsidentschaft inne habe. Manchmal sei es in der Weltgeschichte so, dass schwierige Situationen kämen und wie durch Zufall genau die richtigen Partner an den entscheidenden Funktionen säßen. Er glaube, dass Frankreich mit dem großen Selbstbewusstsein und der großen Selbstverständlichkeit, mit der es seine Werte mutig vertrete, ein nicht nur symbolischer, sondern auch realpolitischer wichtiger Anker für die Europäische Union sei.

Er glaube, dass die Verdienste Frankreichs um die Vertiefung der europäischen Beziehungen nicht hoch genug eingeschätzt werden könnten, nicht nur über die gesamte Zeitstrecke, sondern insbesondere auch in den letzten Jahren. Er würdige ausdrücklich, dass sich Präsident Macron darum verdient gemacht habe, der Europäischen Union ein neuen Impuls zu geben, der der Versuch sei, diesen Kontinent, diese Staatengemeinschaft, die Wertegemeinschaft weiter zu einen und weiter zu vertiefen. Dafür sei er persönlich sehr dankbar.

Die Botschafterin habe die große Bedeutung der Konferenz zur Zukunft Europas hervorgehoben. Er glaube, dass das einer der wichtigen Teile dieses Impulses sei. Seine persönliche Erfahrung – das würden wahrscheinlich viele Kolleginnen und Kollegen im Raum teilen können – sei, dass bei den Diskussionsformaten, die im Rahmen dieser Konferenz angestoßen worden seien, gerade auch in den sehr kleinteiligen Diskussionen mit Schülergruppen genau das zutage getreten sei, was die Botschafterin identifiziert habe, ein höheres Interesse der europäischen Jugend an den europäischen Prozessen.

Er schließe sich der Frage des Kollegen Krauß ausdrücklich an, wie man das verstärken könne, wie man dafür sorgen könne, dass junge Menschen stärker politisch partizipieren könnten. Alle wüssten, dass gerade die europäische Ebene unter einem Partizipationsdefizit insofern leide, dass sie für junge Menschen sehr abstrakt und schwierig zugänglich sei. Das wüssten alle aus der politischen Praxis.

Frau Descôtes habe die große Bedeutung einer wachsenden europäischen Souveränität in vielen Politikbereichen hervorgehoben. Aktuell finde der EU-China-Gipfel statt. Auf vielen Politikfeldern, insbesondere im Bereich der Digitalpolitik und der Hochtechnologie, sei China nicht nur Partner, sondern auch eine große Herausforderung für die europäischen Werte. Ihn interessiere die Einschätzung von der Botschafterin zu diesem Gipfel, wie sie das zukünftige Verhältnis der Europäischen Union zur Volksrepublik China einschätze, die weltpolitisch im Fokus stehe, möglicherweise ähnlich, wie man das mit Russland erlebt haben, aggressiv gegenüber den Nachbarn aufzutreten und möglicherweise auch militärische Aggressionen gegen Nachbarstaaten anzustoßen.

**Franziska Müller-Rech (FDP)** bedankt sich bei Ihrer Exzellenz, dass sie heute hier sei, und auch für den sehr interessanten Impuls, den sie gegeben habe. Die Aufgaben seien sehr vielfältig – dafür Respekt und Hochachtung –, was gerade in dieser schwierigen Zeit bewältigt werden müsse.

Sie finde es sehr wichtig, wie die Botschafterin eingestiegen sei, dass sie betont habe, dass durch den schrecklichen Angriffskrieg Europa stärker zusammengewachsen sei, dass Putin genau das erreicht habe, was er nicht gewollt habe, dass Europa stärker zusammen rücke und gemeinsam versuche, nicht nur die Ukraine, so gut es gehe zu unterstützen, sondern auch die europäischen Werte, die Freiheit, den Frieden, die Demokratie zu verteidigen.

Sie wolle zwei Fragenkomplexe ansprechen, die auch bei den Kollegen vorher mit angeklungen seien. Mit Blick auf den Ukrainekrieg und die Ratspräsidentschaft frage sie, wie die Botschafterin bislang die Ratspräsidentschaft bewerte, wie der Krieg das eine oder andere Ziel verändert habe, wo man Anpassungen habe vornehmen müssen, und wie sie die schlimme Krise mit Blick auf die Ziele der Französischen Ratspräsidentschaft bewerte.

Ihre zweite Frage gehe in Richtung junge Menschen in Europa. Das Jahr der Jugend sei 2022 in Europa ausgerufen, ein sehr wichtiges Thema. Da frage sie, welche Schwerpunkte Frankreich da in der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft setze – nicht nur im Hinblick auf Partizipation, sondern auch im Hinblick auf Schüleraustausche. Wenn jetzt Europa stärker zusammenwachse, sei das doch eine Chance, die man auch für junge Menschen in Europa nutzen sollte, schon früh anzufangen.

Sie habe selber in ihrer Schulzeit an einem Austausch nach Incenie in der Nähe von Nantes teilgenommen und wisse, wie prägend so etwas sei, wie lange man nicht nur als junger Mensch, sondern auch im erwachsenen Alter daran zurückdenke, wie wichtig der Dialog sei, auch im Hinblick auf Demokratiebildung. Sie frage, wie man Schüleraustausche stärken wolle, da auch vielleicht im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften, wie man das besser nutzen könne. Das sei ein Thema, das man auch mit anderen Ländern bespreche, zum Beispiel auch mit dem Vereinigten Königreich, wo es durch den EU-Austritt sehr viel schwieriger geworden sei. Es sei wichtig, dass man den Jugenddialog aufrechterhalte. Sie frage, wie die Französische Ratspräsidentschaft Schüleraustausche stärken wolle, vielleicht auch mit Blick auf Städtepartnerschaften, ob man dort wachsen wolle, wie man diese Chance, die auch in dieser sehr schlimmen Krise stecke, nutze.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** bedankt sich für den Besuch. Er habe im Stau gestanden, deswegen habe er den Ausführungen der Botschafterin nicht folgen können. Er freue sich jetzt auf die Antworten.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEi)** bedankt sich bei der Botschafterin für ihr Kommen. Er habe das Glück gehabt, am Montag in Nord-Mazedonien ein Gespräch führen zu dürfen mit dem Staatspräsidenten und dem Außenminister. Er habe die große Sorge mitgenommen, dass der Marathon, der mit der Umbenennung von Mazedonien zu Nord-Mazedonien begonnen habe – der Nato-Beitritt habe aber geklappt –, jetzt wieder anfangen, und zwar über einen konstruierten Streit mit Bulgarien, der befeuert werde über Serbien von Russland. Das betreffe die Sprachfrage.

Er frage, welche Chancen man habe, konkret dafür zu sorgen, dass man Albanien, Montenegro und Nord-Mazedonien tatsächlich weiter bringe.

**Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der Französischen Republik)** bedankt sich für das Interesse und die vielen Fragen. Einige Fragen überschritten sich, z. B. Energieversorgung, EU und Energiekrise. Die Überzeugung der Französischen Ratspräsidentschaft sei, dass man in diesem Bereich zusammenhalten und zusammen handeln müsse. Sie glaube, die Tatsache, dass die EU-Mitgliedstaaten einen unterschiedlichen Energiemix hätten – sie denke an Deutschland und Frankreich –, sollte keine Hürde sein. Die EU-Verträge hätten das auch vorgesehen. Man müsse aber ein gemeinsames Ziel haben und realistisch handeln.

Das sei jetzt etwas anders geworden durch den Krieg in der Ukraine, weil Europa sehr viel schneller handeln müsse. Sie sei überzeugt, dass dabei die Ziele im Rahmen des Klimawandels nicht aus den Augen verloren werden dürften. Zusammen Handeln heiße – das sei vor zwei Wochen in Versailles so besprochen worden –, dass nicht jeder für sich versuche, Verträge zu schließen, sondern dass man gemeinsam vorangehe und zum Beispiel mit Katar und anderen Produktionsländern spreche, damit man bessere Verträge verhandeln könne zu besseren Konditionen, zu besseren Preisen.

Klar sei, dass sich die Staaten untereinander helfen müssten und dass man am Ende das Ziel haben müsse, so viel wie möglich auch innerhalb der EU zu produzieren. Sie habe vorhin erwähnt, dass sie am Vorabend an einer sehr interessanten Diskussionsrunde über Wasserstoff habe teilnehmen dürfen. Da gebe es mehrere Optionen, ob man Wasserstoff selber produzieren oder aus Drittländern importieren wolle. Aus Drittländern zu importieren, beinhalte immer ein Risiko. Dann müsse man verschiedene Quellen haben. Man müsse auch sicher sein, dass man den Transport organisieren könne. Die andere Option sei, dass man selber produziere. Das wolle man versuchen, anhand der Atomkraftenergie. Sie glaube, das müsse man als ein Ganzes sehen. Einerseits müsse man zusammenhalten, zusammen an Lösungen arbeiten und dürfe die Klimaziele nicht aus den Augen verlieren.

Eine Frage habe das Trio und die Kontinuität angesprochen. Es gebe volle Kontinuität. Sie habe gezeigt, wie man schon mit der Deutschen Präsidentschaft 2020 gearbeitet habe und damals sei, was den strategischen Kompass angehe, es so verabredet worden, dass Deutschland diese Arbeit in die Wege leite und dass die Diskussion weiter-

gehe mit der Portugiesischen und Slowenischen Präsidentschaft, dass man jetzt versuche, zu einem Schluss zu kommen. So sei es auch passiert. Frankreich arbeite schon sehr eng mit der Tschechischen Republik und Schweden zusammen. Es gebe sehr viele Punkte, bei denen man auch nicht zu einem Schluss gekommen sei. Im Paket „Fit for 55“ gebe es insgesamt 15 Regelungen. Alle seien sehr froh, dass man jetzt das Ziel erreicht habe, was CBAM angehe. Es gebe noch 13. Daran müsse gearbeitet werden. Das geschehe in der Kontinuität, das gelte für alle Themen. So seien die Arbeiten auch organisiert.

Was die Konferenz über die Zukunft Europas angehe – es habe mehrere Fragen dazu gegeben –, so sei das auch eine Frage, die sie in vielen Landtagen höre. Das würden Präsident Macron, die Präsidentin der Kommission, die Präsidentin des EU-Parlaments auch mitnehmen müssten. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, jetzt sei es schön zu diskutieren, sodass man ewig diskutieren werde. Das wäre nicht gut. Präsident Macron sei in dieser Beziehung eher ein Macher und wolle zeigen, dass man zuhören und etwas mache. Das sei eine geteilte Sorge, einerseits jetzt zu sehen, welche Ideen, welche Vorschläge es gebe, dann der Kommission zu sagen, jetzt müsse man Vorschläge machen und zeigen, dass man anhand dieser Vorschläge schnell zu konkreten Entscheidungen komme.

Einerseits sollte man nicht den Eindruck schaffen, es gebe nur ewige Diskussionen, man komme nie zu einem Ergebnis. Irgendwann sollte diese Konferenz ein Ende finden. Aber vielleicht werde dann diskutiert, wie man informelle Möglichkeiten, welchen Rahmen man schaffen könne, damit man es den Jugendlichen, die weiter diskutieren wollten, ermögliche. Das müsse man schaffen. Es sei jetzt wichtig zu zeigen, nach einem Jahr müsse man sehen, welche Vorschläge umgesetzt werden könnten.

Was die regionale Zusammenarbeit angehe – das sei äußerst wichtig, würde sie auch im Zusammenhang bringen mit der Frage von Frau Müller-Rech zu den Städtepartnerschaften: Natürlich müssten die EU-Länder auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zusammenhalten, aber es sei auch wichtig, in derselben Zeit lokal zu kooperieren. Es sei wichtig, dass die Grenzregionen eng zusammenarbeiteten. Das machten Deutschland und Frankreich noch mehr jetzt seit dem Aachener Vertrag. Es gebe einen Ausschuss, der sich mit den ganz konkreten Fragen beschäftige, die die Pendler betreffen. Die Idee sei, dass man da versuche, weiter zu kommen als das, was im Rahmen der EU möglich sei, dass man innovativ bei der Suche nach Lösungen sei. Das schließe nicht aus, dass Regionen zusammenarbeiteten, die nicht unbedingt aneinander grenzen würden. Das zeige Nordrhein-Westfalen sehr gut mit Hauts-de-France oder auch mit Schlesien. Man sei kein Anrainer, habe aber dieselben Sorgen, dieselben Erfahrungen zum Beispiel im Industriebereich, auch in anderen Bereichen. Da sei es schön, an konkreten Lösungen, an konkreten Experimenten zu arbeiten und sich auszutauschen. Dasselbe gelte für Städte.

In den letzten Jahren habe man immer mehr gemerkt, wieviel auf die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zukomme, wieviel von ihnen abhängen in den konkreten Fragen des Lebens, bei der Aufnahme von Flüchtlingen zum Beispiel, Mobilität, Klimawandel, Bildung und Integration. Dann sei es sehr wichtig, dass Städte in Frankreich, in Deutschland, in Polen und andere Mitgliedsstaaten sich konkret über die

Lösungen austauschen und Zusammenarbeit entwickeln würden. Die Unternehmen könnten sich auch austauschen.

Was die Schüler, die Jugendlichen angehe, so wolle man viel mehr machen. Man habe sich sehr gefreut über das ERASMUS-Programm, das sei sehr erfolgreich. Es habe aber den Eindruck gegeben, das betreffe nur diejenigen, die sowieso mobil seien. Wichtig sei es, die anderen abzuholen, die mit Mobilität wenig zu tun hätten, auch im eigenen Land. Man müsse ihnen die Möglichkeit geben, weiter in der EU etwas zu entdecken. Das mache Erasmus+, das geschehe bilateral mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk. Inzwischen gebe es auch unter den Schülern mehr Austausch, auch bilateral. Wunsch des französischen Bildungsministers sei es, dass jede Schule, jedes Gymnasium in Frankreich einen Paten habe, sei es auch nur virtuell mit Videokonferenzen, dann aber mit konkreten Austauschen. Das sei sehr wichtig. Das sollte auf europäischer Ebene gefördert werden. Es gebe viele Programme, die könne sie jetzt nicht alle nennen. Die Kommission habe sehr interessante Ideen, Wettbewerbe, wo man eine Art Rail-Pass gewinnen könne und überallhin kostenlos verreisen könne. Das seien gute Möglichkeiten für diejenigen, die aus vielen Gründen nicht mobil seien.

Was China angehe, so handele es sich um ein sehr wichtiges Treffen, gerade jetzt, auch wenn die Beziehung zu China kompliziert sei. Es sei eine Gelegenheit zu zeigen, wie man die Zusammenarbeit mit China sehe. China sei ein Partner. Systemisch gesehen, sei das nicht dasselbe wie Europa. Es gebe systemische Unterschiede, die könne sie nicht verneinen. Da müsse man realistisch sein. Aber, wie gesagt, Europa müsse diese Beziehung für sich wahrnehmen und entfalten, ohne zu sagen, man stehe einfach auf Seiten der Amerikaner.

Was die Demokratie und das politische System angehe, sei man klar an der Seite der Amerikaner. Alle würden hoffen, dass man Herrn Chi dazu bewege, einen konkreteren Beitrag zu leisten bei der Suche nach einer Lösung. Viele würden denken, er könne Präsident Putin stoppen in diesem fürchterlichen Krieg. Bis jetzt habe das der chinesische Präsident nicht gemacht. Man wolle ihn auch davon abhalten, mehr Unterstützung in Richtung Putin zu zeigen. Das wäre fatal. Es sei in diesem Moment diplomatisch von größter Wichtigkeit, dass man versuche, China zu zeigen, es wäre besser für China, für alle, wenn sich die Beziehungen in einer friedlichen Welt entfalten könnten.

Minister Dr. Holthoff-Pförtner habe eine Frage eine Frage zum Westbalkan gehabt. Man sei besorgt und habe gehofft, dass da etwas Neues komme von der bulgarischen Seite, dass man sich im Juni dann auf der Westbalkan-Konferenz darüber freuen könne, dass es zu einer Lösung komme und dass die Verhandlungsdiskussionen zu einem Beitritt zur EU aufgenommen werden könnten. Im Moment sehe es nicht danach aus. Man wolle aber nicht verzweifeln und weiter daran arbeiten. Im Kontext des Krieges in der Ukraine nehme es noch mehr Bedeutung ein. Man werde sich jedenfalls bemühen, zu einer Lösung zu kommen. Denn man sehe – das habe sie vorhin schon gesagt –, es sei sehr wichtig, dass man da kein Vakuum im Westbalkan hinterlasse. Der Minister habe selber die Probleme erwähnt mit Serbien und mit der Rolle Russlands. Putin habe kein Interesse daran, dass man friedlich miteinander leben könne. Er versuche zu spalten. Da müsse man sich wehren und klare Kante zeigen.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** meint, im Grunde genommen stehe man vor den Trümmern der Außenpolitik der letzten 30 Jahre. Das habe die Botschafterin auch deutlich gemacht. Die mehr oder weniger bequemen Westeuropäer hätten auf wache Mitteleuropäer nicht gehört. Man habe lange Afrika als Kontinent vergessen, Frankreich am wenigsten, aber Deutschland zum Beispiel völlig. Die Politik habe Lateinamerika vernachlässigt. China habe man das Feld in diesen Bereichen überlassen und beschwere sich heute darüber, dass China dort Infrastrukturprojekte in einem Ausmaß vornehme, was man nicht mehr einholen könne.

Ost- und Mitteleuropa seien immer wieder getröstet worden, wenn sie gekommen seien und gesagt hätten, es werde irgendwann schwierig mit Putin. Alle hätten geglaubt, das werde wohl nicht so sein, man habe die Augen verschlossen. Er sei selber in früherer beruflicher Tätigkeit mit CLAAS, mit Schneider Electric, eine der größten französischen Firmen, die eines der größten Logistikzentren unterhielten – da könne man mit dem Auto durchfahren – in Moskau gewesen. So ein großes Zentrum gebe es in ganz Frankreich nicht. Er nenne BSH in Leningrad, die Fabrikation Bosch-Siemens Hausgeräte. Alle hätten immer gedacht im Gegensatz zu Polen, wo es anders gelaufen sei, mit MAN in der Nähe von Kraków, wo man am Anfang eine Montage gemacht habe, dann eine Fertigung und weggekommen sei von dem Werkbankdenken Osteuropa gegenüber und Mitteleuropa gegenüber. Polen sei nicht Osteuropa, Polen sei Mitteleuropa. Man sei auf diese Art und Weise mit einer gewissen Arroganz gegenüber diesen Ländern aufgetreten und habe gesagt, die Länder dürften liefern, ihr dürften auch in den Lieferketten eine gewisse Rolle spielen.

Jetzt stehe man vor den Trümmern dieser Politik. Die Globalisierungsstrategien würden es nicht mehr ermöglichen, zum Beispiel pharmazeutische Produkte in Deutschland zu fertigen. Wenn man heute an Hoechst vorbeifahre, seien das wunderbare Lofts, habe aber mit der Pharmaindustrie kaum noch etwas zu tun. Da stünden die Europäer jetzt vor ganz anderen Herausforderungen. Es sei zu Recht gesagt worden, Innovation, FuE, sei alles wichtig, der Blick auf die Zukunft.

Der Landtag befinde sich in einem stark industriell geprägten Land. Man müsse an die Industriearbeitsplätze denken, man müsse das alles verdienen, im wahrsten Sinne des Wortes, dass man sich diese Dinge leisten könne, die alle auf der hehren Agenda mit sich herumschleppen würden. Da komme Frankreich und Deutschland eine zentrale Rolle zu. Beim Airbus zeige man es zu einem großen Teil, wie Lieferketten mit zwei bzw. 4 Länder – Spanien und England seien integriert, Italien auch – funktionieren könne. Das müsse man in vielen anderen Bereichen auch denken. Wenn MAN heute heute in Polen produziert werde, könne er nicht produziert werden ohne die berühmten Kabelbäume – früher seien sie alle aus Ungarn gekommen –, heute kämen sie zu einem erheblichen Teil, leider jetzt nicht mehr, aus der Ukraine. Wenn man einen CLAAS-Mähdrescher nehme, sei der nicht zu produzieren mit Teilen aus der jetzt besetzten und zerstörten Produktion in der Ukraine. Im europäischen Denken sei man jetzt in ganz anderen Strukturen gefordert, als nur an FuE zu denken, an die wichtigen Punkte, die man in der Zukunft alle bewältigen müsse.

Aber – das habe auch die Kollegin zu Recht gesagt – es sei schon pervers, dass Putin jetzt das schaffe, was man alleine nicht geschafft habe, diese Integration zu forcieren und solche Gedanken erst einmal wieder zu zulassen.

Er stelle sich die Frage, wie Paris und Berlin an der Stelle mit der Unterstützung der Regionen, die eine zentrale Rolle spielen würden, weil sie näher dran seien, eine Rolle spielen könnten, diese Integration auch in dem industriell-wirtschaftlichen Bereich ohne diese Zuhilfenahme, die ihm manchmal wie Ausbeutung vorkomme, von anderen Ländern zu realisieren. Er frage, welchen Beitrag Frankreich und Deutschland in dem Bewusstsein, das müsse sich für Unternehmen alles wirtschaftlich rechnen, da leisten könnten.

**Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der Französischen Republik)** kommt auf die Bemerkung zu Afrika zurück. Das sei ein sehr wichtiges Thema. Man wisse, man müsse jetzt anders mit Afrika umgehen. Da brauche man eine europäische Zusammenarbeit. Ziel dieses Gipfels am 18. Februar sei eine neue Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika gewesen. Es gehe nicht nur darum, Entwicklungshilfe zu geben, sondern es gelte, auch die Entwicklungen in Afrika wahrzunehmen.

Afrika bestehe aus 54 Ländern mit großen Unterschieden. Was sie gemeinsam hätten, seien sehr viele Jugendliche, sehr viele darunter, die jetzt auch gut gebildet seien, viele die auch viele Ideen hätten, innovativ seien und die eine konkrete Unterstützung brauchten, nicht von oben, sondern wirklich an Ort und Stelle. Das sei auch Teil der Diskussionen gewesen. Sie habe eine Art Follow-Up Veranstaltung in Berlin gemacht, damit in Deutschland, Frankreich und einige der Kollegen aus Afrika sehen könnten, wie man konkret daran arbeiten könne, auch mit der Hoffnung, dass die Krise und die Auswirkungen, was die Ernährung angehe, jetzt nicht zu groß seien, dass man weiter in dieser neuen Form der Zusammenarbeit vorwärts kommen könne.

Die EU als Produktionsstätte sei auch Ziel. Der Begriff der Souveränität sei nicht nur im Bereich Verteidigung und Sicherheit zu verstehen, sondern global. Das heiÙe, mehr Autonomie, mehr Handlungsfähigkeit in Europa in allen Bereichen, was die Wirtschaft und Industrie angehe, viel mehr Produktion hier in Europa zu organisieren. Das setze voraus, dass alle sehr eng zusammenarbeiteten. Airbus sei als Modell genannt worden. Da könne man noch besser werden. Es gebe gute und schlechte Beispiele. A400M sei ein Beispiel dafür, was man nicht mehr machen solle, nämlich eine Zusammenarbeit, bei der man sich zusammentue, aber am Ende wolle jeder genauso viel haben. Am Ende sei es nicht effizient. Da müsse man anders denken. Das sei schwer.

In dieser Situation, in der alle vor den Herausforderungen stünden, wolle jeder etwas für sein Land tun. Sie glaube, man müsse strategischer denken und bei manchen Projekten auch nachgeben und dem anderen Land mehr geben, bei anderen Projekten umgekehrt. Man müsse nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern in ganz Europa zu besseren und effizienteren Lösungen kommen. Das betreffe alle Bereiche. Da könnten die Regionen auch sehr viel machen. Das heiÙe, es müsse nicht immer auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs entschieden werden. Was sie gestern gesehen habe, im Bereich Wasserstoff passiere sehr viel. Wenn die konkreten und guten Beispiele zwischen den Regionen auch erarbeitet werden könnten, dann sei das

der beste Weg, um zu zeigen, wie es gehe, zu konkreten Erfolgen zu kommen. Sie hoffe, dass die Kommission da weiter helfe.

Eine wichtige Frage betreffe den rechtlichen Rahmen, was die staatlichen Subventionen angehe. Alle hätten in Erinnerung die traurige Geschichte von Siemens Alstom. Das sei dann beim nächsten Versuch mit Alstom und Bombardier besser gewesen. Da müsse man zu einem neuen gesetzlichen Rahmen kommen, der eher der Realität entspreche und es den wirtschaftlichen Akteuren auch erlaube, sich gegen die anderen Challenger aus Amerika oder China besser durchzusetzen.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** bedankt sich für die Ausführungen. Es sei dem Ausschuss nicht nur eine große Ehre, dass Ihre Exzellenz heute hier zu Gast sei. Frau Descôtes habe das große Interesse des Ausschusses an ihrer Arbeit gesehen und an dem großen Katalog, den man da während der Französischen Ratspräsidentschaft vor sich habe. Er könne die Ausführungen des Kollegen Watermeier nur wiederholen, dass man froh sei, dass in dieser schwierigen Situation Frankreich auch die Ratspräsidentschaft innehabe.

Wichtig sei, dass man alle in der Europäischen Union, alle Partnerländer, ob klein oder groß, mitnehme. Er glaube, dass gerade in der jetzigen Situation auch Führung sehr wichtig sei. Es sei wirklich gut, dass Frankreich und Deutschland da sehr eng zusammenarbeiten würden. Jetzt zahle sich aus, dass Deutschland und Frankreich in den vergangenen Jahren die Partnerschaft auch so eng ausgebaut hätten über die Ebene der Bundesregierung hinaus, über den Landtag, über die Regionen, das Regionale Weimarer Dreieck bis in die einzelnen Kommunen hinein. Das sei sehr wichtig. Gerade auch der Austausch, die Städtepartnerschaften, der Austausch von Schülerinnen und Schülern seien enorm wichtig. Wenn man sich kenne, dann habe man viel mehr Akzeptanz und könne sich viel stärker und besser in die Situation des anderen hineinversetzen. Das sei sehr wichtig.

Er bedanke sich, dass die Botschafterin heute hier gewesen sei. Es sei deutlich geworden, dass über die Ratspräsidentschaft hinaus das Interesse Nordrhein-Westfalens da sei, diese Partnerschaft, die auch die Parlamentariergruppe sehr gut gepflegt habe, auch in Zukunft weiter auszufüllen. Es sei heute die letzte Sitzung dieses Europaausschusses. Er sei sich sehr sicher, dass auch der kommende Europaausschuss diese gute Zusammenarbeit auch weiterhin pflegen und ausbauen wolle. Er bedanke sich und freue sich, wenn man auch über den heutigen Tag weiter im Austausch bleibe.

(Allgemeiner Beifall)

**Ihre Exzellenz Anne-Marie Descôtes (Botschafterin der Französischen Republik)** bedankt sich beim Vorsitzenden und dem Ausschuss. Sie wünsche viel Glück für die kommenden Wochen.

## 2 Entwicklungszusammenarbeit und der Beitrag der NRW-Hochschulen

Gäste: Prof.'in Dr. Wiltrud Terlau, Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg (*Präsentation s. Anlage 1*), und Monika Dülge, Eine Welt Netz NRW e. V. (*Präsentation s. Anlage 2*)

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir fahren dann in der Tagesordnung fort und kommen zum Tagesordnungspunkt 2, Entwicklungszusammenarbeit und da heute insbesondere auch der Beitrag der NRW-Hochschulen. Ich hatte es eben schon angekündigt. Es freut uns sehr, Frau Dülge und auch Frau Prof. Dr. Terlau hier online begrüßen zu dürfen.

Neben den europäischen Themen, die wir gerade intensiv diskutiert haben, ist dem Ausschuss auch gerade in der jetzigen Legislaturperiode die Entwicklungszusammenarbeit auch sehr wichtig gewesen. Deshalb freut es mich, dass wir heute diesen Tagesordnungspunkt hier auf der Agenda haben. Frau Dülge, seien Sie herzlich willkommen. Sie hatten sich untereinander abgesprochen, wer beginnen soll. Wenn Sie es sind, würde mich das umso mehr freuen, weil ich noch nicht erkennen kann, ob Frau Terlau online ist. Dann würde ich Ihnen auch schon direkt das Wort geben.

**Frau Monika Dülge (Eine Welt Netz NRW e. V.):** Vielen Dank und vielen Dank für die Einladung. Wir haben uns sehr gefreut, dass wir noch in dieser Legislaturperiode auch hier berichten dürfen. Ich hatte mit Frau Prof. Dr. Terlau telefoniert, und wir hatten abgesprochen, dass sie gemäß der Tagesordnung dann auch anfangen würde, aber wenn sie jetzt noch nicht online ist, dann kann ich auch gerne anfangen.

Ich habe eine PowerPoint-Präsentation mitgebracht.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Jetzt sehe ich, dass Frau Prof. Dr. Terlau in der Runde dabei ist, ganz herzlich willkommen, Frau Prof. Terlau. Schön, Sie jetzt auch online sehen zu können. Ich sagte gerade schon, wir sind froh, dass wir uns mit dem Thema Entwicklungszusammenarbeit heute auch in dieser Sitzung noch einmal auseinandersetzen und insbesondere auch der Frage des Beitrags der NRW-Hochschulen. Frau Dülge sagte gerade schon, dass Sie sich abgesprochen hatten, dass Sie auch mit Ihrer Präsentation, mit Ihrem Vortrag beginnen wollten. Dann würde ich Ihnen auch gerne direkt das Wort geben für Ihre Ausführungen, herzlich willkommen.

**Prof.'in Dr. Wiltrud Terlau (Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg):** Herzlichen Dank. Dann würde ich anfangen. Ich habe 6 Folien insgesamt. Ich wollte zu dem Beitrag der Hochschulen für die Entwicklungszusammenarbeit berichten. Ich vertrete hier Herrn Professor Ihne. Ich freue mich natürlich, dass ich hier sein darf. Herr Prof. Ihne tut es leid, dass er nicht dabei ist, und zwar im mehrfachen Sinne, weil er natürlich schon seit Langem Präsident der Hochschule ist, aber zum anderen auch er davor lange für die Entwicklungszusammen-

arbeit tätig war im Bundestag, wie aber auch in Forschungseinrichtungen, um die es ihm ein besonderes Anliegen ist. Insofern versuche ich, ihn hier würdig zu vertreten.

Ich komme vom Internationalen Zentrum für Nachhaltige Entwicklung in der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Wie der Name auch schon sagt, ist es einerseits international aufgestellt, zu allen Ländern dieser Welt, auf allen Kontinenten, aber gleichzeitig auch für Entwicklungs- und Schwellenländer. Gleichzeitig sind wir auch, weil wir eine Hochschule für angewandte Wissenschaften sind, regional aufgestellt, also in die Regionen hinein, wo wir dann auch unsere Wurzeln haben.

Die Rahmenbedingungen und im Grund genommen das, was ich hier erzähle – das betrifft auch den Ausschuss für internationale Zusammenarbeit, die Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit kommen natürlich von den MDGs, von den Millennium Development Goals, die ja nur für Entwicklungsländer waren. Sie sind jetzt übertragen auf die 17 SDGs der UN-Agenda 2030. Darauf beruft sich auch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, wo es einen besonderen Bereich für die internationale Verantwortung und die Zusammenarbeit gibt.

Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie beruft sich darauf ebenfalls, und die neuen entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes NRW gehen auf diese SDGs explizit ein und sagen, das bildet die Basis. Das heißt, diese sind miteinander verbunden. Wenn man in die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie schaut, wird dort ein Hebel besonders hervorgehoben, das ist der UN-Standort Bonn. Da ist die internationale Zusammenarbeit und die nachhaltige Entwicklung ein besonderer Fokus. Wie ich diese Woche hören konnte, haben wir mittlerweile in der Bonner Region 25 UN-Organisationen und 6 internationale Organisationen mit rund 1.000 Beschäftigten und zwei weiteren, die in 2022 kommen sollen. Darüber hinaus sind noch weitere beabsichtigt. Im Koalitionsvertrag wurde auch noch einmal unterstrichen, dass der Standort eine besondere Bedeutung hat. Also insofern ein einzigartiger Standort, wenn man noch zusätzlich für Deutschland berücksichtigt, dass es dort viele Wissenschaftsorganisationen in Ministerien und Unternehmen im Einzelnen gibt.

Und dabei ist natürlich auch besonders hervorzuheben, die Bonner Allianz für Nachhaltigkeitsforschung mit den Instituten, die ICB und – ich denke Sie kennen die –, die UNU, das Institut für Environment and Human Security, die Uni Bonn mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung, die auch vom Land NRW gefördert wird. Dazu kann man vielleicht für das Land NRW, auch für Prof. Ihne, der entscheidend mitgewirkt hat, das HAW der Hochschulen für angewandte Wissenschaften als Positionspapier zu der Nachhaltigkeit erwähnen, was auch auf die Entwicklungszusammenarbeit eingeht. Das ist der Vorspann, das sind die Rahmenbedingungen.

Was ist dann der Beitrag, den die Hochschulen leisten können, neben der Politik und den NGOs, die man normalerweise im Blick hat? Da ist es zunächst einmal der Austausch zwischen den Hochschulen in den unterschiedlichen Ländern und dann natürlich, darauf aufbauend, die Zusammenarbeit. D. h., Hochschulen sind auch so etwas wie Brückenbauer zwischen den Kulturen und den Nationen, woran man häufig gar nicht als Erstes denkt. Und sie basieren letztlich auf institutionellen Vereinbarungen, auch das ist etwas, auf das man bauen kann, und es kommen immer wieder auch neue hinzu. Capacity-Building ist entscheidend. Führungs- und Fachkräfte bilden sie

aus, wir können auch an Migrationsströme, beispielsweise an die demokratischen Perspektiven denken. Sie schaffen interkulturelle Kompetenzen. Und last, but not least sind die Absolventen, die dann in Hochschulen ausgebildet werden, Multiplikatoren in die Länder hinein oder aber genauso wie bei uns und natürlich auch Change Agence Pioniere, Agenten des Wandels. Gleichzeitig ist es auch ein Zugang zu künftigen Entscheidern in diesen Ländern.

Was sind unsere Instrumente? Wie gehen wir da vor als Hochschulen? Unsere drei großen Felder sind Lehre, Forschung, Transfer. Da möchte ich so ein paar Beispiele bringen, z. B. Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das ist eine eigene Community, die sich da mittlerweile auch gebildet hat. Herr Prof. Ihne spricht auch von „teaching for development“, also explizit für die Entwicklungszusammenarbeit, wobei sie auch in der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit integriert sind.

Bei uns an der Hochschule gibt es zum Beispiel den MBA-Studiengang CSR & NGO Management, der da ganz gut passt, aber auch Veranstaltungen, also Seminare, die zum Beispiel von der NRW Stiftung Umwelt und Entwicklung gefördert werden, Klimawandel, learning for future, was mit der Uni Bonn in Kooperation auch mit unserer Hochschule durchgeführt wird. Das ist die Lehre.

Dann haben wir die Forschung. Was sind Forschungen? Natürlich erst einmal Forschungsprojekte, da kann ich zum Beispiel auch ein schönes nennen, auch bei uns an der Hochschule – Entschuldigung, dass ich aus unserer Hochschule benenne –, erneuerbare Energien in medizinischen Stationen z. B. in Ghana, EnerSHelf heißt dieses Projekt, es gibt auch Promotionsprogramme. Da haben wir am Zentrum für Entwicklungsforschung der Uni Bonn ein großes, aber auch ein weiteres. Da ist die UNU mit dabei, die Universität der Vereinten Nationen, aber auch die Uni Bonn wie auch unsere Hochschule. Da geht es um One Health, ein internationales Projekt, auch Richtung Entwicklungsländer, aber auch in die Regionen Nordrhein-Westfalen rein und wird halt auch von Nordrhein-Westfalen mit gefördert.

Daneben haben wir natürlich auch Konferenzen und Publikationen, dann haben wir als dritten Bereich neben Lehre Forschung den Transfer. Ich denke, das ist besonders interessant. Da geht es um das Wissen von den Hochschulen in die Gesellschaft hinein. Da haben natürlich wir als Hochschulen der angewandten Wissenschaften auch einen Vorsprung, das ist auch eigentlich unsere Tradition. Es geht in die Wirtschaft, was auch für die NRW-entwicklungspolitischen Leitlinien entscheidend ist, in die Zivilgesellschaft NGOs, aber auch in Politik und Verwaltung und auch in die Kommunalpolitik, d. h., mit denen arbeiten wir zusammen. Andererseits auch gesehen, wir Professoren und Dozenten an den Hochschulen kommen auch aus diesen Bereichen. Da ist von Hochschulen, den HAWs, traditionell auch schon große Verwurzelung in der Region und eine Verbundenheit mit ihnen.

Auch da kann ich wieder ein Beispiel nennen, z.B. den Mittelstandsindex für Afrika auch von uns an der Hochschule für Unternehmen. Wir müssen in Deutschland, unsere Wirtschaft basiert auf dem Mittelstand, insofern schauen: Wie sieht es auf dem afrikanischen Kontinent aus – auch als Standortkriterium, wo will ich als deutsches Unternehmen beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent hin? Ist das ein guter Indikator und Hinweis für meine Arbeiten als Unternehmen?

Was ist der Hebel, um jetzt das mit den Entwicklungsländern und Schwellenländern auf den Weg zu bringen? Das sind die internationalen Hochschulkooperationen, die institutionalisiert sind durch Projekte, aber insbesondere dadurch, dass wir spezielle Vereinbarungen mit denen schließen. Wenn ich ein paar Zahlen sagen darf, wobei das gar nicht so einfach ist, ich habe da auf der Hochschulrektorenkonferenz auf der Website geschaut, dort gibt es internationale Kooperationen. Sie sprechen davon, dass 300 Hochschulen rund 37.000 Kooperationen mit insgesamt 5.400 Partnerorganisationen in rund 150 Ländern haben. Da muss man natürlich schauen, was sind Entwicklungsländer und Schwellenländer dabei. Aber das ist ein großer Hebel, und für NRW sind es 68 Hochschulen mit 5.012 Hochschulkooperationen.

Bei uns in der HBRS haben wir auch vielfältige Kooperationen, unter anderem auch mit Ghana, mit vier Hochschulen. Eine davon ist auch Cape Coast, das Land NRW arbeitet ja mit Ghana zusammen, die Stadt Bonn als Projektpartnerstadt, sodass sich da ein doppelter und dreifacher Effekt aus diesen Hochschulkooperationen zusammen mit den anderen ergibt. Wichtig bei diesen Kooperationen ist, was auch der DAAD und andere nennen, die internationale Mobilität, die Mobilität von Studierenden, Lehrenden, Forschenden bis hin zu Verwaltung. Dabei darf man nicht immer nur daran denken, dass wir in die Welt hineingehen, sondern gleichzeitig kommt auch die Welt zu uns nach Hause, ist bei uns an den Hochschulen. Das verändert etwas, da spielen auch die regionalen Hochschulkooperationen, die insbesondere die HAWs haben, eine entscheidende Rolle.

Denn eine Idee könnte zum Beispiel sein, die stammt auch von Herrn Prof. Ihne und wurde versucht umzusetzen, über die regional ansässigen Unternehmen, man könnte auch an die Kommunen denken, dann in die Welt, also über Praktika, wenn man das zum Beispiel ganz konkret sagen will, in die Tochterunternehmen von solchen regional ansässigen Unternehmen in die Welt hinauszugehen.

Letzte Folie, was sind dann mögliche Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit? Eine stärkere Nutzung der Potentiale von Hochschulen, aber auch ihrer Hochschulkooperationen. Das ist ja institutionalisiert, da kann man ja richtig drauf aufspringen, dann natürlich auch die Förderung von Netzwerken und Verbänden, wie es zum Beispiel jetzt an dem UN-Standort Bonn ist. Darüber natürlich noch einige viele mehr. Womit man erst einmal anfangen müsste, wäre – das habe ich jetzt bei der Analyse festgestellt –, dass es erst mal eine systematische Status-Quo-Analyse geben müsste. Was gibt es denn überhaupt alles? Was sind Best Practices? Welche Hochschulen sind erfolgreich? Wo gehen sie hin? Was sind die Themen? Das möchten wir Ihnen auf den Weg geben. Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ja, ganz herzlichen Dank, Frau Prof. Terlau. Ich denke, Ihren Ausführungen konnten wir auch ohne Präsentation sehr gut folgen. Nichtsdestotrotz hätte ich die Bitte, dass Sie uns die Präsentation im Nachgang noch zukommen lassen, sodass sich alle das noch einmal alles ansehen können. Und nun gebe ich gerne Frau Dülge das Wort, bevor wir dann gleich in den gemeinsamen Austausch eintreten.

**Frau Monika Dülge (Eine Welt Netz NRW e. V.):** Ich würde Sie gerne mitnehmen zum Thema „Potentiale und Perspektiven der Hochschulkooperationen und Entwicklungszusammenarbeit“ zu drei Beispielen aus der Partnerschaft und auch der Fachstelle zu Ghana, dann auch Südafrika, Südafrika Forum-Fachstelle, Fachpromoting Südafrika und das Interkulturelle Promoting Programm, um ein paar Beispiele genau zu diesen Hochschulkooperationen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und der Partnerschaftsarbeit aufzuzeigen. Wir haben auch Hochschulkooperationen darüber hinaus, zum Beispiel vom Promoter für globales Lernen, auch teilweise von regionalen Promotoren. Ich habe jetzt die rausgesucht, die sich wirklich in diesem Bereich auch befinden.

Dann Erfolgsfaktoren und Perspektiven. Dann haben wir eine Idee zum Aufbau einer länderübergreifenden Partnerplattform, um Synergien stärker zu nutzen. Das ist ja auch etwas, was Frau Prof. Terlau angesprochen hat. Da würde ich dann gerne am Schluss darauf eingehen.

Die nächste Folie bitte. Das ist im Überblick erst einmal das, was sich im Rahmen der Ghanapartnerschaft tut, wo auch die Fachstelle Ghana mit dabei ist, das will ich Ihnen jetzt nicht alles vorstellen. Sie kennen auch die GIZ-Projekte, die im Rahmen der Ghana-Partnerschaft institutionalisiert sind und dann diese Entwicklungen, dass eben die Hochschulkooperation zwischen der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen und der KNUST-Universität in Kumasi (Ghana) installiert wurde, die im Rahmen der Klimapartnerschaft der Stadt Dortmund mit der Stadt Kumasi inzwischen gelebt wird, realisiert wird. In dem Rahmen sind die Austausch mit Doktoranden auch immer noch sehr intensiv. Worauf ich jetzt noch einmal eingehen will, ist die spannende Geschichte unter Punkt 4. Da ist eine Kooperation im Entstehen begriffen, und zwar zwischen der Westfälischen Wilhelms-Universität, der Fachhochschule Münster, der KSAG Münster und der University for Development Studies in Tamale (Ghana). Da ist auch die Zivilgesellschaft ganz stark beteiligt, bei allen anderen auch. Aber hier ist es eben auch wirklich von den Studierenden der KSAG auch ausgegangen, die haben diese Partnerschaft vorangetrieben. Ein erstes Treffen fand bereits statt. Ein zweites ist jetzt für den Mai geplant im Rahmen des Verwaltungsaustausches, der ja auch von der SKEW mit organisiert wird.

Da finden weitere Gespräche zur Entwicklung dieser Kooperation statt. Die Initiative, die aus der Zivilgesellschaft kam, blendet jetzt auch in die Stadtgesellschaft über. Das ist besonders spannend, das ist so ein Effekt, den man bei mehreren dieser Hochschulkooperationen beobachten kann, dass daraus auch kommunale Partnerschaften entstehen. Das ist ja auch bei Selm/Busunu der Fall gewesen, wobei dadurch, dass Professor Rinschede da so beteiligt war, dann auch diese Städtepartnerschaft entstanden ist. Münster hat jetzt eben zugesagt, dass die Kommune diese Projektpartnerschaft mit vorantreiben wird, hat eine ganz breite Befragung der Münsteraner Bürgerinnen gemacht. Die haben dann wirklich dafür plädiert, die Kontakte zu Tamale zu festigen, weil es da im kirchlichen Bereich schon sehr viele Kontakte gab. Der Ghana-Promoter ist mit dabei, unterstützt das, 2019/2020 fing das an. Das wurde dann so ein bisschen von Corona ausgebremst, ist aber jetzt in der Entwicklung und wird jetzt im Mai weiter vorangetrieben. So viel erst einmal zu Ghana an dieser Stelle.

Gerne dann die nächste Folie. Das ist Südafrika, da gibt es eine spannende Hochschulkooperation mit der Bergischen Universität Wuppertal, dem Lehrstuhl für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung und der UNESCO-Lehrstuhl für Entrepreneurship und interkulturelles Management, das ist die Frau Prof. Dr. Christine Volkmann. Im Beirat des Südafrika Forums ist das eben auch vertreten durch den Jonathan Knickmann. Das ist einer der Projektleiter da auch an dem neu gegründeten Start Up Center an der Bergischen Universität.

Die Fachstelle Südafrika begleitet das Social Entrepreneurship-Seminar, das ist ein Master Seminar, Social Entrepreneurship in Südafrika. Da haben Sie sozusagen auch schon die Zielsetzung dessen. Es geht wirklich um die Förderung von Social Entrepreneurs. Die Fachstelle begleitet die Vorbereitung der Projektreisen nach Südafrika. Die Studierenden haben dann die Aufgabe, gemeinsam mit dem Management und auch den ProjektleiterInnen sogenannte income generating strategies zu entwickeln. D. h., sie beziehen sich auf sozialunternehmerische Konzepte und entwickeln Ansätze, damit die Projekte wirklich eigenständig, auch langfristig tragfähig und unabhängig gemeinsam gestaltet werden können.

In Südafrika ist es der Social Entrepreneur und auch Dozent Varkey George, der langjähriger Partner, auch Social Entrepreneur im Moment gerade an der Universität Nottingham ist, er ist auch noch ein bisschen internationaler unterwegs, hat nicht nur diese Kooperation mit Wuppertal, aber die ist eben schon sehr langjährig und sehr intensiv. Eines der erfolgreichen Beispiele in dem Zusammenhang ist Period Poverty, und das ist die Produktion von Hygieneprodukten für Mädchen und Frauen. Da arbeiten die auch noch mit einem indischen Partner zusammen, die haben recyclebare Monatsbinden entwickelt, die gerade getestet werden in Indien. Das ist durch einen Film auch weiter verbreitet worden. Die Technologie soll in Südafrika implementiert werden, nachdem die Testphase erfolgreich durchlaufen worden ist, und dann gemeinsam mit Studierenden und NGOs und SozialunternehmerInnen vor Ort umgesetzt werden. So viel zu Südafrika.

Dann zum Interkulturellen Promotorenprogramm, da gibt es vier interkulturelle Promotorenstellen. Sie wissen, die sind in den Regierungsbezirken angesiedelt, haben schon sehr große Regionen mit Ihren 25 Stunden, sind da aber sehr intensiv tätig. Der Interkulturelle Promoter im Ruhrgebiet arbeitet zusammen mit dem Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum, die haben da Workshop Angebote zu den SDGs, um die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen zu verbreiten, die sind ja auch in der NRW Nachhaltigkeitsstrategie verankert. Da hat NRW auch die Vorreiterrolle. Das wirklich so zu machen, spielt eine wichtige Rolle auch in den entwicklungspolitischen Schwerpunkten, die Sie auch hier entwickelt haben.

Die Interkulturelle Promotorin aus Düsseldorf – besonders interessant – bezieht sich auf das Land Jordanien. Das ist auch ein Schwerpunktland der nordrhein-westfälischen Entwicklungskooperation. Da geht es um die Zusammenarbeit mit der German Jordan University, also der Deutsch-Jordanischen Universität. Da ist jetzt geplant, die Studierenden müssen obligatorische Auslandssemester machen. Da haben die dann ein halbes Jahr Studium, ein halbes Jahr Praktika in verschiedenen Unternehmen. Da

wird jetzt auch gemeinsam mit den Fach- und den regionalen Promotoren zu den SDGs und Themen globaler Zusammenhänge gearbeitet. Das sind dann Themen wie Flucht und Migration und deren globale Auswirkungen, Antirassismus, auch Entrepreneurship und Wirtschaft, Wasser und Energie, Abfallmanagement und Kreislaufwirtschaft. Das ist so der Themenkanon, um denen es da geht, also auch schon sehr breit gefächert. Sie werden auch gemeinsam Bildungsmaterialien erstellen, die dann in Nordrhein-Westfalen, darüber hinaus und eben auch in Jordanien genutzt werden sollen. Und auch noch interessant ist, in Münster läuft es ähnlich. Da gibt es auch Workshops für die AbsolventInnen von internationalen Studiengängen an der FH und der Uni, auch zu Themen wie SDG-Indikatorentools, zum One Health Approach. Das ist für uns auch gerade ein wichtiges Thema – faire Lieferkette, regionale und urbane Landwirtschaft. Das machen die schon unter so einem Aspekt von Ökosystemen, Dienstleistungen. In Köln sind die auch gerade dabei, Hochschulkooperationen anzubahnen, aber ich glaube, das reicht jetzt erst mal aus diesem Beispielbereich.

Dann würde ich gerne zur nächsten Folie weitergehen, da habe ich die Erfolgsfaktoren aus unserer Sicht zusammengestellt. Ich kann mich an, die Frau Prof. Terlau schon genannt hat, aber auch sehr gut anschließen. Wichtig ist in unserem Zusammenhang auch diese wirklich starke Beteiligung der Zivilgesellschaft. Dadurch hat man dann einfach schon diesen Faktor der Multiplikation, dass es in die Stadtgesellschaften oder auch in die ländlichen Regionen ausstrahlt, wie das z. B. auch bei Selm/Busunu auch der Fall ist. Die Verknüpfung mit den SDGs und Themen globaler Nachhaltigkeit spielt bei uns eine wichtige Rolle, wie sie gerade an den Beispielen gesehen haben, und natürlich die Verstetigung und die Verbreiterung, wenn dann kommunale Projekte entstehen, kommunale Partnerschaften entstehen, oder in Dortmund ist es auch eine Klimapartnerschaft. Da ist die Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dortmund, dieser DoktorandInnen-Austausch, der da wichtig ist.

D. h., das bekommt dann auch eine ganz andere Stabilität, wenn es in die kommunalen Aktivitäten mit eingebunden wird. Und sehr spannend, das ist ja auch ein wichtiger entwicklungspolitischer Schwerpunkt, die Verknüpfung mit den Entrepreneur- oder Social Entrepreneurship-Konzepten. Da engagieren wir uns auch stark. Es geht ja dann doch auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn man sich die Arbeitslosenquoten in Ghana oder auch in Südafrika anguckt, dann geht es darum, für junge Menschen Perspektiven zu schaffen, ein unglaublich wichtiges Ziel. Aktuell ist natürlich als Herausforderung – das fällt jetzt so ein bisschen aus diesen übrigen Kooperationen raus –, aber Udo Schlüter hat mich gebeten, das noch einmal mit reinzunehmen, weil wir gerade eine Fahrt nach Warschau hatten, um Studierende aus den Ländern, die jetzt auf Grund des Krieges flüchten mussten, in Warschau abzuholen und nach Hamburg zu bringen. Diese Situation ist wirklich gerade sehr schwierig.

Wir haben auch schon mit unserem Bundesverband, der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke uns an die Frau Innenministerin Faeser gewandt, dass diese Studierenden wirklich Unterstützung erhalten. Die haben gerade Schwierigkeiten auf Grund einer fehlenden Digitalisierung ihrer Abschlüsse, dass die das teilweise gar nicht nachweisen können. Da wäre es einfach wichtig, dass diejenigen, die nicht nach Hause zurückkehren können, jetzt Unterstützung erfahren und ihre Abschlüsse

machen können. Sie sind da sicherlich auch in der Debatte. Sie haben es auch hier auf der Tagesordnung.

Wenn man sich anguckt, was in diesem Bereich passiert, dann ist das unglaublich reichhaltig, wie es auch Frau Prof. Terlau gesagt hat. Da ist eine unglaubliche Quantität an Hochschulkooperationen und natürlich auch insgesamt an partnerschaftlichen Aktivitäten, sei es von der Zivilgesellschaft, den Kirchen, den Kommunen, den Hochschulen, den Schulen. Unsere Idee ist, eine länderübergreifende Partnerplattform zu schaffen, die webgestützt ist und zu diesem Wissenstransfer zu den einzelnen Partnerschaften ganz stark beitragen könnte.

Das wollen wir gerne auf den Weg bringen und würden uns dazu auch Ihre Unterstützung wünschen. D. h., da soll auch noch einmal eine Aufbereitung von Good Practice-Beispielen stattfinden, die es wirklich in Fülle gibt, wo man sich auch vorstellen kann, dass solche Beispiele aus den Ghana-Kooperationen oder der Kooperation mit Südafrika weiter verbreitet werden. Das wäre natürlich klasse, wenn die noch einmal anders präsentiert werden können. Auch eine Vermittlung von Expertise und Expertinnen, die da bereit gestellt wird, und dann Austauschformate, Dialogformate, gemeinsame Reflexionen: Was passiert in den Partnerschaften, wie müsste sich das entwickeln, um wirklich Kooperation auf Augenhöhe zu sein – wie das DEE das auch hervorhebt und das dann digital und analog? Wir überlegen, so etwas auf Dauer einzustellen. Wir werden dazu demnächst ein Fachgespräch machen. Dazu würden wir auch gerne Mitglieder aus dem Ausschuss einladen. Damit würde ich mich sehr herzlich bedanken für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf das Gespräch.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Herzlichen Dank, Frau Dülge. Wir wollen dann in den Dialog mit Ihnen eintreten, und wir würden so verfahren, dass ich erst die Fragen sammle und Ihnen dann nacheinander das Wort gebe, um diese zu beantworten. Als Erstes hatte sich der Kollege Kraus für die CDU-Fraktion gemeldet. Sie haben das Wort, bitte.

**Oliver Krauß (CDU):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Professorin Terlau! Sehr geehrte Frau Dülge! Ich würde gerne mit Ihnen anfangen, Frau Dülge. Ich fange erst einmal an mit einem Dankeschön an Sie, stellvertretend für alle Mitarbeitenden des Eine Welt Netzes, dass Sie Ihr Engagement auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten haben, in Zeiten, die unter besonderen Herausforderungen stehen. Es ist nicht so einfach, vor allem auch die Gesamthematik im Blick zu haben.

Sie haben am Ende gerade Ihres Vortrages anklingen lassen, dass Sie es einbetten müssen in die gesamtpolitische Lage. Ich glaube, dass bei der Frage Energieversorgung, Ernährung, Klima, die Thematik Eine Welt noch viel zu wenig Berücksichtigung findet, was die Tatsache, dass wir steigende Preise bei Weizen bei Getreide beispielsweise haben, für die Versorgung auch gerade in der Einen Welt bedeutet. Von daher ist Ihr Engagement dort wichtig. Gestatten Sie mir auch eine politische Bemerkung als Vertreter der CDU. Wenn ich mich daran zurück entsinne, an den Beginn dieser Regierungszeit, an den Beginn dieser Legislaturperiode, da ist uns doch eine gewisse

Portion Skepsis entgegengebracht worden, das darf ich noch einmal hier sagen. Ja, das ist ja noch nett formuliert, nur ich finde, dass auch diese Skepsis sicherlich noch an vielen Stellen unbegründet war. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit – ich darf das auch als ständiger Vertreter im Ghana-Forum sagen – da sehr gut war und sehr gut ist.

Meine Frage bezieht sich ganz konkret auf die Thematik der Zusammenarbeit. Sie haben die Hochschulen genannt, Sie haben das Thema Arbeitslosigkeit genannt. Ja, ich finde Ernährung noch wichtiger – Ernährung, Klima. Die Frage ist, inwieweit Sie sich dort noch stärker einbringen können. Deutsche Hochschulen und die Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind unter anderem über das Exilprogramm des DAAD vor Ort aktiv und leisten einen Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Können Sie uns an dieser Stelle etwas sagen, wie erfolgreich diese Arbeit ist? Die Frage ist, jetzt noch einmal ganz konkret, inwieweit aktuell die Pandemie Ihre Arbeit auch beeinträchtigt. Wir haben den Ukrainekrieg. Wir haben die Pandemie, und da wäre die Frage, wie weit die Pandemie Ihre Arbeit beeinträchtigt.

An Frau Professorin Terlau, erst einmal darf ich Hartmut Ihre berichten, dass Sie der Ankündigung von ihm in vollem Umfang Rechnung getragen haben. Sie haben ihn sehr gut vertreten. Ich hatte mit ihm am Montag noch darüber gesprochen, also vielen herzlichen Dank. Auch an dieser Stelle eine Randbemerkung, weil das, glaube ich, nicht jedem hier in dem Ausschuss bewusst ist und auch nicht jeder Mitglied des Wissenschaftsausschusses ist. Die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg ist nicht nur wie alle anderen Hochschulen in ihrer Arbeit durch die Pandemie beeinträchtigt, die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg hat erhebliche Schäden durch die Hochwasserkatastrophe erleiden müssen. Sie haben einen kompletten Campus, der, auf Deutsch gesagt, abgesoffen ist. Sie mussten zusammenrücken. Das hat wirklich zur Folge gehabt, dass ich in der Tat einen sehr engen Zusammenhalt, eine tolle Kooperation zwischen den beiden Standorten wahrgenommen habe, weil der Campus Rheinbach, wie schon dargestellt, nicht nutzbar ist. An dieser Stelle ein großes Kompliment und ein großes Dankeschön. Ich freue mich, dass jetzt auch der Präsenzbetrieb losgeht.

Auch hier ein großes Kompliment an das Land, das von vornherein gesagt hat: Wir leisten hier Unterstützung. Wir wollen, dass der Hochschulstandort wieder aufgebaut wird, schnellstmöglichst. Ich habe Ihren Ausführungen jedoch entnommen, dass Sie trotz dieser enormen Beeinträchtigungen weiter Ihre exzellente Arbeit fortsetzen. Von daher herzliches Dankeschön und großes Kompliment. An Sie habe ich die Frage, und auch hier verbunden mit einem Lob, dass Sie unser gemeinsames Ziel, den internationalen Standort Bonn weiter zu stärken, so toll unterstützen. Welche Rolle spielt das Internationale Zentrum für nachhaltige Entwicklung bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele? Welchen Beitrag kann es zu deren Verwirklichung leisten.

Dann haben Sie erwähnt, was uns natürlich freut, dass wir die Partnerschaft mit Ghana verlängert haben. Gibt es noch weitere Schwerpunktländer in der Hochschulzusammenarbeit, wo Sie sagen, ja, dort könnte noch mehr passieren? Vielen herzlichen Dank.

**Josef Neumann (SPD):** Vielen Dank Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Frau Professorin Terlau und Frau Dülge, für Ihre Vorträge. Ich glaube, die haben noch einmal deutlich gemacht, wie weit umfassend Nordrhein-Westfalen in der Welt unterwegs ist und auch welche Herausforderungen wir nicht nur aktuell, sondern wahrscheinlich zukünftig noch viel mehr haben.

Ich hätte gerne von Ihnen, Frau Prof. Terlau, eine Einschätzung zu der Frage Studierende aus der Ukraine. Wir wissen, dass in der Ukraine 60.000 Studierende aus der gesamten Welt waren. Sie haben das Thema auch angesprochen. Hier vielleicht die Frage: Reichen unsere Unterstützungsbedarfe aus, die insgesamt in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen geleistet werden? Ergänzen will ich das mit dem Hinweis, dass natürlich auch viele der Studierenden in der Ukraine, die zu uns kommen, auch nicht ukrainische Staatsbürgerinnen und -bürger sind. Gibt es da eine Gleichbehandlung oder muss es da gegebenenfalls Verfahren geben, um Studentinnen und Studenten aus der Ukraine, egal, aus welcher Nation sie kommen, letztendlich die gleichen Teilhabechancen bei uns im System zu geben? Wir waren an der Grenze und haben mit vielen dieser Menschen aus vielen Ländern gesprochen. Wir konnten sehen, dass es da sehr viel Ängste gibt über die Zukunft, nicht nur des eigenen Studiums, sondern letztendlich auch der eigenen Lebensgrundlage.

Meine Frage dann, Frau Dülge, an Sie. Wir haben heute früh, als die Botschafterin Frankreichs hier anwesend war und über die EU-Ratspräsidentschaft gesprochen hat, auch noch einmal das Thema Afrika angeschnitten, aber nicht nur Afrika. Da würde mich vor allem interessieren, es ist mehrfach auch das Thema China und die Aktivitäten Chinas in Afrika gefallen nach dem Motto: Wir kommen eigentlich alle zu spät, weil die schon alles machen.

Da würde mich einfach Ihre Erfahrung interessieren, wie Sie die Aktivitäten Chinas in Afrika bewerten und welche zusätzlichen oder anderen Aktivitäten aus Ihrer Sicht zu denen, die wir bereits leisten, gegebenenfalls getroffen werden müssten. Manchmal hat man den Eindruck, Afrika ist schon fast an China verloren, und dem würde ich gerne etwas entgegensetzen wollen. Da würde uns natürlich interessieren, wie das funktioniert.

Sie haben dann auch über Ghana gesprochen. Der Ausschuss war in Ghana gewesen, und wir haben uns das eine oder andere Projekt angeschaut. Was mir dort aufgefallen ist, ist die Frage der nachhaltigen Wirkung von beendeten Projekten. Also reicht es aus zu sagen, ein Projekt ist zu Ende, oder müssten wir noch andere Formen von Projektbegleitungen machen, um eine nachhaltige Sicherstellung nicht nur der Projektinvestitionen, sondern auch des Projekterfolges zu gewährleisten. Wir wissen, dass Projekte oft, egal, von wem und wo, befristet gefördert werden. Aber an der einen oder anderen Stelle ist uns das aufgefallen. Deshalb meine Frage, müsste es da nicht andere, zusätzliche oder ergänzende Formen geben? Vielleicht könnten Sie dazu irgendetwas sagen. – Vielen Dank.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst im Namen der FDP-Fraktion bedanken für die beiden sehr interessanten Impulse, liebe Frau Prof. Terlau und liebe Frau Dülge. Ich habe ein

paar Nachfragen, ich würde sie erst einmal aufteilen und bei Frau Prof. Terlau beginnen. Mir haben die Kolleginnen und Kollegen interessante Blicke zugeworfen, weil sie alle wissen, dass ich selber Bonnerin bin. Deswegen beziehe ich mich jetzt auch in meinem Wortbeitrag auf den herausragenden Wissenschaftsstandort Bonn, jetzt auch für Fragen der Entwicklungspolitik. Natürlich soll es nicht nur in Bonn bleiben, sondern es soll auch weiter ins Land getragen werden.

Deswegen würde ich Sie fragen: Wo sehen Sie Chancen, auch perspektivisch dann ab dem 16. Mai, wie wir als Land NRW tätig werden können, um weitere Hochschulen und auch Forschungseinrichtungen zu unterstützen, bestehende Kompetenzen zu erhalten und auch weiter zu stärken.

Dann würde mich auch noch interessieren, Frau Prof. Terlau, ob Sie uns etwas Weiteres erzählen können zum Innovationscampus Bonn, wo es auch um anwendungsorientiertes Wissen, um Prozesswissen geht in Bezug auf die 17 Nachhaltigkeitsziele, also welchen Fokus legt da die Allianz in der Zusammenarbeit? Und wie bewerten Sie im Moment auch die bisherige Arbeit der Allianz und des Innovationscampus in Bonn? Wie könnten wir auch dort von Landesseite mittelfristig unterstützen?

Meine Frage zu Ghana ist hier schon gestellt worden. Deswegen, Frau Dülge, würde ich Sie auch noch fragen zu dem Hochschulprojekt OpenMind. Dessen Ziel war es, die entwicklungspolitische Praxis und die Theorie stärker miteinander zu verknüpfen, den Studierenden auch dieses Feld der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft näher zu bringen und sie selbst zum Engagement zu motivieren. Was haben Sie denn aus diesem Forschungsprojekt mitgenommen und wie bewerten Sie den Bedarf auch anderer NRW mit einem Engagement in dem Bereich der Eine-Welt-Politik und Entwicklungszusammenarbeit? Vielen Dank, soweit erst einmal.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich bei Ihnen beiden potenziert natürlich dem Dank der Vorrednerinnen und Vorredner anschließen und hätte zwei Präzisierungsfragen. Ich bin kein Vertreter von Bonn, um das mal an dieser Stelle zu sagen. Ich merke, es ist eine gewissen Lobbyarbeit im Raum, aber es sei dem internationalen Standort Bonn gegönnt. Ich würde aber bei der Frage auf alle Hochschulen des Landes beziehen wollen.

Wo kann das Land unterstützen, damit die Hochschulen sich vielleicht im Rahmen der internationalen Partnerschaften, die das Land auch eingeht, oder generell im Rahmen internationaler Partnerschaften besser vernetzen können. Wir sind mit der Tatsache konfrontiert, dass mit dem „Hochschulfreiheitsgesetz“ eine gewisse Autonomie der Hochschulen verbunden ist. Ich gehe davon aus, dass Sie auch in den Hochschulen immer um entsprechende finanzielle Mittel kämpfen müssen. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, wie man diese Situation verbessern kann.

Die zweite Frage würde sich speziell auf Südafrika beziehen. Könnten Hochschulkooperationen aus Ihrer Sicht ein Weg sein, um die Beziehungen zu Südafrika zumindest zuteilen, zu forcieren oder mit neuem Leben zu erfüllen? – Vielen Dank.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Vielen Dank auch von unserer Seite für die interessanten Vorträge. Ich habe nur eine kurze Frage an Frau Professorin Terlau. Sie sprachen in ihrem Vortrag vom dritten Bereich, von dem Transfer. Da würden mich ein paar Beispiele interessieren, für Unternehmen namentlich aus NRW, wo das erfolgreich praktiziert wurde, dass die Projekte dann auch ohne Förderung weiter laufen und auch wirtschaftlich funktionieren. Vielleicht war das ja auf der Folie, die ich leider nicht sehen konnte. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Dann steigen wir jetzt in die Beantwortung der Fragen ein. Frau Prof. Terlau, ich würde Ihnen als Erster wieder das Wort geben, bitte schön.

**Prof.'in Dr. Wiltrud Terlau (Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg):** Ich habe jetzt eine ganze Liste an Fragen mitgenommen. Erst mal danke schön für die vielen freundlichen Worte. Das trägt einen. Fangen wir an mit der ersten Frage, der Rolle des Internationalen Zentrums für Nachhaltige Entwicklung. Bei uns ist es so, dass die Basis dafür die Sustainable Development Goals bilden, auf den gehen wir sozusagen voran. Wir sind insgesamt vier Professoren und Professorinnen und sind in unterschiedlichen Bereichen tätig. Die SDGs, die nachhaltige Entwicklung ist natürlich riesig. Das hier sind nachhaltige Technologien. Das sind soziale Systeme, Gesundheitssysteme. Das sind Bioökonomie und Böden als dritter Bereich, und der vierte Bereich, den ich mache, ist verantwortungsvolles Wirtschaften und natürlichere Ressourcen – und da immer in den Bereichen Forschung, Lehre und Transfer.

Die SDGs sind sozusagen unser Fokus. Und da sind wir in den vielfältigen Dingen, die man so an Hochschulen machen kann, unterwegs. Wir versuchen, das auch in die Hochschule hineinzutragen, Kollegen mitzunehmen. Wir machen auch gerne Forschungsprojekte mit den Kollegen zusammen. Die Frage kam auf mit den Ländern. Wir sind natürlich in vielen Ländern unterwegs. Ghana ist eines, aber natürlich auch Kenia, Jordanien wurde eben auch schon von dem Eine Welt Netz erwähnt, natürlich auch an der Deutsch-Jordanischen Hochschule, dann auch auf dem Südamerikanischen Kontinent, Brasilien, Uruguay und Argentinien, in Asien – das ist auch vielleicht noch einmal für NRW interessant – Vietnam und dann auch vier Hochschulkooperationen Richtung China.

Zu der Ukraine, den Studierenden: Das ist eine Frage auch an den Präsidenten unserer Hochschule. Er hat darüber etwas berichtet. Insofern kann ich da vielleicht ein bisschen was mitgeben. Die Unterstützung macht ja nicht halt bei den Arbeitsbemühungen, bei den Unterbringungsmöglichkeiten, sondern die geht auch bis hin zu den Schulen: Wie können die Kinder in die Schulen gebracht werden und wie können sie aufgefangen werden? Es gibt allein schon die sprachlichen Probleme. Dann ist die Frage, wie können Studierende, die hier sind, an unsere Hochschulen kommen? Da gibt es immer Zugangsberechtigungen. Da könnte man überlegen, gesonderte Programme aufzulegen, vielleicht so eine Schiene hin zu Hochschulen zu machen, dass man vielleicht ein paar Monate neben Sprachkursen sonstige Voraussetzungen schaffen kann.

Das müsste man im Einzelnen prüfen. Sie hatten da nach Unterstützungsmöglichkeiten gefragt. Die gibt es bestimmt en masse. Da müsste man im Detail da noch einmal schauen, was das im Einzelnen sein könnte. Sie sprachen auch an, dass es natürlich nicht nur Menschen sind aus der Ukraine, sondern auch Menschen aus anderen Teilen betroffen sind. Da muss es natürlich auch eine gleiche Teilhabechance für alle geben.

Dann gab es eine Frage, ich weiß gar nicht, ob die an mich gerichtet war, aber da kann ich auch etwas zu antworten, vielleicht war die auch an Frau Dülge gerichtet. Reicht es aus mit dem Projekt, wenn es zu Ende ist? Da kann ich aus eigener Erfahrung ganz deutlich sagen: Es reicht eben nicht aus. Wenn ein Projekt zu Ende ist, man hat für drei, vier Jahre ein Projekt und es hört dann auf – was passiert dann? Die Mittel fließen zum größten Teil in Personal, und dann ist das Personal weg. Das geht einfach aus der Hochschule weg, oder man hat ein neues Projekt und dann ist der-, diejenige für etwas anderes zuständig. Also über dieses Projektende – das ist immer ganz fatal – geht Wissen weg, da gehen Personen weg. Das ist für uns immer sehr mühsam und sehr schade auch, was da so verloren geht.

Was könnte man tun? Vielleicht wäre dann ein abgespecktes Fördern für erfolgreiche Projekte sinnvoll, dass man sagt, da fördern wir noch eine Stelle, eine halbe Stelle so über den Zeitraum hinaus, also über so etwas könnte man zum Beispiel nachdenken.

Sie hatten dann über Bonn, den UN-Standort Bonn gesprochen, den Innovations-Campus Bonn, der sozusagen die Infrastruktur bieten soll für die Bonn-Nachhaltigkeitsforschung, die es bei uns gibt. Die Bonner Nachhaltigkeitsforschung, dieser Zusammenschluss der fünf, sechs Institute in Bonn, haben drei Foki. Das eine ist eine ist Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Das zweite ist Mobilität und Migration und das dritte ist Bioökonomie, wobei sich darüber hinaus zum Beispiel auch Themen gebildet haben, wie „Sustainability – Looking beyond 2030“, also nach der UN Agenda 2030, was könnte danach passieren? Dann gibt es auch praktische Ansätze und Strategien für alternative Nachhaltigkeitskonzepte. One Health wurde eben auch genannt zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung.

Was könnte man fördern? Eine große Idee war ja im Moment das Personal, die Geschäftsführung mit Professur auch mit finanziert. Was man machen könnte – das war immer ein Traum –, dass man natürlich auch einen Campus hätte. Es heißt ja auch Innovations-Campus Bonn. D. h., dass man nicht den Zusammenschluss dieser Institute hat, sondern dass es dafür auch einen Ort geben könnte. Dafür brauchen wir natürlich Geld und Unterstützung. Das wäre etwas sehr Schönes, wenn das Land NRW uns dabei unterstützen könnte.

Dann, wie kann man alle Hochschulen beteiligen. Da ist, was ich als Letztes sagte, eine Status-Quo-Analyse wichtig, dass man überhaupt erst einmal weiß, was tun die einzelnen Hochschulen und wie könnte man sich dann besser vernetzen? Frau Dülge hatte eben auch ein schönes Beispiel gebracht, eine Plattform zu bilden. Da könnte man all das auflisten, aber daneben müsste es natürlich Veranstaltungen geben. Wir hatten so etwas schon einmal für das Land NRW auch gemacht, hier für unser Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung. Das nannte sich Globale Partnerschaften. Da gab es drei Workshops insgesamt, wo Vertreter aus Hochschulen und auch sonstige Akteure – man muss nicht nur an die Hochschulen denken – zusammen-

gebracht wurden. Die Hochschulen sind autonom. Da könnte man natürlich finanzielle Anreize setzen. Die Fördergeber machen das häufig, indem sie bestimmte Förderprogramme ausschreiben, in denen man speziell in diese Richtung geht. Da wir als Hochschulen von Fördermitteln und Drittmitteln abhängig sind, würde dann automatisch dieses Schiff Hochschule auch schon in diese Richtung gehen. Innerhalb der Hochschulen liegt es natürlich auch an dem Engagement einerseits des Rektorats, des Präsidiums, aber andererseits dann auch an den Kollegen selbst.

Sie fragten, wie kann man die Hochschulkooperation mit Südafrika stärker fördern. Da gibt es ein schönes Beispiel, was ich eben auch schon erwähnt habe, wie Cape Coast. Da war es ja so, das Land NRW hatte Ghana. Die Stadt Bonn hatte Cape Coast, das war auch eine Folge davon, und gleichzeitig – wir waren auch involviert – haben wir dann eine Kooperation mit der Cape Coast-University gemacht. Man hätte ja auch irgendwo anders hingehen können, aber da hat man geschaut: Was macht die Politik? Da kann man über Personen, aber insbesondere mit Fördermitteln so etwas in die Wege leiten.

Transfer, als HAWs – wir sind viele hier in Nordrhein-Westfalen – ist uns ganz besonders wichtig, da unterscheiden wir uns, die Universitäten gehen da auch stärker jetzt rein, aber bis jetzt ist das noch immer unser Selling Point. Wie gesagt, ich hatte da diesen Mittelstandsindex erwähnt für die Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent. Da müsste man noch einmal ins Detail schauen, also zum Beispiel auch mit den Kommunen. Es gab damals auch ein kommunales Netzwerk, kommunale Partnerschaften, ein Förderprogramm des BMBF. Da waren wir z. B. als Hochschule auch mit dabei. Da hat dann die Cape Coast Stadt mit Bonn Stadt und gleichzeitig mit der Cape Coast-University und mit uns als Hochschule kooperiert. Das ist auch Transfer, der Transfer von Wissenschaft in die Kommunen hinein in dem Falle oder in die Wirtschaft hinein, aber auch umgekehrt auch, dass es einen Austausch zwischen beiden gibt.

Ich glaube, damit habe ich alle Fragen beantwortet.

**Monika Dülge (Eine Welt Netz NRW e. V.):** Ich komme zuerst einmal zu den Fragen von Herrn Krauß. Ich schätze das natürlich genauso ein wie Sie, dass Eine-Welt-Themen eine viel stärkere Berücksichtigung bräuchten. Man sieht gerade angesichts dieser Eskalation in Europa, wie wichtig es ist, auch die SDGs nicht aus den Augen zu verlieren. SDG 16 etwa zielt auf Frieden ab. Da müssen wir jetzt wirklich aufpassen, dass die Themen in der Diskussion bleiben. Wir werden das aufgreifen, natürlich mit Veranstaltungen.

Wir sind gerade dabei, da auch Diskursveranstaltungen zu planen. Die, die wir gerade machen, stellen wir jetzt auch in diesen Kontext. Wir hatten jetzt gerade unsere Landeskonferenz in Münster mit 150 Teilnehmern, nach zwei Jahren endlich wieder in Präsenz. Da waren wir sehr froh. Das geht auch schon in die Richtung: Wie arbeiten wir denn eigentlich nach der Pandemie weiter? Ich greife die Frage jetzt mal auf und komme gleich dann zur Ernährung. Wie hat uns die Pandemie beeinträchtigt? Das bedeutete natürlich für uns, dass wir uns in null Komma nichts digitalisieren mussten. Wir hatten vorher eine Digitalisierungsstrategie. Da haben wir gesagt, wir müssten da mal mehr machen, so Rheinischer Mystizismus. Dann waren wir innerhalb von zwei

Wochen so weit. Das ging wahrscheinlich allen so. Ich habe mich letztens noch mit einer Vertreterin von der großen Anwaltskanzlei Mc Dermott Will & Emery ausgetauscht. Die unterstützen uns pro bono, und die sagten auch, sie hatten diese ganzen Tools, aber so wirklich genutzt haben sie die auch nicht so gerne, weil man alles immer in Präsenz gemacht hat.

Wir haben dann zum Glück auch ein paar Förderungen gekriegt, zum Beispiel von der Stiftung für Engagement und Ehrenamt und konnten dann auch unsere Ausstattung entsprechend verbessern. Und dann haben wir nur noch Videokonferenzen gemacht. Und der Vorteil davon war, dass sich der Outreach tatsächlich auch noch einmal verbessert hat. Der Nachteil, klar, man traf sich nicht, aber der Vorteil war, wir haben die Internationalisierung tatsächlich in dieser Zeit besser noch einmal vorantreiben können. Wir haben dann die Initiative „Globale Corona-Solidarität“ auch mit der Landesregierung gemeinsam aufgelegt, da waren wir ja sehr froh, hatten auch ein Fachgespräch, wo es auch schon um diese Dinge ging, Wissenstransfer zu stärken, Expertise zu poolen usw.. Wir haben dann die folgenden Workshops immer sofort auf Englisch gemacht von vornherein, damit auch die internationalen Partner dabei sein konnten.

In der Hinsicht hat uns das wirklich einen großen Schub gegeben. Aber man muss auch ganz ehrlich sagen, das hat auch zu Frustrationen geführt. Das kennen Sie wahrscheinlich auch alle, wenn man dann nur noch im Homeoffice ist, sich überhaupt nicht mehr in Präsenz treffen kann, immer nur als winzige kleine Briefmarken auf dem Bildschirm, wenn die Promotoren sich treffen, das ist auf die Dauer auch nicht so schön. Aber das wird sich jetzt auch wieder bald erledigen, das hoffen wir ja alle. Man weiß nicht, wie die Zahlen so hin- und herspringen, ob es jetzt wirklich runter geht, können wir nur alle wirklich hoffen.

Dennoch werden wir das natürlich beibehalten, weil da eben viel Potential drin steckt und die Infrastruktur jetzt auch da ist. Dann muss ich sagen, da muss ich auch gerade an die Promotorinnen-Kollegen einen großen Kompliment machen. Nach so einer kleinen Delle am Anfang, in diesen zwei Wochen haben alle gesagt, so, wir machen jetzt weiter und trotzdem. Wir suchen: Wo haben wir jetzt Möglichkeiten? Das, was zum Teil ein bisschen eingebrochen ist, war die unmittelbare Zusammenarbeit mit den Schulen. Aber auch das hat sich dann wieder gebessert, auch da konnten die Online-Angebote dann platziert werden, und teilweise konnte die Kooperation sogar ausgeweitet werden. Natürlich sind die rein quantitativen Zahlen, Teilnahmen an Veranstaltungen, vielleicht nicht ganz vergleichbar mit dem Jahr davor, was sehr erfolgreich war, 2019. Aber die Angebote und auch der Outreach auch zu anderen Zielgruppen, außerhalb der „entwicklungspolitischen Blase“, Richtung Sportvereine, Richtung Wirtschaftsunternehmen, sind eher mehr geworden.

Sportvereine, da gibt es ein aktuelles Beispiel mit den Sportvereinen in Münster. Die haben eine Nachhaltigkeitserklärung quasi unterschrieben. Damit erreichen die sofort 90.000 Mitglieder. Das sind wirklich tolle Kooperationen, in denen sehr viel drin steckt.

Oder wir haben im Wirtschaftsbereich eine Kooperation mit den Unternehmerfrauen im Handwerk, das ist auch normalerweise ein Bereich, wo man kaum reinkommt, weil die natürlich auch sehr beschäftigt sind. Darüber finden wir dann auch Anknüpfungspunkte für

die entwicklungspolitischen Themen. Da sind wir auch sehr kreativ und versuchen immer, diese Verknüpfungen zu unseren Themen zu finden.

Dann komme ich zum Thema Ernährung. Sie sprachen es an, das ist noch einmal wichtiger, natürlich. Ich hatte die Projekte jetzt nicht dabei, weil das keine unmittelbaren Hochschulkooperationen sind, aber wir haben mehrere Gardening Projekte, zum Beispiel 1 Kowuna, das wird auch vom Land gefördert, das wir als Follower-Projekt von einem K&F Revers Austausch gehabt haben. Da sind Partner in Tansania, Südafrika, Ghana und Nicaragua dabei, die dann Gärten angelegt haben, die große Multiplikationseffekte haben. Zum Beispiel war in Südafrika dieses Wissen, Landwirtschaft auszuüben, systematisch unterdrückt worden während der Apartheid. Das wird durch dieses Kowuna Gardening Project jetzt wieder revitalisiert. Der eine Garten, den wir da haben, hat schon 25 Multiplikatorinnen gefunden. D. h., so etwas muss man verbreitern, verstetigen, ausbauen.

In Ghana haben wir zwei Schulgärten, die sind ausgezeichnet worden vom Ministerium. Das ist keine Hochschulkooperation. Das wollen wir auch ausweiten, die wollen wir nach Möglichkeit auch in diesem Jahr besuchen. Da sind wir jetzt in Gesprächen mit der GIZ, denn da geht es auch um Ernährungssicherung, das war ganz wichtig jetzt auch gerade in der Coronapandemie, weil die drei Ernten im Jahr haben und dann auch die Bevölkerung in der Nachbarschaft mit Lebensmitteln versorgen konnten. Wir hoffen, dass wir jetzt eine Kooperation mit der GIZ hinkriegen. Wir wollen Jordanien gerne da mit reinnehmen, vielleicht auch Partner in Afghanistan, und würden das gerne verbreiten. Wir haben einen Ansatz zu Pocket Gardening. Ich weiß nicht, ob Sie das schon einmal gehört haben. Das ist wirklich auch was, was man auch als urban gardening machen kann. Da geht es um Sprossengärten in Gläsern. Das kann jeder auf seiner Fensterbank machen. Das müssen wir nur verbreiten. Da gibt es schon gutes Bildungsmaterial. Da stecken auch viel Potentiale drin. Das Thema greifen wir auf und wollen wir verbreitern, ausweiten.

Dann war die Frage zu China in Afrika, Erfahrungen, Aktivitäten, kann man da überhaupt noch was machen? Da würde ich Ihnen auch vorschlagen, da bin ich jetzt nicht wirklich die Expertin dazu, vielleicht mal die Stiftung Asienhaus einzuladen, die sitzen in Köln. Die sind auch in China unterwegs. Wir haben auch schon einmal ein Kooperationsprojekt mit denen gehabt, zum Thema Klimakrise. Das lief mit der Robert Bosch Stiftung zusammen, da haben wir ein Twinning Programm. Wir hatten eine Jugend Klimakampagne schon vor 10 Jahren, also lange, bevor es die Fridays gab. Da haben wir als erste als Modellprojekt an dem Twinning Programm teilgenommen mit den Chinesischen Jugendklima Netzwerk. Da haben wir mit dem Asienhaus zusammen gearbeitet. Die können Ihnen da ausgiebig Auskunft geben. Natürlich ist uns klar, Land Grabbing ist ein riesen Problem, natürlich ist es so bei den Infrastrukturprojekten, die gerade die Chinesen in Afrika machen, da werden kaum lokale Arbeitskräfte einbezogen, die bringen wirklich ihren gesamten Tross mit, setzen das alleine um. Da gibt es keine Wertschöpfung in der Umgebung. Das ist ein riesiges Problem, da bin ich aber wirklich auch hier nicht die Expertin, die das nach allen Regeln der Kunst beleuchten könnte. Es würde sich wirklich lohnen, da auf die anderen NGOs zurückzugreifen, die da viel Wissen haben.

Dann war die Frage, nachhaltige Wirkung von beendeten Projekten, Sicherung des Projekterfolges. Da ist eine Idee, diese länderübergreifende Partnerplattform, die ich angesprochen habe, im Sinne von Vernetzungsstrukturen aufzubauen. Ich glaube, durch die kann man auch am ehesten sichern, dass man das Wissen, das in den Projekten erworben worden ist, die Kontakte, die Kommunikation, die Expertise usw. einbindet in größere Strukturen. Also dieses Denken vom Projekt zur Struktur, das ist, glaube ich, das, was wir alle mitnehmen sollten, dass man von vornherein denkt, man hat Projekte, die Impulse geben, und danach oder schon von während der Umsetzung des Projektes müssen Strukturen geschaffen werden, die so etwas dann auch wirklich aufgreifen können und sichern können in die Zukunft.

Da machen wir die Erfahrung, dass hier immer neue Netzwerke entstehen und dass alte Netzwerke auch verstetigt werden. Ich denke nur an die Fair-Handels-Strukturen, die super stabilisiert sind, auch in den Unis, in den Kommunen usw. und dass wir das von vornherein mitdenken. Das bezieht sich auch so ein bisschen auf Open Mind, da war auch die Frage, wie wir da mit den Projekterfolgen, mit der Aktivierung die Studierenden umgegangen sind. Wir haben zum Glück auch unser junges Netzwerk Open Globe. Denn bei Open Mind konnten wir kein Folgeprojekt machen, weil das über die Stiftung Umwelt und Entwicklung gefördert worden ist und die dann keine Mittel mehr hatten. Die haben jetzt im Moment gerade schrumpfende Mittel. Die hatten noch so einen Mittelvortrag, der langsam abgebaut wird, dann konnten die uns nicht weiter fördern.

Da müssen aus unserer Sicht mehr Mittel rein. Das wäre natürlich sehr gut, dann hätten wir da auch ein Folgeprojekt. Wir waren gerade dabei, eines zu entwickeln. Es gab dann einfach nicht die Mittel. Wir versuchen, das aufzufangen über Open Globe, also über unser junges Netzwerk. Das wir dann unterstützt von der Promotorin für Junges Engagement. Und es gibt da Folgeaktivitäten, also die Studierenden sind zum Teil so aktiv, zum Beispiel an der Hochschule Rhein-Waal, mit der wir weiterhin kooperieren. Die haben den Sustainable Lifetime Guide gemacht, der super umfangreich ist, der sich wirklich darauf bezieht: Was können die Studierenden, was können aber auch alle anderen verändern in ihrem alltäglichen Verhalten? Wie können sie besser einen global nachhaltigen Lebensstil berücksichtigen? Wir wollten es Ihnen eigentlich mitbringen. Wir schicken es Ihnen zu oder legen es in die Fächer. Der ist auf Deutsch und auf Englisch gemacht worden. Das ist wirklich so ein dickes Heft, wo die in ihrer Umgebung alle Möglichkeiten recherchiert haben. Das lassen wir Ihnen zukommen.

Was kann das Land dann machen? Ich denke auch, natürlich ist es total klasse, Hochschulkooperationen auszuweiten, auch in Südafrika. Man braucht dafür dann natürlich auch irgendwann mehr Ressourcen. Das ist ganz klar, da kann ich mich auch Frau Prof. Terlau nur anschließen. Wir haben auch die begrenzten Stellen. Alle engagieren sich über die Stundenzahl hinaus, für die sie bezahlt werden – das ist einfach so der Fall –, um dann noch mehr aufzubauen, noch mehr Hochschulkooperationen usw. Da wäre, wie gesagt, diese Plattform klasse. Ansonsten müsste man da einfach ein bisschen mehr investieren. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank auch Ihnen für die Ausführungen. Ich frage in die Runde, ob es noch Fragen seitens der Abgeordneten gibt. – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir hatten auch schon eine sehr intensive Fragerunde. Deshalb darf ich mich ganz herzlich bedanken bei Ihnen, Frau Prof. Terlau und Frau Dülge, dass Sie uns heute hier nicht nur zur Verfügung standen, sondern uns einen wirklich sehr umfangreichen Einblick gegeben haben in die Arbeit der Hochschulen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, ganz herzlichen Dank. Man hat gemerkt, dass Sie da auch mit ganz viel Herzblut bei der Sache sind.

Machen Sie bitte weiter so! Sie haben uns auch einige gute Hinweise und Anregungen gegeben. Da bin ich mir sicher, dass die auch in die Arbeit der 18. Wahlperiode mit einfließen werden und das Thema auch den kommenden Landtag und den zuständigen Ausschuss mit Sicherheit auch beschäftigen wird. Insofern herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben und so gut informiert haben. Ihnen auch alles Gute, und ich freue mich auf ein baldiges Wiedersehen.

### 3 Kinder- und Zwangsarbeit

Gäste: Dr. Sabine Ferenschild, Südwind e. V. (*Präsentation s. Anlage 3*), und Dr. Anette Niederfranke, Staatssekretärin a. D., Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Deutschland (*Präsentation s. Anlage 4*)

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt. Auch dies sind zwei traurige und wichtige Themen. Wir hatten uns als Ausschuss das Ziel gesetzt, uns damit auch noch einmal intensiver auseinanderzusetzen. Deshalb freue ich mich, dass wir heute zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Gäste zur Verfügung haben. Zum einen hier in Präsenz, Dr. Sabine Ferenschild von Südwind e. V., herzlich willkommen! Und jetzt auch online Frau Dr. Anette Niederfranke, Staatssekretärin a. D., von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Deutschland, die uns zur Verfügung steht. Jetzt sehen wir sie auch. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie da sind.

Ja, meine Damen, ich glaube, sie hatten sich auch untereinander abgesprochen, wer beginnen möchte. Ich glaube, Frau Dr. Niederfranke, dass Sie beginnen wollten. Insofern will ich gar nicht viel Zeit verlieren und Ihnen direkt das Wort geben. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

**Dr. Anette Niederfranke (StS'in a. D., Internationale Arbeitsorganisation Deutschland):** Vielen Dank Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen sehr, dass Sie uns, der ILO, Gelegenheit geben, zu diesem wichtigen Thema im Ausschuss des Landes NRW Stellung zu nehmen. Das tue ich gerne, zumal das Thema angesichts der weltweiten Gesundheitskrise Covid und angesichts von Kriegen nicht nur international noch mal dramatischer geworden ist, sondern uns auch in Deutschland erreicht.

Ich darf ganz persönlich sagen, dass ich als Ostwestfälin mich auch freue, in NRW zu Gast zu sein, wenn auch nur virtuell. Und es gilt immer, einmal Ostwestfale, immer Ostwestfale. Ich habe Ihnen eine Präsentation mitgebracht per Mail. Sie wird jetzt, glaube ich, eingespielt. Ist das möglich? Perfekt. (s. **Anlage** zum Protokoll).

Ich würde gerne damit starten, Ihnen einen Überblick zu geben über die völkerrechtlichen Grundlagen, für die die ILO auch tatsächlich steht, Ihnen dann etwas zu sagen über das Ausmaß der Definition, die Formen, um dann zu konkreten Ansatzpunkten zu kommen.

Das zweite Bild. Im Kampf gegen Zwangs- und Kinderarbeit ist die Internationale Arbeitsorganisation als älteste Sonderorganisation seit 1919 am Start. Wir müssen uns daran erinnern, die ist gegründet worden im Rahmen des Versailler Friedensvertrags nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg – und damals schon mit der klaren Sichtweise, dass Menschenrechte im Bereich der Arbeitswelt und im Bereich Soziales entscheidend sind. Wir stellen seitens ILO die entscheidenden Normen, die Kernarbeitsnormen bereit. Das ist einmal das Übereinkommen zur Beseitigung von Zwangs- und Pflichtarbeit aus dem Jahre 1930, eines unserer ersten großen völkerrechtlichen Normen. Das ist noch einmal nachgelegt worden 1957. Und wir haben zwei internationale völkerrechtliche Normen, die im Rahmen von Menschenrechten stehen, die Kinderarbeit verbieten und dann auch in ihrer schlimmsten Form verbieten.

Wir als ILO entwickeln diese Normen zusammen mit Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaftsorganisationen. Das ist eine Besonderheit der ILO. Wir sind mit der Implementierung befasst, d. h. wir unterstützen Regierungen dabei, dies weltweit zu tun. Und wir sind vor allem für die Überwachung zuständig. D.h., wir schauen nicht nur, ob die gesetzlichen Grundlagen eingehalten werden, sondern auch, ob das in den Staaten überprüft wird. Dann überprüfen wir regelmäßig die Entwicklung in Zahlen, dazu komme ich später noch einmal. Dort, wo wir feststellen, dass die Übereinkommen bezüglich Kinderarbeit nicht ausreichend umgesetzt sind, rügen wir selbstverständlich, vor allem aber sind wir mit Entwicklungszusammenarbeit am Start, um in den Ländern konkret die Verbesserung zu erreichen, auch mit NGOs zusammen und anderen UN-Organisationen. Zunächst einmal zur Definition von Zwangs- und Kinderarbeit.

Das Mindestalter für Kinderarbeit ist 15 Jahre. Es gibt Länder aufgrund kultureller Verschiedenheiten, wo es schon mit 14 möglich ist, aber generell gilt eigentlich das 15. Lebensjahr – aus der Sicht heraus, dass vor diesem Alter Kinderarbeit, die tatsächlich die Gesundheit gefährdet, ein Kind von Bildung fernhält, die seelische, die geistige, die moralische Entwicklung einschränkt oder sogar unmöglich macht, dass dieses aus völkerrechtlicher Sicht nicht möglich sein darf. Das heißt nicht, um das gleich einschränkend zu sagen, dass Kinder nicht im Rahmen von familienunterstützender Arbeit auch in ländlichen Gebieten oder sonst wie mitarbeiten können.

Wir haben weiterhin das Verbot bei Gefährdung von psychischer und physischer Gesundheit und die Verwehrung des Zugangs zur Bildung, wenn das nach dem 15. Lebensjahr durch verletzende Arbeit der Fall ist, dass wir auch dann an dieser Stelle Kinderarbeit verbieten und das Alter auf 18 Jahre hochgesetzt ist. Also gibt es zusätzlich das Verbot der schlimmsten Form von Kinderarbeit, moderne Sklaverei, Prostitution, Kinderpornographie und – was wir jetzt immer weiter sehen – Kindersoldaten.

Kommen wir zur Zwangsarbeit. Zwangs- oder Pflichtarbeit ist jede Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung von Strafe verlangt wird, die nicht freiwillig erfolgt. Das hat dann eine Auswirkung auch in dem Bereich, dass zum Beispiel, wenn Lohn einbehalten wird oder Menschen aufgefordert werden, zwanghaft durch den Arbeitgeber untergebracht zu werden. Dann reden wir von moderner Sklaverei. Sie haben gerade im Land Nordrhein-Westfalen in der Flaschenindustrie Formen und Auswüchse erlebt, die genau in diese Richtung gehen. Ausnahmen gibt es bei der Militärdienstpflicht oder bei Bürgerpflichten durch höhere Gewalt im Rahmen von Katastrophen. Da ist es möglich, die Bevölkerung heranzuziehen, um unterstützen, diese Krise zu bewältigen.

Jetzt schauen wir uns einmal an – zur nächsten Folie bitte –: Wie sind die Entwicklungen? Wir müssen sagen, dass alle 187 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bzw. der ILO – da sind auch Schurkenstaaten darunter – die schlimmsten Formen von Kinderarbeit formal zu bieten, also dürfte es eigentlich diese schlimmsten Formen gar nicht mehr geben. Das ist aber nicht der Fall, es gibt sie sehr wohl. D. h., Sie haben an dieser Stelle kein rechtliches Problem, sondern wir haben ein Implementierungsproblem, dass diese völkerrechtlichen Grundlagen vor Ort tatsächlich auch umgesetzt werden.

Wir haben heute etwa 160 Millionen Kinder in Kinderarbeit. Das ist eine Zahl, hinter der wir noch ein Dunkelfeld vermuten, aber immerhin ist es die Zahl, die UNICEF und

wir zusammen ermittelt haben. Diese 160 Millionen Kinder in Kinderarbeit sind noch nicht komplett die Covid-Folgen, die sind noch nicht vollkommen drin. Die sind deshalb für uns eine ganz tragische Zahl, weil wir sehen, dass es nach einer guten Entwicklung der Reduzierung der Kinderarbeit vor allem in Asien, wo wir große Erfolge sehen, aber auch in Lateinamerika, massive Aufwüchse in Afrika gibt, insbesondere, wenn man in einzelne Regionen hinein sieht. Afrika ist eines der gravierendsten Kontinente, die uns Probleme machen.

Wichtig ist zu sehen, dass ein Großteil der Kinderarbeit tatsächlich im Agrarsektor stattfindet, auf dem Lande, bei der Ernte, der Ernte im Tabakbereich, Kakao, Bananen. 77 % der Kinder arbeiten im ländlichen Raum. Dass, was über diese 70 % hinausgeht, ist vor allem Kinderarbeit in Minen, verstärkt jetzt wieder durch den Kobaltabbau in Afrika, der für unsere Elektroautos benötigt wird. Auch dies ist ein Aufwuchs, wo Kinder massiv eingesetzt werden, wobei sie oft in Camps untergebracht sind.

Wenn wir auf das Thema Zwangsarbeit oder Menschen in moderner Sklaverei, wie wir es heute nennen, schauen, dann haben wir hier ebenfalls eine zu große Zahl, 40 Millionen, und davon sind 71 % der Opfer Frauen und Mädchen. Wenn man die Gesamtzahl sieht: Ein Viertel dieser Gruppe sind Kinder, d. h. wir haben in dem Bereich Zwangsarbeit, moderne Sklaverei einen beträchtlichen Anteil von Kindern, über den wir auch noch zu sprechen haben.

Was sind die Ursachen? Die Ursache gerade bei Kinderarbeit – darauf möchte ich zunächst eingehen – ist das Fehlen menschenwürdige Arbeit für Erwachsene. Das heißt, viele Familien schicken ihre Kinder in Kinderarbeit, um überhaupt ein Einkommen zu generieren. Ein zweiter Punkt ist, dass der Zugang zur Bildung oft nicht da ist, im ländlichen Raum nicht. Denn wir sehen, 70 % der Kinderarbeit finden im ländlichen Raum statt – da ist das ein besonders gravierender Faktor –, oder aber die Einsicht bei den Familien ist nicht da, dass Bildung einen Wert hat. Wir haben drittens zu beklagen, dass wir keinen ausreichenden Sozialschutz haben.

Wir haben das in der Covid-Krise gesehen, die Arbeit der Erwachsenen fällt weg. Es gibt keine Kompensation über soziale Transferleistungen. Dann sind es wieder die Kinder, die in Arbeit geschickt werden und zum Familieneinkommen beitragen. Und der letzte Punkt, der uns in Europa massiv erreicht hat, ist: Überall da, wo Stabilität und Sicherheit nicht mehr da sind, also in kriegerischen Auseinandersetzungen und der Migration, sehen wir, dass Kinder in die besonderer Art und Weise gefährdet sind und Menschen in Zwangsarbeit. Sie werden etwa in der Türkei aus den großen Camps rausgeholt und in die Haselnussernte hineingesteckt. Sie sehen in Deutschland, dass diese Gefahr dort auch da ist. Diese Ursachen sind hauptsächlich weltweit die gleichen.

Wenn wir uns die Covid-Krise und kriegerische Auseinandersetzungen angucken, dann wissen wir, dass vulnerable Gruppen besonders stark betroffen sind und Zwangs- und Kinderarbeit hoch gehen. Wir wissen heute – und das haben wir erhoben –, dass mindestens 52 Millionen Vollzeitstellen, wir haben Ihnen das Äquivalent umgerechnet, verloren gegangen sind, allein durch die Covid19-Pandemie, bis Ende 2021. Wir haben gleichzeitig gesehen, dass es einen Aufwuchs von Kinderarbeit gab und noch weiterhin gibt. D. h., Kinder sind die alternative Einkommensquelle für die Familie. Sie werden einbezogen in Ausbeutungen und kriegerische Handlungen, und vor allen Dingen

auf der Flucht sind sie diejenigen, die als Allererste unter der Gefahr laufen, in Kinderarbeit oder auch in Zwangsarbeit gebracht zu werden.

Was tun wir nun? Wie können wir das verhindern? Ein ganz wesentlicher Teil ist, dass Druck auf die Länder ausgeübt wird, um eine nationale Gesetzgebung zu machen, die tatsächlich greift, durch Inspektionssysteme, die über Felder fahren und einfach sehen, wenn Kinder dort eingesetzt werden. Wir brauchen weiterhin soziale Sicherungssysteme. Dabei unterstützen wir weltweit Länder, die besonders betroffen sind, damit es tatsächlich einen Sozialschutz in Krisensituationen gibt. Ganz entscheidend sind Migrationskorridore, die es ermöglichen, in Sicherheit auf der Flucht zu sein. Gerade jetzt in dem Ukrainekrieg ist das ein großes Thema geworden.

Wir arbeiten weiterhin in Allianzen zusammen, die Alliance 8.7, die gerade dafür steht, dass wir im Bereich Kinder und Zwangsarbeit länderübergreifend, UN-übergreifend, auch mit NGOs, mit Unternehmen aus der Privatwirtschaft sehr konkrete Vorhaben vor Ort entwickeln und die auch in Partnerschaft mitführen, also das Netz wirklich stärken in dieser Form. Wir sind sehr froh, dass Deutschland, die Bundesrepublik Teil dieser Alliance ist und sich besonders engagiert. Wir haben in diesem Jahr in Südafrika die Fünfte Globale Konferenz zur Beendigung von Kinderarbeit. Auch das wird gut sein für die internationalen Gemeinschaften, einen Blick auf diese verheerenden Menschenrechtsverletzungen zu werfen.

Wir arbeiten zunehmend mehr mit UNICEF, der Internationalen Organisation für Migration und anderen zusammen, weil unsere Projekte vor Ort so aufgebaut sind. UNICEF breitet den Weg für Bildungsangebote, wir bereiten den Weg für gute Arbeitsplätze und auskömmliche Arbeitsplätze für Erwachsene, diese arbeiten Hand in Hand. Das ist eines der entscheidenden Punkte, die zum Erfolg führen. Es ist sehr wichtig, dieses Thema in G7, G20, in den EU-Ratspräsidentschaften zu platzieren. Das passiert im Moment auch in diesem Jahr wieder sehr stark auch unter dem Stichwort „globale Lieferketten“.

Wir arbeiten zunehmend mit Unternehmen zusammen, das ist ein sehr entscheidender Punkt, und zwar im Bereich von Kinderarbeit, der Child Labour Platform, aber auch im Global Business Network on Forced Labour, sodass wir die Unternehmen beraten: Wie erkenne ich Kinderarbeit? Wie kann ich es verhindern durch meine Zulieferer, über die gesamte Lieferkette hinweg? Wir unterstützen vor allem aber auch kleine und mittlere Unternehmen vor Ort, denn der Blick auf die Lieferketten allein reicht nicht. Der ländliche Raum, reduziert auch für den Eigenbedarf, d. h. wir müssen hier vor Ort sein, um die kleinen und ganz kleinen Unternehmen oder Familienbetriebe unterstützen. Ganz zentral ist es, nicht nur die Regierungen selber im Blick zu haben, sondern im größeren Netzwerk über Staatsgrenzen hinweg diese Ziele zu verfolgen, sonst wandern die Menschen weiter und werden dann im nächsten Staat ausgebeutet.

Wichtig ist, dass wir juristische Ansätze haben über reine Verbote hinaus und auch ganz praktische Sachen. Ich habe Ihnen rechts auf der Folie eine App abgebildet, die Unternehmen vor Ort sehen können mit Fragen, die man beantworten kann, woran man sehen kann: Ist da die Gefahr von Kinderarbeit da? Wie erkenne ich das und Zwangsarbeit, um zu einer Einschätzung kommen zu können. Das wenden Unternehmen tatsächlich auch für ihre Zulieferbetriebe in den Entwicklungs- und Schwellenländern an.

Wichtig ist, dass die Internationalen Arbeits- und Sozialstandards angewandt und durchgesetzt werden. Da haben gerade Länder wie Deutschland eine massive Eingriffsmöglichkeit über Handelsbeziehungen. Der Besuch von Harbeck in Katar zeigt, dass man in dem Moment – er hat es thematisiert –, in dem ich anfangs, Handelsbeziehungen aufzubauen und gleichzeitig konditioniert damit zu verbinden, dass Zwangsarbeit auf dem Bau tatsächlich an dieser Stelle ausgehebelt wird, entscheidend vorankommt. Wichtig ist es, Netzwerke zu gründen, auf die Alliance habe ich schon hingewiesen, aber auch in Deutschland die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Menschenhandel, an der NRW beteiligt ist. Das ist ein entscheidender Punkt in der Koordinierung: Was tun Länder? Wo müssen wir besser werden, voneinander zu lernen und gemeinsame eine gemeinsame Strategie zu fahren?

Wichtig sind natürlich auch Gesetzgebungen national wie auf EU-Ebene zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Wir haben damit einen Ansatz, einen Hebel, dass wenigstens von den großen multinationalen Konzernen aus in die Entwicklungs- und Schwellenländern hinein sichere und auskömmliche Arbeitsplätze entstehen und Kinder- und Zwangsarbeit nicht stattfinden. Trotzdem ist es notwendig, darüber hinaus vor Ort, wo Zulieferer nicht eingebunden sind, weiter am Ball zu bleiben und konkrete Unterstützung für die kleinen Familienbetriebe zu geben.

UN-Organisationen und andere Stakeholder sind dabei – über konkrete Programme, wir haben das im Textilsektor sehr erfolgreich gemacht. Ein ganz entscheidender Punkt ist, dass wir im Bereich „mining“ also Minen, Kobalt und anderen Rohstoffen, aktiv werden und neue Allianzen schmieden, neue Schwerpunkte setzen. Wir sind mit großen Programmen, auch von Deutschland unterstützt, jetzt in Afrika verstärkt in diesen Bereichen im Kongo und anderen Ländern unterwegs.

Und damit bin ich, glaube ich, bei der letzten Folie angelangt. Ich bedanke mich sehr für die Möglichkeit, das zeigen zu können, und beantworte gerne konkrete Fragen, auch zu Programmen, über die ich dann erzählen kann in der Fragerunde. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Herzlichen Dank auch von unserer Seite, Frau Dr. Niederfranke. Ich gebe dann als Erstes Frau Dr. Sabine Ferenschild für Südwind das Wort. Dann würden wir anschließend in die Fragerunde einsteigen.

**Dr. Sabine Ferenschild (Südwind e. V.):** Vielen Dank für die Einladung. Mein Name ist Sabine Ferenschild. Ich arbeite als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Südwind-Institut in Bonn. Ich habe vorhin schon gemerkt, dass heute ein Bonn-Schwerpunkt hier herrscht, da schließ ich mich dann an. Das Südwind-Institut ist auch schon seit Gründung des Eine Welt Netzes auch Mitglied im Eine Welt Netz. Wir sind also hier in der Zivilgesellschaft in NRW relativ gut vernetzt. Wir forschen zu Wertschöpfungsketten, zu Welthandelsfragen, zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Wir haben regelmäßig einen Fokus auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten. Mein eigener Schwerpunkt liegt dabei in der textilen Wertschöpfungskette, also Fragen von Arbeitsrechten in der globalen textilen Kette. Deshalb habe ich, wenn ich Beispiele habe, meistens auch Beispiele auch aus der Textilverarbeitung.

Wir haben jetzt auch seit letztem Jahr ein Schwerpunktprojekt zum Thema Zwangs- und Kinderarbeit, gefördert vom BMZ und der Stiftung Umwelt und Entwicklung. Das ist, denke ich, auch der Hintergrund, warum ich heute hier eingeladen bin, um diese Arbeit hier vorzustellen bzw. die Zusammenhänge, die wir da erarbeitet haben. Wichtig ist da zunächst zu sagen, dass sowohl dieses Projekt als auch die gesamte Arbeit von Südwind ein Beitrag zu den SDGs, zu den UN-Zielen für Nachhaltige Entwicklung ist und da speziell, was dieses Projekt angeht, zu dem SDG 8, Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Menschenwürdige Arbeit. Sowohl Kinderarbeit als auch Zwangsarbeit, so das Unterziel 7 dieses UN-Ziels für Nachhaltige Entwicklung, sollen bis 2030 behoben werden.

Kinder- und Zwangsarbeit zu beseitigen, ist also eins der wichtigen Bestandteile in diesem SDG, Ziel Nummer 8. Vielleicht ist da noch einmal wichtig – wir haben jetzt gerade von Frau Niederfranke schon die Rahmendaten und die wichtigsten Definitionen zum Thema Zwangsarbeit vor allem gehört –, das auch einzuordnen zu dem auch oft verwendeten Begriff „moderne Sklaverei“. Das hören Sie vielleicht auch oft. Der Begriff „modern slavery act“ zu der Gesetzgebung in Großbritannien ist weltweit in der Diskussion.

Zwangsarbeit ist ein Begriff, der unter dem Dachbegriff moderne Sklaverei zu subsumieren ist. Moderne Sklaverei umfasst sowohl die von Frau Niederfranke genannten insgesamt fast mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiterinnen, aber auch die ungefähr 15 Millionen Menschen, vor allem Frauen weltweit, die in Zwangsehen leben oder zwangsverheiratet werden. Warum diese Subsumierung von Zwangsheirat auch unter diesen Begriff? Das liegt daran, dass Zwangsehen oft auch mit dem Motiv oder dem Zweck der Arbeitsausbeutung geschlossen werden.

D. h., da ist eine große Schnittmenge zwischen Zwangsarbeit auf der einen Seite und Zwangsehen auf der anderen Seite. Aber die größte Gruppe in diesem Begriff der modernen Sklaverei, das sind die Zwangsarbeiterinnen. Diese arbeiten zum Beispiel für den Privatsektor, d. h. in globalen und in lokalen Wertschöpfungsketten, werden in globalen Wertschöpfungsketten z. B. in der textilen Kette sowohl auf den Baumwollfeldern als auch in den Textilfabriken in der Konfektionierung eingesetzt.

Ein weiterer großer Bereich der Zwangsarbeit fällt in den Bereich der staatlich organisierten Zwangsarbeit. Da sind Ihnen auch vielleicht zwei sehr prominente Beispiele bekannt, einmal Baumwollanbau in Usbekistan – Usbekistan als eines der Länder, das jährlich viele Millionen Menschen aus seiner Bevölkerung zur Baumwollernte abkommandiert hat, alles staatlich organisiert. Ärzte, Ärztinnen, Lehrer und Lehrerinnen, Krankenschwestern, Studierende, Schülerinnen usw. wurden jährlich zur Baumwollernte abkommandiert. Das ist mittlerweile weitgehend reduziert, auch durch starken zivilgesellschaftlichen Einsatz. Durch ein starkes Monitoring der Internationalen Arbeitsorganisation in den letzten paar Jahren konnte das deutlich reduziert werden.

Das zweite sehr prägnante Beispiel, das uns heute noch beschäftigt und eigentlich gerade erst Fahrt aufnimmt – so würde ich das einschätzen –, ist das Beispiel China. Die Uiguren und Uigurinnen in der Autonomen Region Xinjiang innerhalb Chinas werden zu Millionen auch in Zwangsarbeit eingesetzt, und das betrifft nicht nur den Textilektor, obwohl der sehr prominent in der öffentlichen Wahrnehmung ist. Es betrifft auch die Solarindustrie. Es betrifft andere landwirtschaftliche Produkte, die in Xinjiang

wichtig sind wie z. B. die Tomatenproduktion, die dann zum Teil auch über die Weiterverarbeitung in Italien auf den europäischen Markt gelangen können. Damit haben wir zwei sehr prominente Beispiele für staatlich organisierte Zwangsarbeit, die gegen die genannten ILO-Konventionen verstoßen.

Dann eine letzte Gruppe aus der Gruppe sowohl der Zwangsarbeit als auch der modernen Sklaverei sind die Opfer von Menschenhandel. Die machen ungefähr 4,8 Millionen bis 5 Millionen Menschen aus dieser Gesamtgruppe aus. Das ist alles sehr schön graphisch dargestellt in dem Dossier, das Sie sich hoffentlich nachher einmal anschauen können.

Man muss vielleicht einen Unterschied machen, wenn man diesen Sektor Zwangsarbeit mit dem Bereich Kinderarbeit vergleicht. Wir haben gerade von Frau Niederfranke gehört, dass gerade der ländliche Sektor und die Landwirtschaft der Haupteinsatzbereich von Kinderarbeit sind. Das ist im Bereich der Zwangsarbeit anders. Im Bereich der Zwangsarbeit sind der Haushaltssektor, der Bausektor und die verarbeitende Industrie prozentual zumindest nach den Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation, der Walk Free Foundation und der Internationalen Organisation für Migration wichtigere Sektoren, in denen Zwangsarbeit vorkommt. D. h., das Bild ist hier diverser. Dementsprechend glaube ich auch, ist es noch einmal schwieriger, Zwangsarbeit zu erkennen, weil sie oft Schulter an Schulter mit sogenannter freier Lohnarbeit stattfindet.

Einen Aspekt möchte ich auch noch ansprechen, das ist der Aspekt Zwangsarbeit und Gender. Das hatten wir gerade auch schon gehört. Frauen machen einen sehr großen Anteil in der Gesamtgruppe der ZwangsarbeiterInnen aus. Allerdings unterscheidet sich das auch nach Sektoren und auch danach, ob die Zwangsarbeit staatlich organisiert oder im Privatsektor stattfindet. Ganz grob kann man nach Schätzungen der ILO sagen, dass staatlich organisierte Zwangsarbeit häufiger Männer betrifft, im privaten Sektor, also im privatwirtschaftlichen Bereich, arbeiten Frauen vor allem stärker im Hotel und der Gastronomie, in Privathaushalten und im Handel unter zwangsarbeitsähnlichen Bedingungen, während Männer stärker im Bereich der Bauindustrie, der verarbeitenden Industrie und auch der Landwirtschaft von Zwangsarbeitsverhältnissen betroffen sind.

Die Frage ist nun: Worin äußert sich eigentlich dieser Zwang? Es ist wirklich schwierig, Zwangsarbeit genau zu identifizieren, wenn Sie zum Beispiel in Textilfabriken stattfindet. Woran kann man erkennen, dass jemand unter Zwang in dieser Textilfabrik arbeitet? Auch da hatte ich eine sehr schöne Grafik zu. Ich werde jetzt mal mündlich versuchen, das zu umreißen. Es gibt klare Hinweise auf Zwangsarbeit, wenn etwa Löhne nicht gezahlt werden, Überstunden nicht gezahlt werden und dadurch die Menschen an den Arbeitsplatz gebunden werden in der Hoffnung, dass in Zukunft sie doch noch ihre Lohnzahlungen erhalten werden. Dann wird zum Beispiel über Liquiditätssengpässe geklagt von Seiten des Arbeitgebers und drei, vier Monate der Lohn nicht gezahlt. Arbeitnehmer/innen verlassen diesen Arbeitsplatz dann nicht ohne Weiteres, weil sie dann auch ihre Lohnansprüche befürchten zu verlieren.

Zwangsarbeit kann auch dann vorliegen, wenn Beschäftigte daran gehindert werden, überhaupt das Fabrikgelände zu verlassen oder die Farm zu verlassen, wenn sie also durch Wachen am Ausgang der Fabrik gehindert werden, sich frei zu bewegen. Das ist besonders drastisch, wenn wie in vielen asiatischen Ländern auf dem Fabrik-

gelände Wohnheime angesiedelt sind und die Menschen z. B. ihre Ausweispapiere abgeben müssen, wenn Sie das Fabrikgelände betreten, und dann nur noch zwischen Wohnheim und Fabrik, also Wohnheim und Arbeitsplatz pendeln, sich nicht mehr frei bewegen können. Vorenthaltende Löhne, Behinderung der Bewegungsfreiheit – das sind ganz klare Indikatoren, dass ein Risiko für Zwangsarbeit vorliegt.

Wer ist davon besonders betroffen? Auch da haben wir besonders vulnerable Gruppen. Frauen sind wieder in besonderer Weise betroffen, natürlich Kinder, aber auch arme Bevölkerungsgruppen, die angewiesen sind auf bestimmte sehr beschränkte Arbeitsplatzangebote in der Landwirtschaft, im Handel, in Privathaushalten oder in Fabriken – arme Menschen, die keine Auswahl haben, die vielleicht auch verschuldet sind und deshalb von ihrem Gläubiger jede Arbeit annehmen müssen, die sie zugewiesen bekommen. Das reicht dann schon in dieses Phänomen dead bondage oder Schuldknechtschaft, die nicht nur in der Landwirtschaft existieren, sondern auch in modernerer Form in Privathaushalten oder in Fabriken.

Eine ganz besonders vulnerable Gruppe sind hier Arbeitsmigranten und -migrantinnen. Auch das hatten wir heute schon Frau Niederfranke mit Bezug auf die Fleischindustrie hier in Deutschland gehört. Das gibt es natürlich auch global – Äthiopierinnen, die als Hausangestellte in den Nahen Osten vermittelt werden und dann dort auch keine Papiere haben, die sind abgenommen worden, sich bei Agenturen verschuldet haben und dann in sogenannten In-House-Verfahren beim Arbeitgeber leben und dort ausgebeutet werden. Das ist wirklich eine Form moderner Sklaverei per excellence und fällt auch unter die Kategorie Zwangsarbeit. Besonders vulnerable Gruppen: Hausangestellte, Arbeitsmigranten/innen.

Die ILO selber hat, wenn man Zwangsarbeit erkennen will, sehr hilfreiche Indikatoren entwickelt. Auch die sind stichwortmäßig in dem Dossier, das ich hinten ausgelegt habe, abgedruckt. Die Stichworte umfassen das, was ich gerade erläutert habe, und sind aber noch umfangreicher: vorenthaltene Löhne, überlange Arbeitszeiten, Festhalten am Arbeitsplatz, Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Das sind alles Indikatoren, die auf ein klares Risiko von Zwangsarbeit hindeuten. Vor allem, wenn diese Indikatoren in Kombination auftreten, ist das Risiko besonders gravierend.

Damit wäre ich bei dem letzten Punkt, nämlich Zwangsarbeit bekämpfen. Das wirkt jetzt alles ziemlich umfassend, ist auch im Einzelnen sehr schwer fest zu erkennen und zu belegen. Wichtig sind für mich drei Punkte im Bereich der Bekämpfung von Zwangsarbeit. Ich habe mich jetzt hier auf Zwangsarbeit beschränkt, hätte ich vielleicht vorher sagen sollen, weil Frau Niederfranke sehr stark das Thema Kinderarbeit auch ausgeführt hat. Das erste ist, da Zwangsarbeit im Privatsektor sehr stark vorkommt, dass die Unternehmen, die in globalen Wertschöpfungsketten aktiv sind, ihre unternehmerischen Sorgfaltspflichten wahrnehmen, dass sie also eine klare Risikoanalyse durchführen, ob in ihrer Lieferkette, Wertschöpfungskette Zwangsarbeit und Kinderarbeit vorkommen können, und wenn Sie ein Risiko haben, dass Sie da noch einmal genauer hinschauen und präventive Maßnahmen ergreifen, um dieses Risiko zu minimieren. Dazu gehört aus zivilgesellschaftlicher Sicht ganz klar auch ein Boykott von Produkten, die in Xinjiang produziert worden sind, weil das Risiko von Zwangsarbeit in dieser chinesischen Provinz nicht ausgeschlossen werden kann. Da würde auch noch

einmal zugehören erweiternd, dass keine Zulieferer mehr beauftragt werden, die innerhalb Chinas an Arbeitstransferprogrammen teilnehmen, denn über diese Arbeitstransferprogramme werden auch innerchinesisch Menschen aus Xinjiang zwangsweise in andere chinesische Provinzen transferiert, um dort dann unter Zwangsarbeitsverhältnissen zu arbeiten.

Aber auch die öffentliche Hand, der Gesetzgeber hat eine wichtige Rolle zu spielen bei der Bekämpfung von Zwangsarbeit und auch von Kinderarbeit. Es gilt, da auch rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir haben vorhin von Frau Niederfranke gehört, dass natürlich erst einmal alle relevanten ILO-Konventionen ratifiziert werden müssen und dann in nationales Gesetz übersetzt werden müssen. Deutschland hat die relevanten Konventionen und auch das Protokoll zu Zwangsarbeit von 2014 mittlerweile ratifiziert, das Protokoll im Jahre 2019.

Wichtig wäre auch, Produkte aus Zwangsarbeit oder die dem Risiko der Zwangsarbeit unterliegen, effektiv aus der öffentlichen Beschaffung auszuschließen. Öffentliche Beschaffung ist ein Hebel, den die öffentliche Hand nutzen kann, um menschenrechtliche Risiken zu minimieren. Auf EU Ebene könnte das bedeuten, Importrestriktionen zu verhängen. Das wird auch im Moment diskutiert, worüber ich sehr froh bin.

Der letzte Punkt, den ich auch aus dem Input von Frau Niederfranke noch einmal ganz stark unterstützen und unterstreichen möchte, ist der: Wir brauchen stärkere Arbeitsinspektionssysteme. In Deutschland sind die Arbeitsinspektionssysteme meines Wissens Länderhoheit, also bessere Ausstattung von Arbeitsinspektion. Das gilt natürlich gerade auch für die globale Perspektive. Das ist in allen Ländern wichtig und entscheidend, denn wir erleben in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine Privatisierung der sogenannten unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Über das gesamte Sozialaudit-Verfahren haben Unternehmen versucht, unter dem großen öffentlichen Druck ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen. Hier gibt es eine ganz große Verpflichtung der öffentlichen Hand, des Gesetzgebers und auch der internationalen Zusammenarbeit staatliche Arbeitsinspektionssysteme in den betreffenden Ländern zu stärken, das gilt auch für die textile Kette. Wir wissen, wie unsicher viele Textilgebäude sind. Darauf wäre ein wichtiger Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit zu legen. – Danke schön.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank, auch Ihnen, Frau Dr. Ferenschild für die Ausführungen. Noch einmal zur Information: Alle Sachen, die Sie uns gegeben haben, sind gestern bereits an die Kolleginnen und Kollegen weitergeleitet worden. Wir wussten jetzt nicht, dass wir das als Präsentation auch anzeigen sollten. Viele der Kollegen haben das auch auf ihren Tablets und Laptops bereits zur Verfügung. Wir haben auch noch einige Überdrucke hier. Gut, wir steigen in die Fragen ein. Als Erster hatte sich Kollege Tritschler gemeldet, für die AfD-Fraktion.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Damen, für die interessanten Vorträge. Ich habe an Frau Dr. Niederfranke ein paar Nachfragen. Zum einen hatten Sie auch den Kobaltabbau angesprochen. Nach meiner Kenntnis kommen etwa 60 % des Kobalts aus dem Kongo. Sie hatten auch ange-

sprochen, dass durch die Förderung der E-Autos und die damit massenhafte Verbreitung da jetzt ein neues Problem entsteht.

Haben Sie zum einen Erkenntnisse, wie weit die deutsche Industrie hier eine Rolle spielt, und zum anderen: Können Sie auch Zahlen nennen, wie viele Kinder dort vor Ort betroffen sind? Dann hatten Sie die Fleischindustrie in NRW angesprochen, allerdings nur angesprochen. Mich würde da interessieren, wo genau oder in welchem Umfang und an welchen Stellen Sie da jetzt von Zwangsarbeit oder von sklavenähnlichen Verhältnissen sprechen würden. Letztlich hatten Sie auch angesprochen, dass gerade in Afrika die Auswirkungen des Corona-Lockdowns, Lieferketten etc. sich besonders auf den Bereich Kinderarbeit auswirken. Vielleicht können Sie uns da auch noch ein bisschen mehr Informationen, insbesondere auch Zahlen geben. Das würde mich interessieren. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Danke, wir sammeln erst einmal die Fragen. Als Nächste hat sich für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Dobbert gemeldet, bitte.

**Marina Dobbert (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Frau Dr. Ferenschild und Frau Dr. Niederfranke, herzlichen Dank für die wirklich sehr aufschlussreichen Präsentationen hier. Das macht noch einmal ganzes Stück mehr betroffen, wenn man es dann so deutlich hört.

Ich habe folgende Frage. In Ghanas Kakaosektor ist Kinderarbeit weit verbreitet. Laut einer Studie, die auch Ihre Organisation, Frau Ferenschild, zitiert, waren in 2017 während der Erntesaison rund 770.000 Kinder betroffen. Viele davon verrichteten gefährdende Arbeiten, auch in Bezug auf die offizielle Partnerschaft NRW's mit Ghana, die erst 2020/2021 verlängert wurde, bei der nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Vordergrund steht: Wo und auf welchen Ebenen kann sich unser Land noch für eine Reduzierung bzw. das Ende von Kinderarbeit in Ghana einsetzen?

Dann nehme ich auch noch die zweite Frage mit rein. Erhoffen Sie sich durch das derzeit auf europäische Ebene angestrebte Lieferkettengesetz, welches insbesondere große Unternehmen in die Pflichten nehmen soll, Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in globalen/europäischen Lieferketten. Daran anschließend, falls Sie sich schon näher damit beschäftigt haben sollten – das habe ich aber eben auch schon gehört aus Ihrem Beitrag –: Wo sehen Sie bei dem Vorschlag der Kommission noch Nachbesserungsbedarf? – Danke schön.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion Kollege Krauß, bitte.

**Oliver Krauß (CDU):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite herzlichen Dank, Frau Dr. Ferenschild, Frau Dr. Niederfranke. Meine Vorrednerin hat die Frage zum EU-Lieferkettengesetz schon gestellt. Deshalb kann ich nur ergänzend fragen und möchte es auch gerne tun: Wie sehen Sie diesen Vorschlag im Vergleich zur deutschen Regelung?

Dann die Frage an Frau Dr. Niederfranke: Die Internationale Arbeitsorganisation organisiert sich ja umfassend für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit. Wie beraten Sie denn führende Industrie- und Schwellenländer in diesem Prozess? Wir haben heute hier mitbekommen – und das ist in der Tat sehr bedrückend, diese Fakten noch einmal auf den Tisch zu bekommen: Wie kriegen wir das hin, dass wir die Verantwortlichen, vor allem in der Wirtschaft, zu Handlungen bringen und zwingen? – Danke schön.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank. – Für die grüne Fraktion, Herr Kollege Remmel, bitte.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich schließe mich dem Dank an. Ich habe eine Frage, die auch in die Kategorie Weiterentwicklung Lieferkettengesetz geht. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es auch und insbesondere staatliche Strukturen braucht, die überprüfen und entsprechend Normen durchsetzen. Meine Frage geht allerdings ein bisschen in die begleitende Richtung. Wir sind ja eine Landesebene, und wir diskutieren das vor allem für die öffentliche Beschaffung, wie das so einfach wie möglich orientiert werden kann. Müsste es hier nicht umfassende Aufstellungen von international gültigen Normen geben, möglichst in einer Norm, Nachhaltigkeitsnorm, wo alle Kategorien abgebildet werden?

Wir haben diese Normung auch in anderen Bereichen, beispielsweise Umweltnormen, industrielle Normen, und im Ökobereich kennen wir sie auch. Dass das natürlich immer eine Frage von Überprüfung vor Ort ist, ist klar. Aber ich sehe im Zusammenhang mit den hier angesprochenen Fragen, Kinderarbeit und Zwangsarbeit, bisher noch nicht, dass es da zu Anstrengungen käme, das auch in Handelsverträge beispielsweise mit abzubilden.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion Herr Kollege Mangan, bitte.

**Christian Mangan (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch von unserer Seite für die Ausführungen. Hier aus unserer Sicht sind Aufklärung und Bildung wichtige Ansatzpunkte, um Kinder- und Zwangsarbeit zu bekämpfen. Dazu eine Frage: Wie können Bund und Länder hier und vor Ort unterstützend tätig werden? Und gibt es bereits erfolgreich Initiativen?

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank! – Weitere Fragen sehe ich nicht. Deshalb möchte ich direkt in die Beantwortung einsteigen, und wir würden wieder mit Ihnen, Frau Dr. Niederfranke, beginnen. Sie haben das Wort bitte.

**Dr. Anette Niederfranke (StS'in a. D., Internationale Arbeitsorganisation Deutschland):** Ich fange mal in der Reihenfolge an, Afrika, der Kollege von der AfD hatte gefragt. Afrika ist tatsächlich eines der größten Problembereiche, einfach durch den Abbau von Materialien, den wir in dem Umfang dort haben, Kobalt zum Beispiel, aber

auch andere Mineralien. Sie fragen, ob wir da Zahlen haben. Wir haben Zahlen. Das ist genau die Zahl, die ich Ihnen gesagt habe, 9 Millionen Kinder. Das ist das, was wir für die letzten Jahre sehen. Für die Zwangsarbeit haben wir keine spezifische Zahl. Aber diese Zahl haben wir.

Ich kann Ihnen nur sagen, während der Lockdown-Zeit ist da sehr viel wieder entstanden, von dem man gedacht hat, es sei schon längst überbrückt. Was ganz stark entstanden ist, ist in diesem kleinen Bergwerk, das sind oft kleinere Bergwerke mit kleinen Schächten, wo Kinder tatsächlich in Camps zusammenleben, Nahrung bekommen, zweifellos aber von den Familien getrennt sind und ihre Arbeit verrichten und dann sozusagen fünf Stöcke weiter (akustisch unverständlich) ... Das ist wirklich die gravierendste Form, die man sehen kann. Oder wenn Sie Bilder vor Augen sehen, wo Kinder eingesetzt werden, um die Batterien aus den reiche Länder auseinanderzunehmen, um dort noch Rohstoffe herauszufinden.

Die Zahlen sind so, dass wir auch noch mehr Zahlen erheben könnten – und das tun wir ja auch als ILO. Aber die Handlungsaufforderung ist jetzt schon da. Über Corona ist tatsächlich der Blick auf diese Länder in vielen westlichen Industrieländern zurückgegangen. Wir haben da das große Glück, dass wir vor Ort sind. Also wir haben in all diesen Ländern ..., unsere Leute sind da. Deswegen sind wir auch relativ gut dort informiert. Das ist etwa eine Frage des Einkaufens, wenn ich einkaufe und mir nicht bescheinigen lasse oder mir nicht angucke, ob Kinder arbeiten bzw. nicht arbeiten; da ist der Hebel tatsächlich beim Einkaufen bei den Industrieländern.

Zur fleischverarbeitenden Industrie: Diese vielen Mengen, die wir gesehen haben in Nordrhein-Westfalen, aber auch in anderen Ländern, übrigens auch in anderen europäischen Ländern, das sind die klassischen Ansätze. Ich verbinde einen Lohn, der vielleicht dem Mindestlohn entspricht – das kann durchaus sein – damit, dass ein Teil des Lohns einbehalten wird für Unterkunft, die nicht menschenwürdig ist und damit sozusagen eine Zwangssituation ausgeübt wird. Das hat Frau Dr. Ferenschild auch schon benannt. Das ist etwas, was wir in diesem konkreten Fall gesehen haben, was auch durch die Landesregierung, durch die Bundesregierung, durch alle eigentlich als gravierender Verstoß bewertet wurde. Man konnte sich kaum vorstellen, dass das in einem Land wie Deutschland passiert.

Zur Frage von Ghana. Ja, Ghana ist ein Problem. Deswegen haben wir da, gemeinsam auch mit der Bundesregierung, verstärkte Ansätze der Zusammenarbeit in Ghana beenden müssen, in Ghana und in anderen Ländern Afrikas genauso, um diese .... nicht nur zu identifizieren und in Statistiken abzubilden, sondern um vor Ort Bildungszugänge zu schaffen, um vor Ort für Eltern Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Ich würde das noch einmal betonen. Kinderarbeit ist zum großen Teil verbunden mit der Armut der Familie. Deswegen ist es umso wichtiger, Arbeitsplätze für Erwachsene zu schaffen, die auskömmlich sind.

Zur Frage, was kann NRW tun? Lieferkettengesetz, das ist ein ganz wichtiger Hebel. Wir kaufen als Industriestaat, aber auch als Industrieland NRW ein. Natürlich kann man den Einkauf an Bedingungen knüpfen. Das ist einer der wirkungsvollsten Hebel, die man haben kann, neben dem anderen Hebel, dass man sagt: Wir gestalten die Ausschreibungen so, dass die Unternehmen, die den Zuschlag erhalten – für Steine

oder für was auch immer ausgeschrieben wird –, tatsächlich nachweisen müssen, dass sie Steine einkaufen zum Beispiel in Minen, wo keine Kinderarbeit stattfindet. Über diese Hebel können wir sehr viel machen.

Ich will ein Beispiel nennen aus einem Land, wo das funktioniert hat, nämlich Katar. Aus welchen Gründen auch immer, die will ich jetzt nicht weiter betonen, befand die internationale Sportgemeinschaft, dass man in Katar nicht nur die olympischen Spiele, sondern auch die Fußballweltmeisterschaft stattfinden lassen sollte. Das war eine Frage, die wirtschaftliche Folgen hatte. Für Katar war es vor allen Dingen ein Punkt, um mehr Ansehen zu gewinnen. Das muss man ganz deutlich sagen. In diesem Zuge haben wir es als ILO mit Unterstützung von andern geschafft, dass das Kafala-System, die Abgabe des Passes der Fremdarbeiter, was bis dahin gang und gäbe war, abgeschafft wurde. Übrigens sind in der gesamten arabischen Welt die Fremdarbeiter in der Regel Männer aus Asien, aus Pakistan, aus Bangladesh und anderen Staaten. Das konnte verändert werden und der Blick darauf geworfen werden.

Wir haben in dem Zusammenhang tatsächlich die Gunst der Stunde genutzt, um diese gravierenden Missstände nicht nur zu beheben, sondern auch ein Inspektionssystem einzurichten, das immer noch nicht optimal ist, das aber ein Anfang ist. Der Bundeswirtschaftsminister war jetzt in Katar, damit es in Zusammenhang mit Energielieferungen zu Vereinfachungen kommt. Natürlich war er vorher bei uns. Wir haben darüber gesprochen, an welchen Stellen so eine Aussicht mit konkreten Forderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Menschenrechten verbunden werden muss. Ich sage das mal ganz konkret: In Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft haben wir mit der Zustimmung der Katar-Regierung unser Büro massiv ausgeweitet. Wir sind mittlerweile 60, 70 Mitarbeiter, die wirklich über Land fahren und vor Ort gucken. Dieses Ganze war begrenzt bis März 2021.

Wir erinnern uns, dass der World Cup Ende letzten Jahres zu Ende ging. Das heißt, in Zusammenhang mit solchen Handelsbeziehungen muss dafür nicht nur geworben werden, sondern eingefordert werden, dass solche Standards beibehalten werden. Das ist noch einmal ein ganz konkretes Beispiel für diese Art von Kooperation, die man haben kann.

Die Frage war: Wo geht die EU-Richtlinie im Bereich der Lieferketten, die jetzt diskutiert wird, über das hinaus, was das Deutsche Lieferkettengesetz ausmacht? Ist es im Wesentlichen die Reichweite, über die sie hinausgeht, bezüglich dessen, was Deutschland vorgelegt hat? D. h., es werden auch kleinere Unternehmen mit einbezogen in dieser Richtlinie und damit in die Gewährleistung von Sorgfaltspflichten. Es ist ein wichtiger Punkt, das zu tun. Wir stellen fest, dass viele kleine und mittlere Unternehmen keine großen Compliance-Abteilungen haben, keine großen Rechtsabteilungen haben, sich an uns wenden und fragen: Was sind denn Instrumente, mit denen wir schnell Risikoanalysen durchführen können? Sie sind nicht in der Lage als ein Unternehmen, das nur eine begrenzte Möglichkeit hat. D. h., ein wesentlicher Teil des Erfolges von Lieferkettengesetzen wird auch damit zusammenhängen, inwieweit wir Unternehmen unterstützen, tatsächlich solche Analysen durchzuführen. Das ist ein ganz wesentlicher Teil. Das ist auch für uns noch einmal in der ILO ein Punkt gewesen, Hilfsangebote, Telefone, konkret Kooperationen auf den Weg zu bringen, wo wir unsere üblichen

Systeme dann auch zur Verfügung stellen, damit Unternehmen die auch tatsächlich anwenden können.

Vielleicht noch einmal zu der Frage: Braucht es eine globale Norm? Das war ja Ihre Frage von Seiten der Grünen, ob sozusagen Nachhaltigkeit und Sorgfaltspflichten in einer Norm genügend vorhanden sind. Ich habe Sie so verstanden, dass das für den ökologischen Bereich und den Bereich Menschenrechte, soziale Nachhaltigkeit gemeinsam passieren wird. Ich weiß nicht, wie wir das hinkriegen, das zu machen. Es gibt Überlegungen, dass man für den Bereich der Lieferketten nach dem Vorbild der Maritimen vor Ort – also der Frage, wie schaffe ich Recht auf den Weltmeeren auf menschenwürdige Arbeit? – so etwas in der Lieferkettennorm schaffen könnte. Ich glaube, die Widerstände sind sehr groß.

Ich glaube, dass die Normen vorliegen. Es ist kompliziert. Es gibt acht Kernarbeitsnormen im Bereich Soziales, die im Rang von Menschenrechten stehen, die sind auch alle hinterlegt in diesen Gesetzen. Die Arbeit an einer globalen Norm wird eine sehr schwere Aufgabe sein. Dass diese Normen in Handelsverträgen hinterlegt sein sollen, ist klar. In CETA ist das der Fall, in unserem Handelsvertrag der EU und mit Canada. Das Handelsabkommen mit den USA ist daran gescheitert. Man muss auch deutlich sagen, dass die USA nicht bereit war, im Bereich der menschenrechtlichen Kernarbeitsnormen die ILO-Konditionen mit reinzunehmen, auf die viele gedrungen haben, auch Gewerkschaften. Insofern ja, rein in Handelsverträge. Ich glaube, dass das Zeitfenster dafür angesichts der menschenrechtlichen Lage weltweit ganz gut ist, um das konkret reinverhandeln zu können. Das würde ich noch einmal abschließend sagen.

Dann das Thema Bildung: Ja, natürlich, ich habe Sie so verstanden, dass über diese Themen mehr aufgeklärt werden soll in Schulen, oder habe ich Sie da falsch verstanden von der FDP? Ich muss hier noch einmal nachfragen, oder meinten Sie, dass mehr Bildungsangebote für Kinder weltweit zur Verfügung gestellt werden sollen? Wie auch immer Sie es meinten, beides ja.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ich glaube, Letzteres war der Fall.

**Dr. Anette Niederfranke (StS'in a. D., Internationale Arbeitsorganisation Deutschland):** Deswegen arbeiten wir an der Stelle auch mit UNICEF im Bildungsbereich zusammen. Diese Kooperationen gerade in Afrika sind sehr gut.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank. – Frau Dr. Ferenschild, wenn Sie uns Ihre Fragen beantworten würden, bitte.

**Dr. Sabine Ferenschild (Südwind e. V.):** Die erste Frage, auf die ich mich beziehen würde, wäre noch einmal die Auswirkungen von Corona. Dazu hatte ich in meinem Input wenig bis gar nichts gesagt. Corona hat, glaube ich, die textile Lieferkette als eine der stärksten betroffen. Sie ist im Prinzip komplett zusammengebrochen. Für die Beschäftigten bedeutete das, dass auf allen Verarbeitungsebenen Löhne vorenthalten wurden, dass die Leute teilweise ihre Arbeitsplätze verloren haben und dass genau

dieser Aspekt des Lohnvorenthaltens und gleichzeitig dann immer darauf angewiesen zu sein, die Löhne doch noch irgendwie einzufordern, einzuklagen, in diesen Bereich der Zwangsarbeit rüberreichen kann.

Als die Lockdowns beendet waren, kam eine Flut an Aufträgen, und es wurde mit massiven Überstunden das Ganze abgearbeitet. Auch das gehört in diesen Bereich, der in einer menschengerechten Lieferkette als Risiko adressiert werden muss und minimiert werden muss. D. h.. Entlassungen, Lohnvorenhaltungen, Lockdown bedingt durch Corona, hat es zuhauf gegeben.

Der zweite Punkt: Ghana. Ich bin keine Afrika-Expertin, das ist bei uns ein Kollege, der gerade auch zu Ghana arbeitet. Eines nehme ich immer mit aus den Gesprächen mit ihm, und das ist – das hat auch Frau Niederfranke schon angesprochen –: Die Armut der Eltern ist in der Regel die Ursache der Kinderarbeit. Da hilft eigentlich nur, Preise zu zahlen, die lebensexistenzsichernde Einkommen und existenzsichernde Löhne ermöglichen, also Preise, die auf den Weltmarkt-Märkten gezahlt werden. Das ist eine Debatte, die aktuell auch im Kakaoforum auf Bundesebene geführt wird, was aber trotz langjähriger Arbeit noch nicht wirklich angegangen worden ist, sondern wir erleben nach wie vor in vielen Bereichen, auch wenn der Ölpreis da täuschen mag, einen Preisverfall der Rohstoffe, also vor allem der landwirtschaftlichen Rohstoffe.

Dritte Frage zum Lieferkettengesetz sowohl in Deutschland als auch in der EU: Ich bin auch keine Expertin für das Lieferkettengesetz. Das ist die Promotorin, die bei uns zu Wirtschaft- und Menschenrechte arbeitet. Ich bin sehr damit befasst, die Anforderungen des Lieferkettengesetzes im Moment auch in die Praxis umzusetzen, denn wir haben auch hier den wichtigen Textilmarkt. Wir sind Mitglied im Textilbündnis und versuchen dort, die Unternehmen dabei zu unterstützen, ihren künftigen Anforderungen, die im Deutschen Lieferkettengesetz enthalten sind, nachzukommen. Das Problem eines solchen Bündnisses wie dem Textilbündnis oder auch des Branchendialogs Automobil oder auch des schon angesprochenen Kakaoforums ist ja, dass dort nur die Unternehmen erreicht werden, die freiwillig Mitglied in solchen Bündnissen werden. Es ist die absolute Stärke des Lieferkettengesetzes, dass dort auch Unternehmen in die Pflicht genommen werden, die sich bisher nicht freiwillig engagiert haben. Das wird auch die Stärke des EU-Lieferkettengesetzes sein.

Die absolute Herausforderung auf beiden Ebenen – die EU muss es erst einmal noch verabschieden. Da muss man sehen, wie die letzte Fassung aussieht – wird eine gute und anspruchsvolle Umsetzung sein. Und da ist natürlich das BAFA wichtig, dass das entsprechende Personal einstellt, um die Sorgfaltspflichten auch wirklich zu überprüfen, die dann von den Unternehmen, die berichtspflichtig sind, vorgelegt werden. Aber ein wichtiger Aspekt ist, wenn man die Frage nach der einen Nachhaltigkeitsnorm im Sozialbereich anspricht, dass wir über den OECD-Prozess mit den Sektorrisiken sehr gute Handreichungen für einzelne Sektoren haben, um dort den spezifischen, sozialen und auch umweltbezogenen Sektorrisiken nachzukommen. Meine Antwort wäre also auf die eine Nachhaltigkeitsnorm: Es gibt durchaus auch unterschiedliche Risiken in unterschiedlichen Sektoren. Deshalb bin ich dankbar, dass es die OECD-Sektorrisiken-Analyse für den Textilsektor gibt. Textilbekleidung, Schuhe sind damit abgedeckt. Damit haben wir eine Grundlage, um elementare Menschenrechte in der Lieferkette

von Unternehmen zu analysieren, zu überprüfen, der Verletzung durch Abhilfemaßnahmen zu begegnen, wobei das Ganze durch die Gesetzgebung abgestützt wird, die auch Unternehmen erreicht, die bisher nicht berichtswillig waren.

Von daher würde ich da, auch wenn dieser Begriff schon ein bisschen abgelutscht ist, schon sehen, dass dieser Smartmix zwischen freiwilligen Bündnissen, die wirklich in die Tiefe gehen, auch solche Unternehmen umfasst, die nach dem Gesetz nicht erfasst werden. Auch sie müssen beraten und unterstützt werden. Diesen Smartmix finde ich da sehr wegweisend.

Damit wäre ich bei dem letzten Punkt, Aufklärung und Bildung. Wir verstehen uns als eine Organisation, die dieses Thema „Zwangsarbeit und Kinderarbeit“ bekämpfen, die dazu aufklären, die das in die Öffentlichkeit bringen, die gerade auch Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, die das Eine Welt Netz und seine Mitglieder schulen, ausbilden und stärken, um dann die Expertise in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Aber wir verstehen uns auch so, dass wir das auch in Multi-Stakeholder-Dialoge reinbringen. Wir sind in den genannten Bündnisse aktiv. Wir nehmen an Dialogformaten auf Bundesebene, aber auch auf Landesebene teil. Meine Kollegin arbeitet jetzt mit in der Initiative Lieferkettengesetz, die die EU-Gesetzgebung begleitet und weiterentwickeln will. Wir arbeiten da auch mit auf europäischer Ebene in den Dialogen.

Was die Bildung in den südlichen Ländern angeht, da haben wir bei unseren Partnerorganisationen, ich arbeite da schwerpunktmäßig mit Partnern in West-Indien zusammen, die dramatischen Folgen der Schulschließungen im ländlichen Raum erlebt. Da war zum Teil über zwei Jahre wirklich kein Schulbesuch von Kindern möglich. Dementsprechend war es auch eine Folge, dass verstärkt die Kinder die Eltern bei der Arbeit unterstützt haben. Denn für viele Eltern wiederum sind Arbeitsplätze weggebrochen, Löhne nicht gezahlt worden. Auch da erleben wir, nicht nur im afrikanischen Raum, sondern auch im asiatischen Raum, dass existenzsichernde Löhne und existenzsichernde Einkommen für die Erwachsenen der beste Hebel sind, um Kinderarbeit zu bekämpfen.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Frau Dr. Ferenschild und Frau Dr. Niederfranke, ich glaube, es war sehr gut, von Ihnen heute hier so einen umfangreichen Einblick auch zu erhalten, ein wichtiges globales Thema, dessen wir uns heute hier angenommen haben. Ich bin mir auch sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen aus ihren Expertisen, die wir heute hier erfahren durften, viele wichtige Punkte mitnehmen werden, auch in die weitere parlamentarische Arbeit. Insofern ganz herzlichen Dank für die ausführliche Präsentation und auch dafür, dass sie für uns für die Fragen zur Verfügung standen. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, dass nach Möglichkeit Kinder- und Zwangsarbeit noch weiter zurückgeführt werden kann. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

**4 NRW stellt sich seiner internationalen und menschenrechtlichen Verantwortung – durch antidemokratische Regime bedrohte Menschen schützen!**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/12049

Ausschussprotokoll 17/1531 (Anhörung vom 03.09.2021)

*(Überweisung am 16.12.2020)*

**Johannes Remmel (GRÜNE)** legt dar, die Anhörung habe gezeigt, dass das Anliegen unterstützt und begleitet werde. In der Zwischenzeit sei auch das eine oder andere an Initiativen verabredet worden. Wenn er es richtig sehe, sei ein gemeinsames Schreiben an den Landtagspräsidenten gegangen, sich für Empfehlungen für Kooperationen in der nächsten Legislaturperiode auszusprechen. Das begrüße seine Fraktion ausdrücklich und unterstütze das auch. Er meine aber, dass die Vorschläge in dem Antrag weitergehend seien. Deshalb sollte der Ausschuss heute darüber abstimmen. Er bitte um Zustimmung.

**Oliver Krauß (CDU)** stellt heraus, NRW stelle sich seiner internationalen und menschenrechtlichen Verantwortung. Das wolle man tun. Herr Kollege Remmel habe gerade schon gesagt, dass der Weg aufgezeigt worden sei, nach dem Gespräch mit Herrn Lessenthin von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Man wolle sich mit einem Brief an den Landtagspräsidenten wenden mit der Bitte, beim neugewählten Landtag für das Patenschafts-Programm zu werben sowie zusätzlich eine Informationsveranstaltung im Landtag unter Beteiligung der IGFM zu organisieren. Er halte das für einen sehr guten Weg, um auch einen Beitrag dazu zu leisten.

Das Resultat der Anhörung sei so, dass die Politikerinnen und Politiker im Landtag von Nordrhein-Westfalen sich hier besser einbringen könnten, als es bisher passiere. Seit Antragstellung im Dezember 2020 sei eine Reihe von Gesprächen geführt worden. Die Frage sei, wie man es nachher realisiere. Er denke, es sei auch eine Wertschätzung der IGFM gegenüber, wenn man diesen Weg erst einmal einschlage. Man wisse um die Kompetenzzuständigkeit, die sei diskutiert worden im Rahmen der Anhörung und juristisch beleuchtet worden von einem der Sachverständigen. NRW habe keine Zuständigkeit für eine Außenpolitik oder eine Nebenaußenpolitik. Aber man müsse gucken, dass, wenn man sich verpflichte, dann auch solche Erwartungen erfüllt würden. Seine Fraktion wolle den Weg, wie er bisher vereinbart worden sei, gehen und würde dann alles weitere heute hier ablehnen.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** betont, seine Fraktion lehne den Antrag aus zwei Gründen ab, zum einen sei das Landesparlament nicht zuständig. Die antragstellende Fraktion stelle auch die die Regierungsmehrheit im Bund. Deswegen könne sie sich sicherlich dahin wenden. Und zum anderen scheitere dieser Universalismus, der aus dem

Antrag atme, gerade krachend auf der ganzen Welt. Auch deswegen lege seine Fraktion den Antrag ab.

**Sebastian Watermeier (SPD)** merkt an, die SPD-Fraktion werde den Antrag unterstützen und ihm zustimmen. Es sei ein sinnvolles Zeichen, dass jeder an der Stelle, wo er stehe, das tun sollte, was er zu tun in der Lage sei. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage stelle sich gerade die Frage, wie man politische Gefangene im russischen Einflussbereich effizient unterstützen könne, ob man dort bereits jetzt Partnerschaften aufbauen sollte. Die Frage sollte man zumindest stellen. Die Unterstützung für den Antrag liege auf jeden Fall vor.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/12049 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

## 5 Die Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarung mit der Region Piemont

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEi)** trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass dieser Antrag eine große Mehrheit gefunden hat. Mit besonderer Freude berichte ich vom Abschluss unserer zukunftsorientierten Partnerschaftsvereinbarung mit der Region Piemont, die ich für das Land Nordrhein-Westfalen unterzeichnen durfte. Wir haben diese Vereinbarung gemeinsam mit dem Präsidenten Cirio am 15. Februar unterschrieben. Die Etablierung dieser ersten Partnerschaft mit einer südeuropäischen Region ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung und auch das Parlamentes gewesen. Ich bedanke mich für die politische Unterstützung unserer Initiative durch demokratischen Fraktionen hier im Haus.

Piemont und Nordrhein-Westfalen verbindet eine lange industrielle gemeinsame Geschichte. Beide Regionen stehen in ihrem Transformationsprozess vor ähnlichen Herausforderungen. Gleichzeitig teilen wir den Blick nach vorne auf wichtige Zukunftsthemen wie Wasserstoff, künstliche Intelligenz, autonomes Fahren und moderne Landwirtschaft. Das unterzeichnete Partnerschaftsabkommen sieht derzeit eine Zusammenarbeit, insbesondere in diesen wichtigen Themenbereichen, vor. Experten- und Jugendaustausche sollen die Beziehungen zu der Region Piemont weiter fördern.

Zum Thema Klimaschutz und Wasserstoff habe ich ein bilaterales Gespräch mit dem Minister für Umwelt, Energie, Innovation und Forschung vor Ort führen können. Mit Blick auf den Klimawandel und die damit einhergehende politische Verantwortung für die Jugend haben wir die Notwendigkeit besprochen, das Energieangebot auf nachhaltige Energieträger umzustellen. Bis 2030 soll der Energieverbrauch in der Region Piemont zu 50 % erneuerbare Energien gedeckt werden. Die Zusammenarbeit Piemonts mit Nordrhein-Westfalen kann hier einen wechselseitigen Schub geben.

Wir haben auch über die Bedeutung der Zusammenarbeit der Regionen mit gleichen Wertvorstellungen gesprochen. Schon dies ist ein Wert an sich und vereinfacht die Zusammenarbeit der Regionen mit dem Ziel, ihre Produkte weltmarktfähig zu machen.

In dem europaweit renommierten ENVI-Park in Turin habe ich Gespräche geführt, die als Auftakt für einen regelmäßigen Austausch zum Thema Wasserstoff zu sehen sind. Auf italienischer Seite besteht großes Interesse an der Wasserstoff-Roadmap Nordrhein-Westfalen. Hier stehen die Fachleute beider Seiten bereits in Kontakt. Zudem ist beabsichtigt, den Wissensaustausch zum Thema „Künstliche Intelligenz“ zu vertiefen mit dem Ziel, den effizienten Wissenstransfer von der Forschung in die Wirtschaft zu unterstützen und den Einsatz der Künstlichen Intelligenz, insbesondere in kleinen und mittelständischen Unternehmen, voranzubringen.

Zum Thema „Künstliche Intelligenz“ haben wir mit dem Juristen und Theologen Peyron und Studierenden der Universität Turin über das im gesellschaftlichen Dialog wichtige Spannungsfeld zwischen Künstlicher Intelligenz und Ethik ausgetauscht.

Wir waren uns einig, dass die Digitale Welt klare Koordinaten braucht und der Mensch im Mittelpunkt der Entwicklung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz stehen muss.

Vertieft diskutiert haben wir die Frage, ob ein ethischer Rahmen für Künstliche Intelligenz europaweit definiert werden muss, weil ethische Grundsätze regional unterschiedlich verstanden und gelebt werden. Damit einher gehen Haftungsfragen, die ebenso unterschiedlich geregelt sein können. Seitens der Studierenden wurde ein Gütesiegel für KI angeregt, das verbindlichen Standards folgt.

Die Absichtserklärung sieht auch eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene vor. Mit Regionalpräsident Cirio habe ich mich über eine Intensivierung der Kooperation im Europäischen Ausschuss der Regionen ausgetauscht. Eine konkrete Möglichkeit sehe ich bei der Zusammenarbeit unserer Regionen im wirtschaftlichen Transformationsprozess. Insbesondere zur Zukunft der Automobilindustrie, Automobilzulieferer gibt es im Ausschuss der Regionen Bestrebungen, dieses Thema aufzuwerten.

In diesem Zusammenhang haben wir auch über den Expertenaustausch gesprochen und verabredet, die Zusammenarbeit dieser Gruppe, gerade nach den guten Gesprächen im November 2021 in Düsseldorf, zu intensivieren. Erörtert haben wir zudem Möglichkeiten zur Einbindung von Schüler- und Schulbegegnungen sowie zum Austausch von Studierenden und Auszubildenden.

Mit dem Präsidenten Cirio haben wir vereinbart, den Dialog auf politischer Ebene fortzuführen. Dazu haben wir eine Einladung nach Nordrhein-Westfalen an die piemontesische Regierung ausgesprochen. Wir freuen uns über diese neue Partnerschaft sehr. Je enger dieser Kontakt wird, umso besser wird er für uns sein.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** bittet den Minister, den Sprechzettel anschließend dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen – vgl. Vorlage 17/6724.

**Sebastian Watermeier (SPD)** bedankt sich für den Bericht. Er habe auch einige Fragen vorweggenommen, die seine Fraktion schon formuliert habe. Der Minister habe einige Gespräche geführt, dafür vielen Dank. Ihn interessiere, ob es schon eine konkreteren Zeitrahmen für die Partnerschaft gebe. Der Minister habe die Absichtserklärung dargestellt, Formate vorzuführen. Er frage, ob konkrete Formate verabredet seien, ob es möglicherweise erste konkrete Termine gebe, wo man sagen könne, da oder da werde die Partnerschaft weiter mit Leben gefüllt – vorausgesetzt, dass es eine wie auch immer geartete neue Landesregierung geben werde, wie auch immer sie sich zusammensetze.

**Oliver Krauß (CDU)** bedankt sich für den mündlichen und aussagekräftigen Bericht. Seine Fraktion freue sich über den breiten Konsens, was die künftige Partnerschaft mit dem Piemont anbelange. Bekannt sei, dass Piemont und Nordrhein-Westfalen vergleichbare Wirtschaftsstrukturen hätten. Aktuell gebe es jetzt besonders vergleichbare Herausforderungen. Insofern begrüße er auch, dass die Rolle der Regionen in Europa

noch deutlicher hervorgehoben werde. Das sei ein wichtiger Baustein zur Stärkung der Europäischen Union. Das begrüße seine Fraktion und beteilige sich gerne an den konkreten, schon heiß ersehnten Projekten, nach denen gerade gefragt worden sei. Er würde sich auch freuen, wenn das in der neuen Legislaturperiode so erfolgreich fortgesetzt werde. Er bedanke sich für die Bemühungen, dass Nordrhein-Westfalen schnell auf Augenhöhe komme mit den Bundesländern, die bereits eine Partnerschaft mit italienischen Regionen hätten.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bittet, dem schriftlichen Bericht auch das konkrete Partnerschaftsabkommen dem Parlament zur Kenntnis zu geben, damit man sich damit befassen könne. Er rege an, dass man hier im Protokoll festhalte – es sei im Plenum schon gesagt worden –, dass neben den Anstrengungen auf der Seite der Regierungen für die Partnerschaft auch das Parlament einbezogen werde im entsprechenden Austausch und Aufbau, auch bei der Beziehung zu dem dortigen Regionalparlament, damit der Ausschuss das auch parlamentarisch begleiten könne. Man könne es selber nicht mehr ausführen. Aber man könne es dem nächsten Ausschuss anheimstellen, sich stärker darum zu kümmern.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE)** merkt an, es sei eine Initiative des Parlaments gewesen. Das werde auch mit dem Parlament leben. Er sehe das nicht als ein Treffen der Regierungen untereinander an, sondern ein Treffen von Piemont mit Nordrhein-Westfalen. Das sei in erster Linie das Parlament und dann die Regierung.

Die Expertengespräche seien mit den vier Themen, die er genannt habe, in der Terminierung. Für den Sommer sei ein Schüleraustausch vorgesehen.

**Vorsitzender Dietmar Brockes** hält fest, dass der Ausschuss großen Wert darauf lege, dass der nächste Landtag diese Partnerschaft eng mit begleite. Es sei leider nicht mehr möglich gewesen, in dieser Legislaturperiode den Kontakt direkt herzustellen. Er habe den Versuch gestartet. Aber durch die Nähe des Wahltermines sei das Zeitfenster leider nicht mehr groß genug gewesen, um das auch entsprechend umzusetzen. Es müssten aber auch noch ein paar Aufgaben für die nächste Wahlperiode überbleiben.

**6 Maßnahmen der Landesregierung zur Verfolgung von Steuervermeidung, Steuerbetrug und Geldwäsche** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6686

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich für den Bericht. In seiner Fleißmappe für die Legislatur ordne er es so ein, dass es ein Dokument sei, das beweise, dass aus der Opposition zumindest ein Teilerfolg erzielt werden könne. Hier schließe sich der Kreis. Am Anfang sei es um die Schlussfolgerung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Paradise Papers gegangen. Es habe eine Anhörung dazu gegeben. In der Vorlage könne man erkennen, dass sich insbesondere mit Blick auf den Personalaufwuchs bei den Kreispolizeibehörden, bei der Taskforce, als auch bei den polizeilichen Fachkräften und bei der Finanzverwaltung etwas getan habe. Das begrüße seine Fraktion außerordentlich.

Was allerdings offen bleibe: Hier wäre nicht das Land an erster Stelle zu nennen, hier gebe es auch die Notwendigkeit für Veränderungen auf der Bundesebene, insbesondere bei der Frage der Geldwäsche durch mehr Transparenz bei den Katastereinträgen. Hier habe man die Situation, dass insbesondere bei Immobilien Fondsgesellschaften mit Geschäftsführung genannt würden, aber nicht die einzelnen Anteilseigner. Insofern sei das eine hervorragende Möglichkeit, gerade in Zeiten wie jetzt Geld sicher an anderer Stelle umzuswitchen und den Immobilienmarkt zusätzlich anzuhetzen. Hier müsste für mehr Transparenz gesorgt werden, um Geldwäsche auch zu verhindern. Wie gesagt, das sei nicht NRW-spezifisch. Er würde sich freuen, wenn die Landesregierung hier aktiv noch einmal nachhaken könnte.

**7 Die europapolitischen Konsequenzen des Ukraine-Kriegs** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6687

Und:

**Ukraine-Krieg: Wie kann das Land in der jetzigen Situation humanitäre Hilfe leisten?** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6711

**Sebastian Watermeier (SPD)** bedankt sich für die Berichte. In der Sondersitzung des AEI – alle hätten sie noch vor Augen – am 22. März mit der Ukrainischen Generalkonsulin Schum und mit dem Polnischen Kollegen Jakub Wawrzyniak seien sich der Ausschuss und die Konsulin darin einig gewesen, dass es in der jetzigen Situation nicht nur Symbolkraft, sondern auch faktische Auswirkungen hätte, Städtepartnerschaften abzuschließen, auch mit Blick auf den Wiederaufbau, mit nordrhein-westfälischen Materiallieferungen zu unterstützen und auch über die Partnerschaft mit Schlesien im Rahmen des Weimarer Dreiecks Hilfe zu leisten.

Letzteres habe Kollege Brockes heute Morgen beim parlamentarischen Frühstück in der ehrenwerten Funktion des Ausschussvorsitzenden schon einmal angefragt. Die Antwort auf die Frage sei nicht ganz so schön, die der Generalkonsul gegeben habe. Sie sei per Rückhand direkt wieder zurückgekommen, dass der Kontakt nach Schlesien seines Wissens – er habe wohl nachgehört – nicht erfolgt sei. Er bitte darzulegen, was im Nachgang der Sondersitzung noch an Hilfe passiert sei, was vielleicht schon zumindest in die Prüfung gegeben worden sei.

Nun beschäftige man sich tagesaktuell mit dem Thema russische Energielieferungen, wie sie bezahlt werden müssten, unter welchen Bedingungen sie noch erfolgten. Er frage die Landesregierung, wie sie die Folgen eines faktischen Stopps russischer Energielieferung für NRW einschätze.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich für die umfangreiche und detaillierte Vorlage der Landesregierung aufgrund der Fragestellungen unter der europapolitischen Perspektive. Auch wenn jetzt keine Ausschusssitzungen mehr erfolgten, habe er aufgrund der Aktualität die Vorlage an die entsprechende Fachkolleginnen und -kollegen im Bereich Energie und Agrar weitergeleitet. Er bitte, dass unaufgefordert die Landesregierung diese Berichterstattung aktualisiere, weil es ein hochvolatile aktuelle Lage sei. Diese Bitte verbinde er mit dem Bericht.

Das Zweite sei eine Bemerkung, die er ungefragt an der Stelle machen wolle. Ihn beschleiche das Gefühl, zumindest in dem, was jetzt ablaufe, dass dieses Geschehen Europa noch sehr viel länger begleiten könnte. Er frage, was sei, wenn es nicht in erster Linie um russische Interessen in der Ukraine gehe, sondern, wenn das, so zynisch das klinge und so teuflisch es sei, ein Weißteppich sei, um im Prinzip den gesamten Westen zu destabilisieren. So jedenfalls interpretiere er die Politik der letzten Tage und Wochen. Da könne es eigentlich nur eine gemeinsame europäische bzw. transatlantische Antwort geben. Er wisse allerdings nicht, ob man in dieser Frage gerüstet sei, wie die aktuellen Diskussionen um die Energie zeigen würden. Das gehe aber weit darüber hinaus.

Wenn einen das Ganze, was nicht ganz unwahrscheinlich sei, länger begleiten werde, dann frage er, was das für den Eintritt in einen europäischen Rahmen der Wirtschafts- und Handelspolitik bedeute, die stärker auf planwirtschaftliche Elemente der Rationierung setzen müsse, um langfristig auch durchzuhalten. Da würden die bisherigen Rahmensetzungen der EU nur begrenzt helfen. Das gehe über den Tellerrand des Landes hinaus. NRW sei aber massiv betroffen, insbesondere was die Schwerindustrie in Nordrhein-Westfalen angehe. Hier müsste man zu einer differenzierten Haltung und Ausprägung kommen. In einer Kriegsökonomie müsse man sich seines Erachtens konzentrieren auf kriegswichtige Güter und aber auch auf den sozialen Zusammenhang in der Gesellschaft. Man müsse an beiden Polen arbeiten. Er habe den Eindruck, dass man nach wie vor glaube, jedenfalls in der öffentlichen Darstellung, dass der Krieg schnell vorbei sei und man schnell wieder zu irgendwelchen Normalitäten zurückkehre.

Er frage, ob es da nicht Notwendigkeiten auf der nationalen und europäischen Ebene gebe, diese Fragen jetzt schnell auch anzusprechen. Unter Nachbarschaftsüberlegungen gehöre dazu auch, ob es Formen der Zusammenarbeit mit den Nachbarn – Herr Minister sei auf dem Westbalkan unterwegs – und der Ukraine, er beziehe ausdrücklich den Mittelmeerraum mit ein, aus den Fehlern der Vergangenheit ad hoc Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen, keinen Raum zu lassen, um zu weiteren Spaltungen zu kommen. Es gehe darum, enge Bindungen auf den Weg bringen zu können. Man müsse darüber heute nicht diskutieren. Er wolle das nur einmal in den Raum stellen. Er habe die große Sorge, dass Deutschland mit der Gesellschaft, auch mit der Politik noch nicht adäquate Antwort gefunden habe auf das, was da gerade passiere.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEi)** erwidert, die Realität habe die Politik bei der normalen Tagesplanung eingeholt. Im Moment habe man sich nicht um Städtepartnerschaften gekümmert, sondern man organisiere auch Hilfstransporte. Er sei am Samstag in Danzig gewesen, habe im Solidarność Center ukrainische Freunde getroffen. Am Sonntag sei er in Skopje gewesen, in der nächsten Woche sei er in Prag.

Er teile die Einschätzung, dass das Krieg Europa Jahre beschäftigen werde. Der Wirtschaftsminister habe ein Gespräch über alternative Lieferungen geführt und sei damit konfrontiert worden, dass seine Gesprächspartner überhaupt nicht am Verkauf interessiert gewesen seien, sondern sie hätten gesagt, man könne natürlich Wasserstoff

oder andere Energien haben, man wolle aber Industriebeteiligung aus Deutschland haben. Das heiße, eine andere Wirklichkeit werde die Politik einholen.

Ein Problem sei auch, dass Russland über Vučić großen Einfluss habe, den Westbalkan zu destabilisieren. Das geschehe. Die Beitrittsverhandlungen – das habe die Botschafterin heute gesagt – würden äußerst schwierig. Der Beitritt Nord-Mazedoniens zur Nato sei viel einfacher gewesen als die Zustimmung von Bulgarien beim EU-Beitritt. Er hoffe, dass die Situation den ungarischen Präsidenten Orban destabilisiere. Das, was er bei Visegrad gewollt habe, werde er mit der sogenannten illiberalen Demokratie nicht durchziehen können. Prag sei abhandengekommen sei, ihm komme auch Polen abhanden. Sein Einfluss in Serbien sei vorhanden. Vučić sei kriminell. Das sei kein normaler Gesprächspartner. Die orthodoxe Kirche in Serbien sei der KGB.

Der Einfluss auf die Staaten werde schwieriger, er werde nicht mehr so groß bleiben. Er hoffe, dass man eine Wende haben werde in der Zuwendung zur liberalen Demokratie, womit er die Gewaltenteilung meine. Diese Diskussion müsse man auch auf dem Westbalkan führen. Wichtig sei, dass man den Gesprächspartnern sage, man sei bei ihnen, höre zu, man setze das mit um, helfe. Man müsse Kontakte halten, reden und zuhören. Das geschehe im Moment.

**8 EU-Fördermittel für die Periode 2021-2027: Wie hoch sind die Fördermittel für NRW und wie sehen die Operationellen Programme aus? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6685

**Sebastian Watermeier (SPD)** hat drei Nachfragen. Das Operationelle Programm des EFS sowie der JTF-Teil des ESF-Programms seien nicht öffentlich einsehbar im Gegensatz zu EFRE. Er frage, woran das liege.

Des Weiteren frage er, was die Landesregierung daran gehindert habe, die Operationellen Programme früher fertigzustellen und an die Kommission zu übersenden. Ihn interessiere, wie dieser Prozess transparenter gestaltet werden könne, insbesondere mit Blick darauf, dass diverse Stellen sowohl die Kommunen als zukünftige Förderempfänger als auch europäische Partner in Brüssel zum Teil dringend auf diese Informationen gewartet hätten, um sich entsprechend vorzubereiten.

Zuletzt interessiere ihn, zu welchen Zeitpunkten und mit welchen Akteuren Vorabstimmungen zur Erstellung der Operationellen Programme stattgefunden hätten. Da der Minister die letzte Frage wahrscheinlich nicht aus dem Stand beantworten könne, könnten diese Fragen auch schriftlich beantwortet werden.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)** gibt an, ein Kollege aus dem MAGS könne hierauf antworten.

**RB'r Daniel Jansen (MAGS)** gibt an, er sei Leiter der ESF-Verwaltungsbehörde in Nordrhein-Westfalen. Das ESF-Programm für Nordrhein-Westfalen 2021/27 befinde sich aktuell in der Abstimmung mit der Europäischen Kommission. Das sei der Stand, nachdem man die öffentliche Konsultation durchgeführt und das auch im Land und im Begleitausschuss abgestimmt habe, an dem auch die Fraktionen teilnahmen.

Die Veröffentlichung des laufenden Bearbeitungsstandes sei nicht vorgesehen. Man werde, wenn man einen abschließenden Stand habe, den natürlich auch ins Netz einstellen.

## 9 Verschiedenes

**Johannes Remmel (GRÜNE)** merkt an, am 4. Februar sei angeboten worden, schriftliche Nachfragen zu drei Tagesordnungspunkten zu stellen. Die Fragen seien bisher nicht beantwortet worden. Es wäre schön, wenn das nachgeliefert werden könnte. Das betreffe TOP 3 – Die europäische und internationale Zusammenarbeit im zweiten Halbjahr 2021, TOP 4 – Europapolitische Prioritäten der Landesregierung und TOP 5 – Stand der Beziehungen zu Polen, Ungarn und Slowenien gegangen. Es seien jeweils drei Fragen seiner Fraktion gestellt worden. Es wäre schön, wenn die Antworten noch nachgeliefert werden könnten.

**Oliver Krauß (CDU)** erwidert, es gebe eine Vorlage mit der Beantwortung der Fragen zu den Berichten der Landesregierung in der Sitzung des Ausschusses vom 4. Februar. Die Antwort stamme vom 18. März – vgl. Vorlage 17/6623. Darin seien die Fragen beantwortet worden. Er bitte, das zu prüfen.

Nun wolle er dem Vorsitzenden herzlich danken für die wirklich immer sehr angenehme Arbeitsatmosphäre, auch wenn es mal etwas länger dauere, so wie heute. Er bedanke sich für das konstruktive Miteinander der Kolleginnen und Kollegen, allen voran den Sprechern, nicht zuletzt dem Kollegen Rüdiger Weiß, Herrn Watermeier ebenso – er habe das in gleicher Qualität fortgesetzt –, Herrn Remmel und Herrn Nückel. Der Dank richte sich auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung, stellvertretend an den Herrn Minister. Die Arbeit habe immer viel Spaß gemacht. Man habe nicht alles geschafft, was man habe schaffen wollen. Die Pandemie sei dazwischen gekommen. Einige andere Projekte seien wegen der Pandemie zurückgestellt worden. Er wolle jetzt gar nicht darauf hinweisen, was alles für Erfolge zu verzeichnen seien. Er bedanke sich, wünsche alles Gute und hoffe, dass sich alle in der nächsten Legislaturperiode wiedersehen würden.

(Allgemeiner Beifall)

**Vorsitzender Dietmar Brockes** meint, da sei Kollege Krauß ihm zuvorgekommen. Er bedanke sich an dieser Stelle herzlich. Es gehe nicht nur die 50. Ausschusssitzung zu Ende, es sei auch die letzte Sitzung in dieser Legislaturperiode, wovon er im Moment ausgehe.

Es habe ihm sehr viel Spaß gemacht. Es sei für ihn auch eine neue Erfahrung, er sei schon einmal stellvertretender Ausschussvorsitzender gewesen. Als Vorsitzender habe man doch eine andere Rolle als die, die man sonst schon alle inne gehabt habe. Der Ausschuss habe es ihm, Gott sei Dank!, nicht allzu schwer gemacht, die Sitzungen hier zu leiten und zu organisieren. Er bedanke sich dafür.

Der Ausschuss sei nur zweimal unterwegs gewesen. Er hätte sich gewünscht, man hätte es öfter geschafft. Der Antrittsbesuch habe in Brüssel stattgefunden, leider habe man das coronabedingt nicht häufiger wiederholen können. Es wäre wichtig, dass das der zukünftige Ausschuss auch machen. Der Besuch sei auch sehr spannend gewesen,

auch die direkten Kontakte in Brüssel aufzubauen. Das sollte in Zukunft intensiviert werden.

Es habe eine tolle Delegationsreise nach Ghana gegeben. Leider hätten nicht alle mitkommen können. Das sei eine tolle Erfahrung gewesen, die man dort habe machen können. Nachdem es Anfang noch Skepsis gegeben habe, ob man überhaupt noch nach Afrika fahre, habe es ihn gefreut, dass die Delegation die Reise so frühzeitig durchgeführt habe. Später wäre das sicherlich nicht mehr möglich gewesen.

Er bedanke sich auch beim Minister, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, die die Arbeit des Ausschusses nach besten Kräften unterstützt hätten und auch durch die persönliche Präsenz Rede und Antwort gestanden hätten.

Er wolle sich bedanken beim Ausschussreferenten für die Zuarbeit, auch bei Frau Schröder-Djug für den Sitzungsdokumentarischen Dienst, wobei der Ausschuss sehr zeitnah die Protokolle erhalten habe.

Er bedanke sich bei den Referentinnen und Referenten. Sie hätten es auch durch die Absprachen erleichtert, dass viele organisatorische Fragen im Vorfeld hätten geklärt werden können und die Abgeordneten dadurch nicht belastet worden seien. Der eine oder andere seitens der Referenten ziehe weiter. Er bedanke sich bei Dennis Höfer für die Zuarbeit und die Nervennahrung, die er heute allen habe zukommen lassen. Das sei auch der Länge der Sitzung entsprechend angepasst.

Ganz besonders wolle er sich bei den Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken. Es sei ein fairer guter Austausch gewesen. Einige würden nicht mehr wiederkommen. Bei den meisten anderen hänge es von dem Votum der Wählerinnen und Wähler ab. Er sei sich sicher, dass dort gute und richtige Entscheidungen getroffen würden, so dass er sagen könne, es würde ihn freuen, den einen oder anderen in der kommenden Wahlperiode wieder hier anzutreffen. Er habe sich jedenfalls das Ziel vorgenommen.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)** betont, es sei die dritte von vier Gewalten, in denen er tätig sei. Er sei Anwalt bei der Judikative gewesen, er sei Verleger gewesen – das wäre vielleicht die vierte Gewalt. Jetzt sei er bei der Exekutive. Die 10 Jahre im Rat der Stadt Essen würde er jetzt nicht als Legislative bezeichnen. Diese 5 Jahre hätten ihm Spaß gemacht. Sie seien zu Ende, wenn sie zu Ende seien. Erst einmal müsse eine neue Regierung da sein. Bis dahin werde man ihn nicht los. Es sei eine schöne Arbeit gewesen, sie habe ihm sehr viel Freude gemacht. Den Bereich, den er habe leiten dürfen, sei genial. Mit dem Ausschuss habe ihm die Arbeit auch gefallen. Er hoffe, dass er seine Arbeit vernünftig gemacht habe. Er danke für das Vertrauen, bedanke sich für die Zusammenarbeit und für die tollen Themen.

(Allgemeiner Beifall)

**Sebastian Watermeier (SPD)** meint, man bringe ihn jetzt unter Handlungsdruck. Er werde heute keinen Dank aussprechen. Das habe er sich nämlich für die Plenarrede vorgenommen, weil die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP das Plenum noch mit einem Antrag beglücken wollten, der das möglich mache.

Er bedanke sich aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die die Arbeit unterstützt hätten, insbesondere diejenigen, die diese Sitzungen vorbereiteten, und die, die sie nachbereiteten. Er bedanke sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Häuser. Sie säßen hier und warteten darauf, dass jemand eine schlaue Frage stelle, die vom Minister oder Staatssekretär nicht beantwortet werden könnten. Dann müssten sie einspringen. Er bedanke sich auch bei den Referenten aus dem jeweiligen Fraktionen, die sich immer fragen würden, was sich die Abgeordneten so ausgedacht hätten. Sie versuchten, das in sinnvolle Formen zu bringen.

Er frage den Minister, ob für ihn kein Wahlkreis im großen weiten Land Nordrhein-Westfalen mehr zu finden gewesen sei, dass er die vierte Gewalt in sein Stempelbuch bekomme.

**Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE)** erwidert, er habe 10 Jahre Frohnhausen-Süd vertreten. Da sei er, wenn er gut gewesen sei, auf 12 % gekommen.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, dem Minister und auch beim Ausschussvorsitzenden für die in diesem Ausschuss von ihm sehr positiv erlebte Zusammenarbeit, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg. Der Ausschuss habe das gemeinsame Grundverständnis, dass auch in der Verfassungsänderung zum Ausdruck gebracht worden sei.

Der Ausschuss sei sehr produktiv gewesen, so wie er sich Parlamentsarbeit im besten Sinne vorstelle. Man habe unterschiedliche Ausgangspunkte, versuche aber, das Beste daraus zu machen. Das sei seiner Meinung nach diesem Ausschuss gut gelungen, weil man auf der gleichen Grundlage sowohl des Grundgesetzes als auch der europäischen Zielsetzungen stehe. In diesem Sinne wünsche er, dass das in der nächsten Legislaturperiode noch mehr Früchte bringe.

Er bedanke sich herzlich, insbesondere beim Vorsitzenden. Er habe gezeigt, dass man auf den Weg sei Richtung einer präsidentialen Ausprägung. Das sei bei seiner bisherigen Abgeordneten-Tätigkeit nicht immer der Fall gewesen. Insofern sei das eine gute Entwicklung. Er hoffe, dass die Entwicklung ihre Fortsetzung finde.

gez. Dietmar Brockes  
Vorsitzender

#### 4 Anlagen

07.06.2022/21.06.2022

10



Hochschule  
Bonn-Rhein-Sieg  
University of Applied Sciences



Internationales Zentrum  
für Nachhaltige Entwicklung  
*International Centre for  
Sustainable Development*



**IZNE**

Internationales Zentrum  
für Nachhaltige Entwicklung

*International Centre for  
Sustainable Development*

## Beitrag der Hochschulen für die Entwicklungszusammenarbeit

NRW

- Ausschuss für Europa und Internationales  
1.4.2022

(Prof. Dr. Hartmut Ihne)  
- Prof. Dr. Wiltrud Terlau



## Rahmenbedingungen



UN Agenda 2030 ‚Transforming our World‘  
mit den 17 Sustainable Development Goals (SDGs)



# NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

– UN Standort Bonn Internationale Zusammenarbeit und Nachhaltige Entwicklung

- Neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes NRW



[https://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/Broschueren/nrw\\_nachhaltigkeitsstrategie\\_2020.pdf](https://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/Broschueren/nrw_nachhaltigkeitsstrategie_2020.pdf)



## Beitrag der Hochschulen

- Austausch - Zusammenarbeit – ‚Brückenbauer‘
- Vorhandene (+ neue) institutionelle Kooperationen
- Capacity-Building
- Arbeitsmarkt: Fach- und Führungskräfte
- Demographische Perspektiven
- Interkulturelle Kompetenzen
- Absolventen als künftige Führungskräfte, Multiplikatoren, Change Agents



# Beitrag der Hochschulen

## Instrumente / Aufgaben

- Lehre - Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE), T4D
- Forschung
- Transfer – Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik/Verwaltung

## Besondere Hebel

- Internationale Hochschulkooperationen

HRK: <https://www.internationale-hochschulkooperationen.de/home.html>

- Zentral: Internationale Mobilität *in die Welt - die Welt zu Hause*
- Regionale Hochschulkooperationen, insbes. HAWs



## Empfehlungen

- Stärkere Nutzung der Potentiale von Hochschulen und ihren Hochschulkooperationen
- Förderung von Netzwerken + Verbänden
  - z.B. UN Standort Bonn
- . . . . .
- Start: systematische Status-Quo Analyse  
+ Ableitung von Handlungsempfehlungen



**Hochschule  
Bonn-Rhein-Sieg**  
University of Applied Sciences



**Internationales Zentrum  
für Nachhaltige Entwicklung**  
*International Centre for  
Sustainable Development*



**IZNE**

**Internationales Zentrum  
für Nachhaltige Entwicklung**

*International Centre for  
Sustainable Development*

**Danke  
für  
Ihre Aufmerksamkeit!**



# Hochschulkooperationen und Entwicklungszusammenarbeit

Ausschuss für Europa und  
Internationales  
am 1.4.2022

# Hochschulkooperationen und Entwicklungszusammenarbeit

## Potentiale und Perspektiven

- Beispiele
  - Ghana
  - Südafrika
  - Interkulturelles Promotoren-Programm
- Erfolgsfaktoren und Perspektiven
- Synergien: Länderübergreifende Partner-Plattform

# Ghana Partnerschaft/Fachstelle Ghana

- Westfälische Hochschule Gelsenkirchen – Tamale Technical University
  - GIZ Projekte im Rahmen der Partnerschaft Ghana-NRW
- Historisch: Westfälische Hochschule Gelsenkirchen - Kwame Nkrumah University of Science and Technology (KNIUST) Kumasi
- Im Rahmen der Klimapartnerschaft der Stadt Dortmund mit der Stadt Kumasi:  
TU Dortmund - Kwame Nkrumah University of Science and Technology (KNUST) Kumasi
- Entstehend: Hochschulen Münster – University for Development Studies Tamale
  - Beteiligt u.a. WWU / FH Münster / KSHG Münster

# Fachstelle Südafrika

- **Kooperation mit Bergische Universität Wuppertal** / Lehrstuhl für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung und UNESCO-Lehrstuhl für Entrepreneurship und Interkulturelles Management
- **Fachstelle Südafrika** begleitet das **Masterseminar „Social Entrepreneurship in South Africa“** und die Vorbereitungen von **Projektreisen** der Wuppertaler Studierenden nach Südafrika
- Aufgabe der Studierenden: Entwicklung von ‚**income-generating strategies**‘
- Projekt zu Period Poverty - WePads: Kooperation mit **Erfolgsbeispiel aus Indien** (kostengünstige, biologisch abbaubare Monatsbinden im Test)
- Technologie soll anschließend in **Südafrika implementiert** werden – gemeinsam mit den Studierenden und NGO sowie Sozialunternehmer\*innen vor Ort

## Interkulturelles Promotor\*innen-Programm NRW Aktuelle Ansätze im Bereich Hochschule und Bildung

- **IKP-Ruhrgebiet** → Zusammenarbeit mit internationalen Studiengängen des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE) der Ruhr Universität Bochum
- **IKP-Düsseldorf** → Qualifizierung zu Eine Welt Multiplikator\*innen für Student\*innen der Deutsch-Jordanischen Hochschule (GJU)
- **IKP-Münster** → Vernetzung und Qualifizierung von Akteur\*innen mit Workshop-Angeboten für Absolvent\*innen von internationalen Studiengängen der FH und der Universität Münster
- **IKP-Köln** → Ausbau der Vernetzungsstruktur des Migration Development Council in Deutschland
  - Zusammenarbeit mit internationalen Studiengängen der Kölner Hochschulen und Universitäten ist in Planung

# Erfolgsfaktoren und Perspektiven

- Entstehung von Hochschulkooperationen auf Initiative und mit **Beteiligung der Zivilgesellschaft**
- Verknüpfung mit **SDGs** und Themen globaler Nachhaltigkeit
- **Verstetigung/Verbreiterung** durch die Zusammenarbeit mit Kommunen, Aufbau von kommunalen Partnerschaften
- Verknüpfung mit **(Social) Entrepreneurship Konzepten** – Schaffung von Arbeitsplätzen
- **Aktuelle Herausforderung:** geflüchtete Studierende aus der Ukraine, die dringend weiter studieren/Abschlüsse machen müssen

# Synergien stärken:

## Länderübergreifende Partner Plattform

- **Kommunikation** stärken zwischen Partnerschaftsakteuren der Zivilgesellschaft, Kirchen, Kommunen, (Hoch-)Schulen,...
- kontinuierlicher **Wissenstransfer** zur konkreten Umsetzung der SDGs in den internationalen Partnerschaften, barrierefrei, gendergerecht und mehrsprachig
- Aufbereitung von **good practice Beispielen**, die gut in andere Kontexte transferierbar sind
- Vermittlung von **Expertise und Expert\*innen**
- **Austausch, Dialog und gemeinsame Reflexion** digital und analog
- Mitglieder-basierte Finanzierung?



# Kinder- und Zwangsarbeit im 21. Jahrhundert



Dr. Sabine Ferenschild  
SÜDWIND-Institut  
Kaiserstr. 201  
53113 Bonn  
[ferenschild@suedwind-institut.de](mailto:ferenschild@suedwind-institut.de)

## SDG 8 und Unterziel 8.7

### Ziel 8



Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle

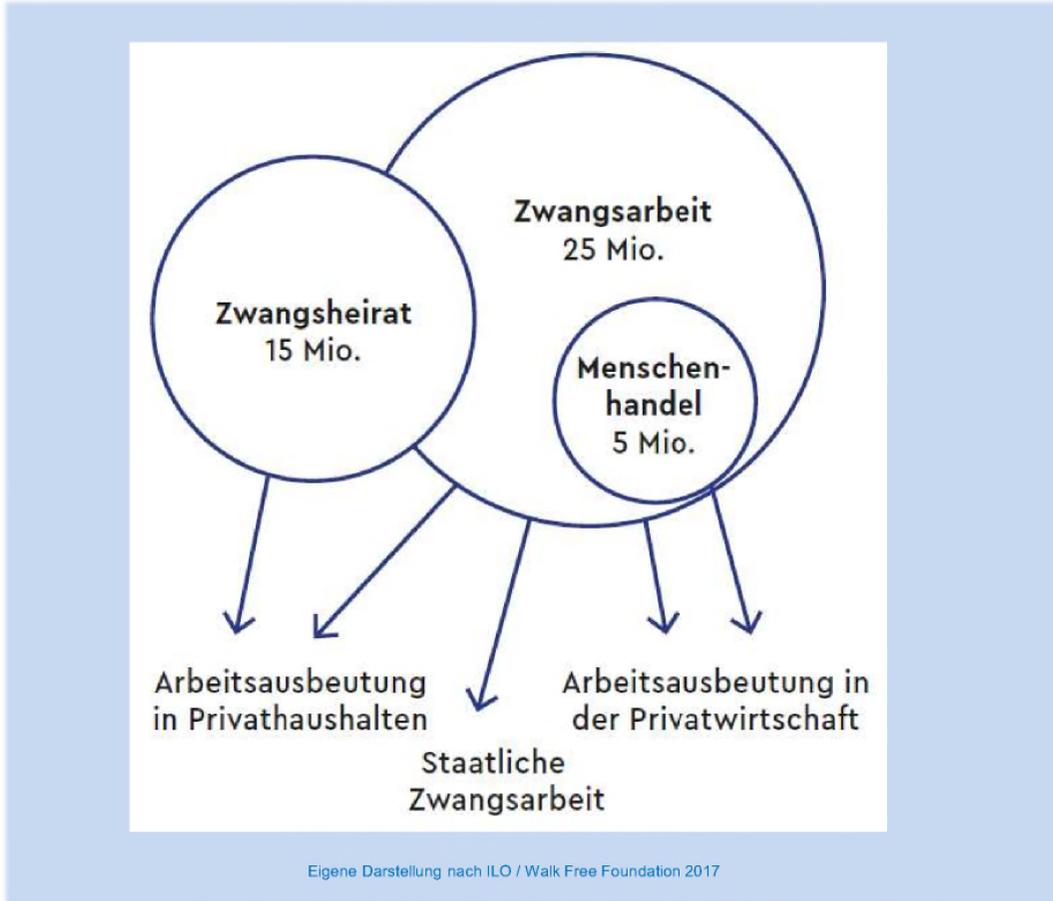
### Ziel 8

Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

- 8.7** Sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um Zwangsarbeit abzuschaffen, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden und das Verbot und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, einschließlich der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, sicherstellen und bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen

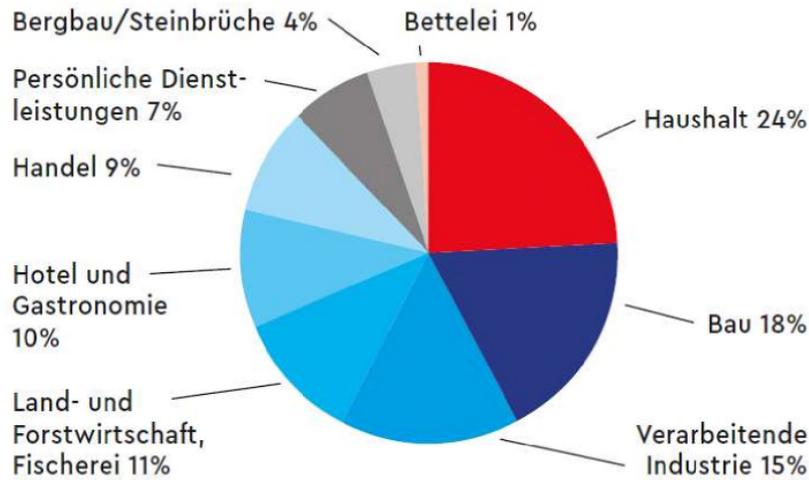


# Moderne Sklaverei



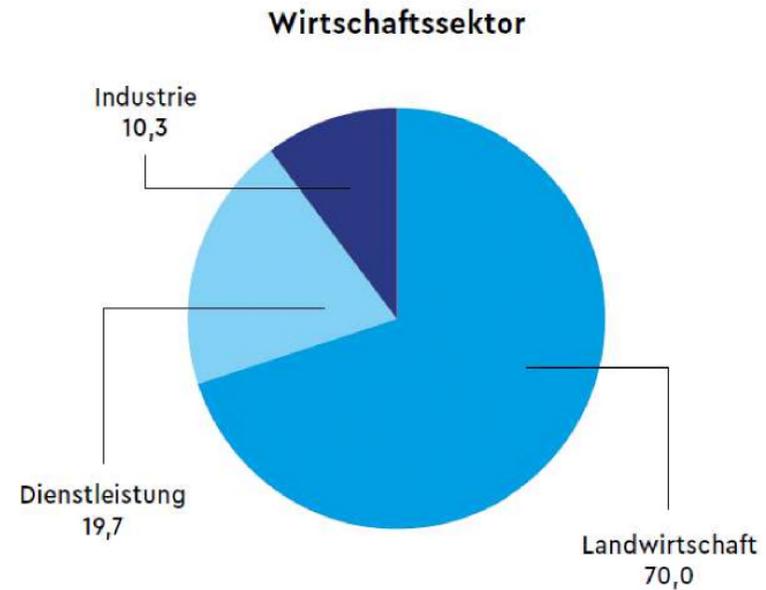
Eigene Darstellung nach ILO / Walk Free Foundation 2017

# Zwangsarbeit nach Sektor



Eigene Darstellung nach ILO / Walk Free Foundation 2017

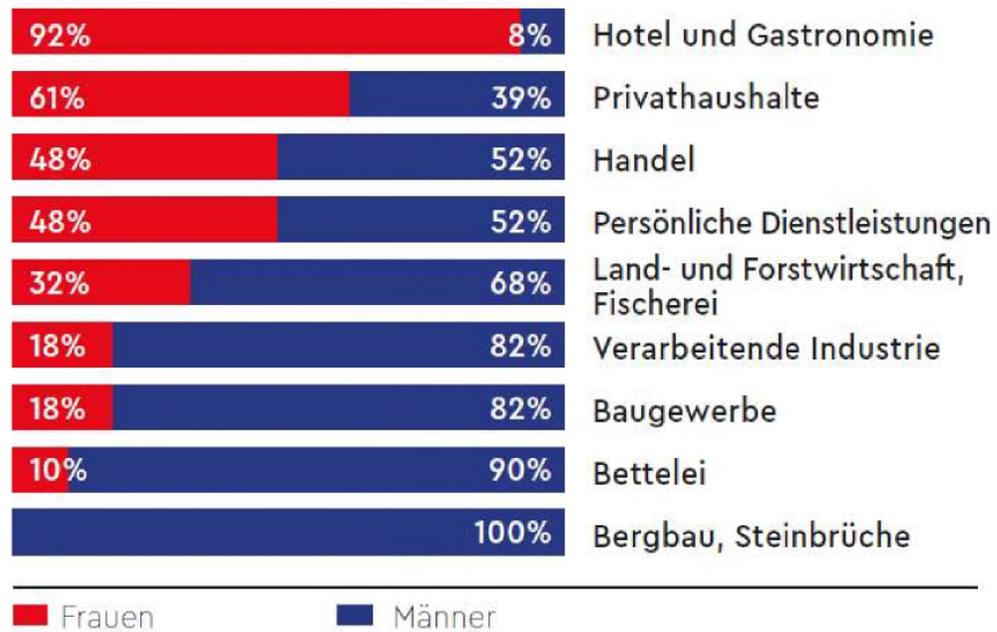
# Kinderarbeit nach Sektor



Eigene Darstellung nach ILO / UNICEF 2021

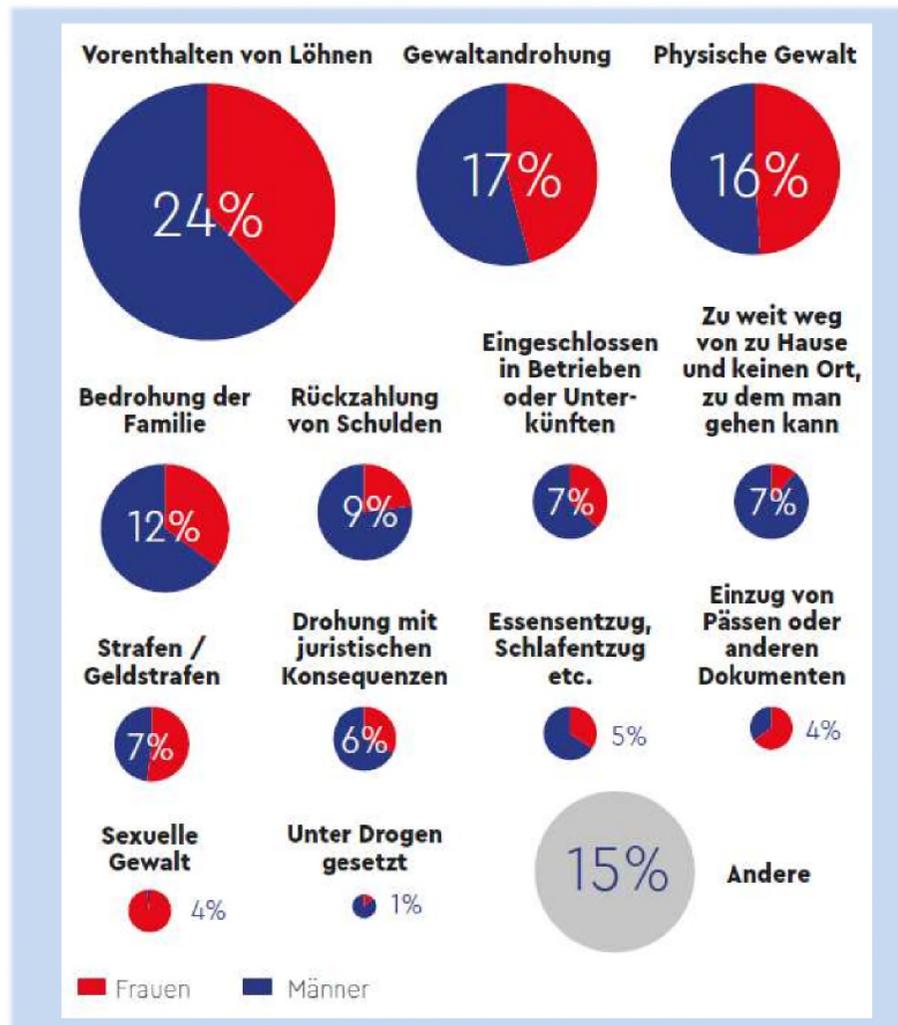


# Zwangsarbeit und Gender



Eigene Darstellung nach ILO / Walk Free Foundation 2017

# Worin äußert sich der Zwang?



## Wer ist besonders verwundbar?

- *Frauen*
- *Kinder*
- *Ethnische Minderheiten*
- *Arme*
- *Arbeitsmigrant\*innen*

# Zwangsarbeit erkennen



Foto: IFPRI via flickr.com

## INDIKATOREN VON ZWANGSARBEIT

- ▶ Missbrauch der Schutzbedürftigkeit
- ▶ Täuschung
- ▶ Einschränkung der Bewegungsfreiheit
- ▶ Isolierung
- ▶ Physische und sexuelle Gewalt
- ▶ Einschüchterung und Drohungen
- ▶ Einbehaltung von Ausweispapieren
- ▶ Vorenthaltung von Löhnen
- ▶ Schuldknechtschaft
- ▶ Missbräuchliche Arbeits- und Lebensbedingungen
- ▶ Exzessive Überstunden

# Zwangsarbeit bekämpfen



- **Unternehmerische Sorgfaltspflichten (Due Diligence) wahrnehmen**
- **Rechtliche Rahmenbedingungen schaffen**
- **Arbeitsinspektionen stärken**





# Ansätze zur Abschaffung von Kinderarbeit und Zwangsarbeit

Dr. Annette Niederfranke, Direktorin, ILO Deutschland

Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags NRW  
01. April 2022

# Die ILO im Kampf gegen Zwangs- und Kinderarbeit

## ILO stellt mit den Kernarbeitsnormen die völkerrechtlichen Grundlagen

- Übereinkommen 29 Beseitigung von Zwangs- und Pflichtarbeit (1930)
- Übereinkommen 105 Abschaffung der Zwangsarbeit (1957)
- Übereinkommen 138 Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (1973)
- Übereinkommen 182 Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (1999)

## ILO überwacht Einhaltung

- Monitoring zur Inzidenz von Zwangs- und Kinderarbeit weltweit

## Internationale Kooperation, Entwicklungszusammenarbeit

- Entwicklung von internationalen Strategien und Programmen (Alliance 8.7.)
- Projekte der technischen Zusammenarbeit (IPEC+, Accelerator 8.7)

## Kinderarbeit:

- ▶ Mindestalter 15 Jahre
- ▶ Verbot bei Gefährdung von psychischer und physischer Gesundheit, Verwehrung von Kinderrechten wie Zugang zu Bildung
- ▶ Verbot der schlimmsten Formen von Kinderarbeit (moderne Sklaverei, Prostitution, Kinderpornografie, Kindersoldaten ...)



## Zwangsarbeit:

- ▶ Zwangs- oder Pflichtarbeit: jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung von Strafe verlangt wird und die nicht freiwillig erfolgt
- ▶ Ausnahmen: Militärdienstpflicht, Bürgerpflichten, höherer Gewalt, Arbeit während einer Gefängnisstrafe (...)

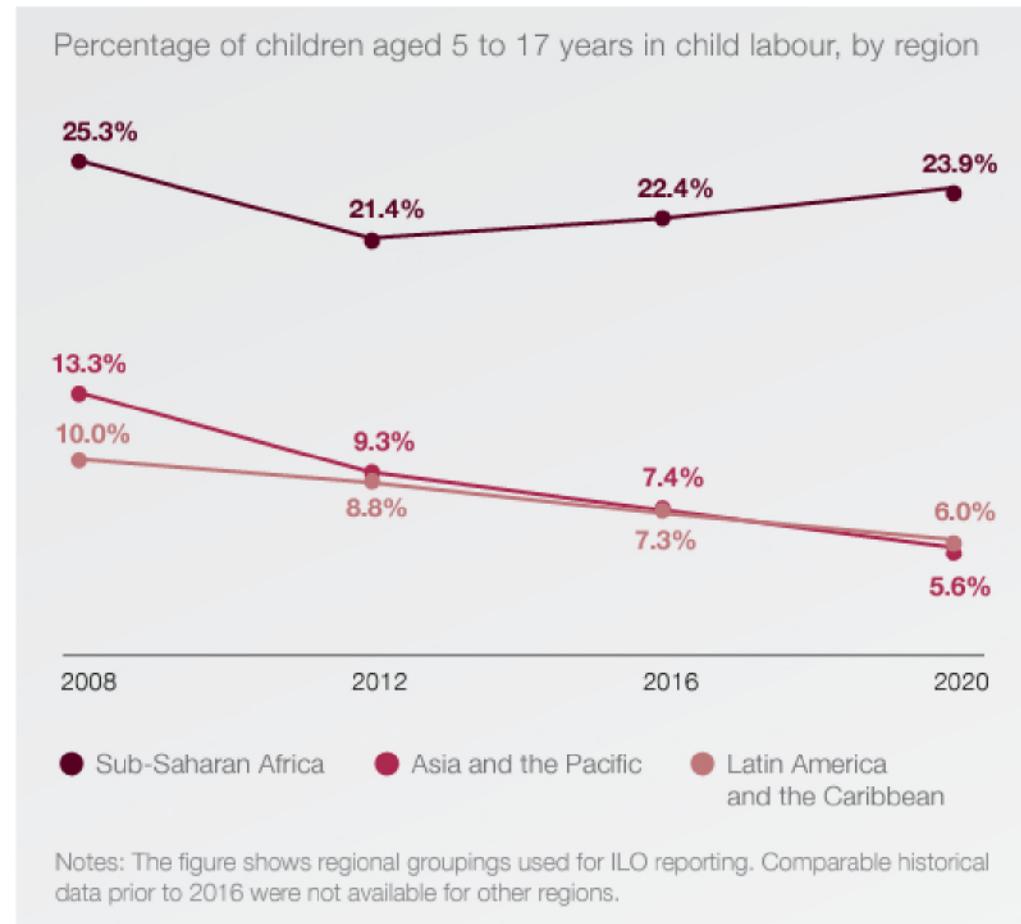


## Wir haben ein Implementierungsproblem !

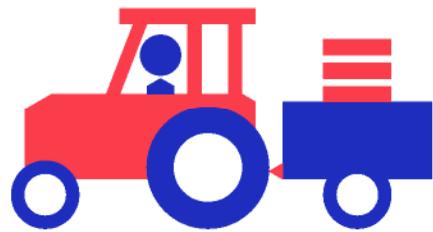
- ▶ Alle ILO Mitgliedsstaaten (187) verbieten die schlimmsten Formen der Kinderarbeit

**160**

▶ **Mio. Kinder in  
Kinderarbeit**  
(UNICEF/ILO, 2021)



## ► Wir haben ein Implementierungsproblem !



70

► % im Agrarsektor  
(UNICEF/ILO, 2021)



76.7

► % im ländlichen  
Raum  
(UNICEF/ILO, 2021)

## ▶ Ähnliches sehen wir bei modernen Formen der Sklaverei

**40.3**

▶ Mio. Menschen in  
moderner  
Sklaverei

(ILO 2017)



**71**

▶ % der Opfer  
sind Frauen und  
Mädchen

(ILO 2017)



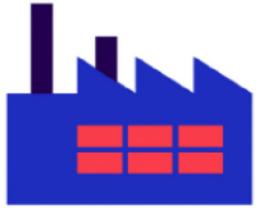
**1/4**

▶ der Opfer sind  
Kinder

(ILO 2017)

# Ursachen

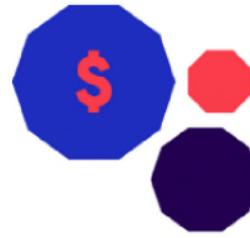
Das Fehlen von ...



menschenwürdiger  
Arbeit für  
Erwachsene



Zugang und  
Wert von  
Bildung



Sozialschutz



Stabilität und  
Sicherheit

## Krisen (COVID-19 und Kriege) treffen vulnerable Gruppen stark, verstärken Zwangs- und Kinderarbeit

**52**

▶ Mio. equ.  
Vollzeitstellen  
fallen in Folge von  
COVID19 in 2022  
weg

(ILO WESO 2022)

**9**

▶ Mio. Kinder  
könnten bis 2022  
zusätzlich in  
Kinderarbeit sein

(UNICEF/ILO, 2021)

- ▶ Kinder als alternative Einkommensquelle
- ▶ Ausbeutung in kriegerischen Handlungen
- ▶ Ausbeutung auf der Flucht und durch Arbeitsmigration

## ➤ **Ansatzpunkt: Multilaterale Zusammenarbeit**

### ILO Programme vor Ort

- ▶ Unterstützung von nationaler Gesetzgebung
- ▶ Unterstützung beim Aufbau von Institutionen
  - Inspektionssysteme
  - Soziale Sicherungssysteme
- ▶ Faire Migrationskorridore
- ▶ Alliance 8.7
- ▶ 5th Global Conference on the Elimination of Child Labour
- ▶ Kooperation mit UNICEF, IOM, et al.
- ▶ Zusammenarbeit in G7, G20, EU Präsidentschaften



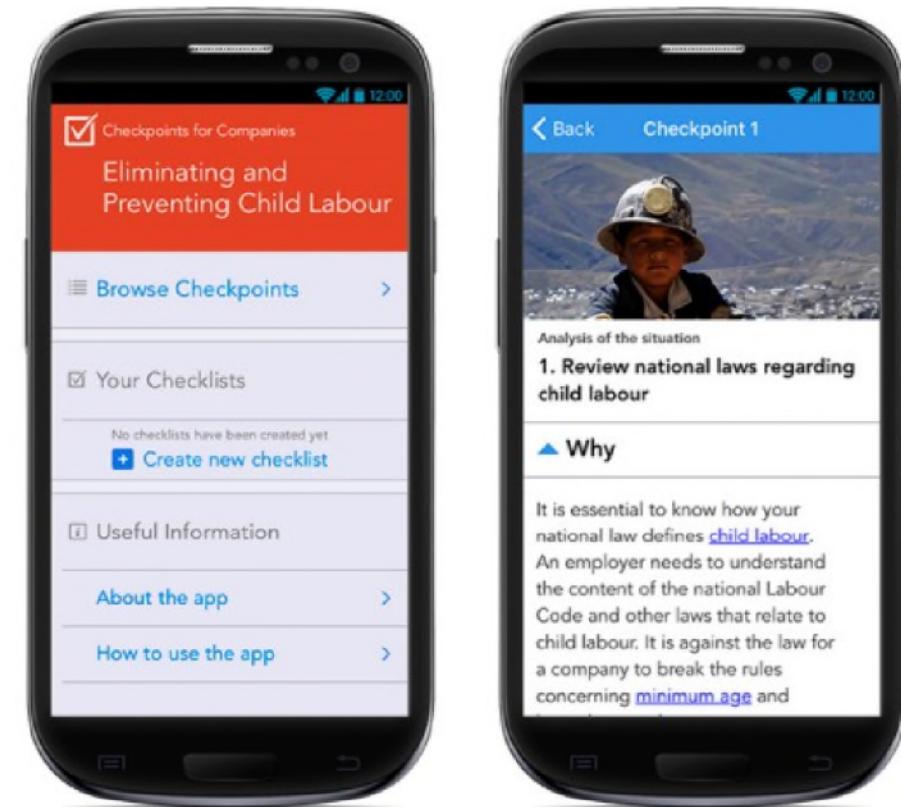
106  
Anlage 4, Seite 10  
APR 17/1783

## Ansatzpunkt: Kooperationen mit Unternehmen

- ▶ Zusammenarbeit über eine gesamte Lieferkette
- ▶ Unterstützung von KMU vor Ort
- ▶ Regionale Ansätze, Entwicklung von Regionen
- ▶ Holistische Ansätze - über Verbot hinaus
- ▶ Unternehmensnetzwerke

Child Labour Platform

Global Business Network on Forced Labour



Mobile App: *Eliminating and preventing child labour*

## Was ist zu tun?

- ▶ Internationale Arbeits- und Sozialstandards müssen angewandt und durchgesetzt werden. Das Regelwerk dazu existiert
- ▶ Diese Verantwortung liegt bei Regierungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene
- ▶ Netzwerke, wie BLAG Menschenhandel
- ▶ Nationale und EU Gesetzgebung (Unternehmerische Sorgfaltspflichten)
- ▶ Bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit und Handel erzeugen Druck
- ▶ UN Organisationen und andere Stakeholder sind Unterstützung – für die öffentliche Hand sowie für Unternehmen



## Dr. Annette Niederfranke

### Direktorin

Internationale Arbeitsorganisation  
Vertretung in Deutschland

Karlplatz 7  
0117 Berlin

T: +49 30 28 09 26 68  
E: [niederfranke@ilo.org](mailto:niederfranke@ilo.org)